

Im Windschatten der NATO Die Europäische Union und der Krieg in Afghanistan

Jürgen Wagner



Inhaltsverzeichnis

Vorwort
Zusammenfassung
Einleitung

Teil I: Afghanistan: Lackmustest für die NATO

1. Stationen der Eskalation: Vom Stabilitätsexport zur Aufstandsbekämpfung

- 1.1 Phasen der ISAF-Expansion
- 1.2 Aufstockung der Truppen
- 1.3 ISAF: Robuste Einsatzregeln zur Aufstandsbekämpfung
- 1.4 Eskalation in Afghanistan: Das Drama in Zahlen

2. Afghanistan und der Transatlantische New Deal – Das Beispiel Deutschland

- 2.1 Deutschland – Per Salamtaktik immer tiefer in den Krieg
- 2.2 Schritte über den Rubikon I: Tornado-Einsatz
- 2.3 Schritte über den Rubikon II: Die Quick Reaction Force
- 2.4 Schritte über den Rubikon III: Truppenerhöhung: Die Bundeswehr geht in die Offensive
- 2.5 Schritte über den Rubikon IV: Nochmalige Truppenerhöhung und explodierende Kosten
- 2.6 Afghanistan und die Zukunft der NATO

Teil II: Die EU und die Flankierung des Kriegs in Afghanistan

3. Die neoliberale Plünderung Afghanistans

- 3.1 Neoliberales Nation Building
- 3.2 Afghanistan GmbH: Humanitäre Katastrophe und „gebundene Hilfe“
- 3.3 Guerillakrieg im Eigenbau

4. Prototyp Afghanistan: Zivil-militärische Besetzung und Aufstandsbekämpfung

- 4.1 PRTs in Afghanistan: Zivile unter der Fuchtel des Militärs
- 4.2 Von Helfern zu Kollaborateuren...
- 4.3 ... zu Anschlagzielen
- 4.4 Die Institutionalisierung des Comprehensive Approach

5. Sicherheitssektorreform: Die EU und die Afghanisierung des Krieges

- 5.1 EUPOL Afghanistan: Hilfe beim Aufbau der Repressionsorgane
- 5.2 NATO-A: Verzahnung von EUPOL und NATO
- 5.3 Afghanistans Zukunft: Autoritärer Militärstaat im Dauerbürgerkrieg
- 5.4 Planlos in Afghanistan

Fazit: NATO und EU: Zwei Seiten derselben (Kriegs)Medaille

Impressum

Herausgeber der Broschüre „Im Windschatten der NATO: Die Europäische Union im Afghanistankrieg“ sind Sabine Lösing, MdEP und die Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament.

Redaktionelle Bearbeitung erfolgte durch:
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. ,

Hechinger Str. 203

72072 Tübingen

www.imi-online.de

Die vorliegende Broschüre ist eine aktualisierte und erweiterte Fassung der ursprünglichen Ausgabe aus dem Oktober 2009 (Nr. 1).

Erscheinungstermin Online-Ausgabe: Januar 2011



Büro Brüssel:
Europäisches Parlament
Sabine Lösing
Rue Wiertz ASP 06F255
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 7894
Fax: 0032-2-284 9894
Mail: ota.jaksch@europarl.europa.eu
Mail: sabine.loesing@europarl.europa.eu
Mitarbeiterin: Ota Jaksch

Bürgerbüro:
Abgeordnetenbüro Sabine Lösing
Obere Maschstr. 22
37073 Göttingen
Tel.: 0551-50766823
Fax: 0551-50766838
Mail: europabuero-loesing@web.de
Mitarbeiterin: Julia Focks

Verbindungsbüro Deutscher Bundestag:
Europabüro Berlin
Sabine Lösing, MdEP
Unter den Linden 50
10178 Berlin
Tel.: 030-227 71405
Fax: 030-227 76819
Mail: sabine.loesing@europarl.europa.eu
Mitarbeiter: Arne Brix

www.sabine-loesing.de

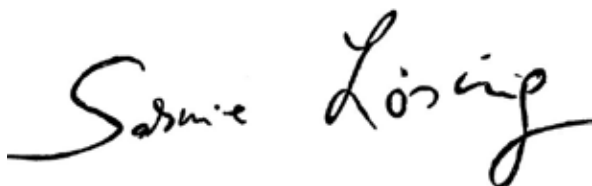
Vorwort

Die im Juli 2010 von dem Internetportal Wikileaks veröffentlichten 75.000 geheimen Afghanistan-Dokumente offenbarten nicht nur die Planlosigkeit, mit der die westlichen Staaten dort vorgehen, sondern vor allem auch die Brutalität des dortigen Militäreinsatzes. Obwohl die Auseinandersetzungen in Afghanistan Jahr für Jahr weiter eskalieren, beabsichtigen die NATO-Staaten auf lange Sicht mit bis zu 50.000 Soldaten im Land präsent zu bleiben. Ungeachtet der Lippenbekenntnisse, den Krieg bis Ende 2014 beenden zu wollen, sollen diese westlichen Truppen auch darüber hinaus als Rückversicherung immer dann eingreifen können, sollte die Entwicklung des Landes nicht in die gewünschte Richtung gehen.

Es ist also leider davon auszugehen, dass westliche Soldaten noch viele Jahre am Hindukusch Krieg führen werden. Angesichts der gravierenden Probleme in Afghanistan setzt die NATO auf zwei neue Strategien, von denen sie sich künftig „bessere“ Ergebnisse erhofft, was die „erfolgreiche“ Durchführung derartiger Aufstandsbekämpfungsoptionen angeht: Die frühzeitige Einbindung und Instrumentalisierung ziviler Kapazitäten („Comprehensive Approach“) soll die Effektivität der Einsätze massiv erhöhen. Der Aufbau einheimischer Repressionsorgane (Sicherheitssektorreformen) – also von Armeen und Polizeien – soll das westliche Militär entlasten und so deutlich geringere Truppenstationierungen ermöglichen. In Afghanistan werden diese Konzepte erstmals in großem Stil erprobt – mit aus friedenspolitischer Sicht fatalen Auswirkungen, wie in dieser Broschüre gezeigt wird. Dennoch wurden Comprehensive Approach und Sicherheitssektorreformen in der im November 2010 verabschiedeten neuen NATO-Strategie massiv aufgewertet. Sie werden somit künftig Kernelemente der NATO-Kriegspolitik darstellen.

Das neue Strategische Konzept ist auch aus einem anderen Grund äußerst bedenklich. In ihm ist erstmals von einer „strategischen Partnerschaft zwischen der NATO und der EU“ die Rede. Das Konzept sieht vor, die Zusammenarbeit zwischen der – vorgeblich – zivilen Europäischen Union und dem Militärbündnis NATO auf breiter Front zu intensivieren: „Wir werden [...] unsere praktische Kooperation in Operationen im gesamten Spektrum an Kriseneinsätzen ausbauen, von der koordinierten Planung bis hin zum Feldeinsatz.“ Dies betrifft auch und gerade den Krieg in Afghanistan. Deshalb ist es zwar richtig, die Verantwortung der NATO-Truppe ISAF an der Eskalation des Krieges herauszuarbeiten, was im ersten Teil dieser Broschüre getan wird. Es wäre aber dennoch verkürzt, die notwendige und berechtigte Kritik an diesem Kriegseinsatz – so sie denn überhaupt erfolgt – allein auf das Agieren der NATO beschränkt zu lassen. Denn nicht nur ihre Mitgliedsstaaten, auch die Europäische Union als Ganzes leistet – im Sinne der neuen NATO-Strategie – einen relevanten Beitrag zur Unterstützung der militärischen Besatzung, wie im zweiten Teil der vorliegenden Publikation dargestellt wird.

NATO und Europäische Union, das zeigt sich immer deutlicher, sind Brüder im Geiste, weshalb die gern getroffene Unterscheidung in „gute“ Europäische Union vs. „böse“ NATO zunehmend hinfällig wird. Afghanistan ist in dieser Hinsicht der Prototyp, nicht nur für westliche Kriege fernab der Landesgrenzen, sondern auch für die neue Dimension der NATO-EU-Kooperation. Erfreulicherweise lehnen aber immer mehr Teile der Bevölkerung in den Krieg führenden Staaten den Afghanistan-Einsatz ab. Nun gilt es, diese Ablehnung in Proteste und politischen Druck umzumünzen, damit die NATO-Staaten endlich von ihrer fatalen Kriegspolitik Abstand nehmen.

A handwritten signature in black ink, reading "Sabine Lössing". The signature is written in a cursive, flowing style.

Zusammenfassung

Spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges wurde die NATO in ein Interventionsbündnis zur Durchsetzung westlicher Interessen umfunktioniert. Der mit Abstand wichtigste derzeitige Einsatz findet in Afghanistan statt, wo unter militärischer Besatzung das komplette Gesellschafts- und Wirtschaftssystem entlang westlicher Ordnungsvorstellungen neu aufgebaut werden soll. Obwohl die NATO maßgeblich für die gegenwärtige Eskalation der Kampfhandlungen verantwortlich ist, steht ein vollständiger Abzug nicht zur Debatte. Denn, so die allgegenwärtige Befürchtung, sollte der Krieg nicht „gewonnen“ werden, hätte sich jeder weitere NATO-Einsatz auf viele Jahre hinaus erledigt. Obwohl die EU-Staaten ihre Truppenanteile in den letzten zwei Jahren bereits nahezu verdoppelt haben, drängt die US-Regierung unter Barack Obama auf noch größere Unterstützungsleistungen. Dem sind aber aufgrund der großen Skepsis innerhalb der EU-Bevölkerung gewisse Grenzen gesetzt, weshalb eine wesentliche Kompensationsleistung im Engagement der Europäischen Union liegt.

Tatsächlich leistet die Europäische Union weitgehend unbemerkt einen relevanten Beitrag bei der Besatzung Afghanistans. Dazu gehört zunächst einmal die offizielle Unterstützung der NATO-Eskalationsstrategie, insbesondere der nochmaligen Verschärfung seit dem Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama. Darüber hinaus hat die Europäische

Union aber auch wichtige Verwaltungsfunktionen übernommen und stellt damit einen wesentlichen Teil des zivilen Arms der Besatzung. Vor allem drei Bereiche sind hervorzuheben: die Rolle beim neoliberalen Umbau des Landes; die konzeptionelle Vorarbeit, aber auch die finanzielle Unterstützung der in Afghanistan praktizierten zivil-militärischen Besatzungsstrategie; und schließlich der wichtigste Beitrag, die EU-Rolle bei der „Afghanisierung“ des Krieges: Mit der EU-Mission EUPOL sollen die afghanischen Sicherheitskräfte massiv ausgebaut und in die Lage versetzt werden, den Großteil der Kampfhandlungen künftig im Alleingang übernehmen können. Dabei arbeitet die „zivile“ EUPOL-Mission eng mit den vor Ort befindlichen NATO-Truppen zusammen.

Unabhängig also davon, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten ohnehin umfassend am NATO-Krieg beteiligen, spielt auch die Europäische Union als Ganzes eine eigenständige und unrühmliche Rolle. Sie agiert dort offensichtlich nicht alternativ, sondern ergänzend zum militärischen Vorgehen der NATO und ist damit ein integraler Bestandteil der Besatzung. Wie in vielen anderen Krisengebieten zeigt sich damit auch in Afghanistan, dass von einer im Wortsinn zivilen – also eine militärische Lösung ablehnenden – EU-Außenpolitik schon längst keine Rede mehr sein kann.

Einleitung

Lange Jahre wurde dem Krieg in Afghanistan wenig Beachtung geschenkt, nicht zuletzt auch deshalb, weil kaum jemand davon ausging, dass sich die westlichen Truppen dort in einen Guerillakrieg verstricken würden, der mittlerweile immer alptraumhaftere Züge annimmt. Bereits im Oktober 2008 wurde der Presse ein vertraulicher Bericht von Sherard Cowper-Coles, zugespielt, der bis Sommer 2010 britischer Botschafter in Afghanistan war und der die ganze Misere des Einsatzes auf den Punkt bringt: „Die gegenwärtige Lage ist schlecht. Die Sicherheitslage wird schlimmer. Ebenso die Korruption, die Regierung hat jegliches Vertrauen verspielt. [...] Die Präsenz, besonders die militärische Präsenz der Koalition, ist Teil des Problems, nicht der Lösung. Die ausländischen Truppen sichern das Überleben eines Regimes ab, das ohne sie kollabieren würde.“¹ Auch der nach dem Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama vollmundig propagierte Strategiewechsel brachte keine Besserung², er hat lediglich dazu beigetra-

gen, die Situation weiter zu eskalieren, wie selbst ein Pentagon-Bericht im April 2010 feststellte.³

Vor allem die Rolle der NATO, die mit ihrer *International Security Assistance Force* (ISAF) für den Großteil der Kampfhandlungen verantwortlich ist, ist mittlerweile verstärkt in den Blickpunkt der öffentlichen Debatte gerückt. Und in der Tat, eine nähere Analyse zeigt, dass das Militärbündnis maßgeblich für die dramatische Eskalation in Afghanistan verantwortlich ist, wie im ersten Kapitel dieser Studie herausgearbeitet werden soll. Aus Sicht der westlichen Strategen wäre mit einem Truppenabzug jedoch der Fortbestand der NATO elementar in Frage gestellt, würde er doch ihre Unfähigkeit demonstrieren, heute – und vor allem in Zukunft – ihren Kernauftrag erfüllen zu können:

Kampfzone nach Pakistan („AFPAK“); zweitens strebte sie eine deutlich größere Beteiligung der EU-Verbündeten am Kampfgeschehen an; und drittens sollte eine „Afghanisierung“ des Krieges über den Ausbau der staatlichen Repressionsapparate (Armee und Polizei) die westlichen Truppen erheblich entlasten. Vgl. Wagner, Jürgen: Eskalation an allen Fronten, Graswurzelrevolution, September 2009.

3 Report on Progress Toward Security and Stability in Afghanistan, Department of Defense, April 2010.

1 Sciolino, Elaine: U.S. strategy in Afghanistan will fail, leaked cable says, *International Herald Tribune*, 03.10.2008.

2 Die von Barack Obama veränderte US-Strategie brachte folgende Neuerungen: erstens setzte sie auf eine massive Aufstockung der westlichen Truppen und die Ausweitung der

die militärische Durchsetzung westlicher Interessen. Aus diesem Grund muss der Krieg aus westlicher Sicht unbedingt gewonnen werden – koste es die afghanische Bevölkerung, was es wolle.

Insofern sollte man sich nicht von der Ankündigung täuschen lassen, die NATO beabsichtige bis 2014 aus dem Land abzuziehen. Bei dieser Meldung, die im Vorfeld des NATO-Gipfeltreffens im November 2010 von den Medien bereitwillig aufgegriffen wurde, handelt es sich um dreistes Täuschungsmanöver. Tatsächlich werden westliche Truppen noch für viele Jahre in Afghanistan stationiert bleiben, um dafür zu sorgen, dass die Geschicke des Landes den „richtigen“ Verlauf nehmen: „Es wird auch nach 2014 noch Soldaten in Afghanistan geben“, beeilte sich etwa Bundeskanzlerin Angela Merkel zu versichern.⁴ Nach der offiziellen Beendigung des Kampfeinsatzes würden „Zehntausende“ Soldaten verbleiben, gab die *New York Times* an. Selbst die in Aussicht gestellten umfangreichen Truppenreduzierungen wurden unter den Vorbehalt gestellt, sie könnten lediglich dann erfolgen, wenn es die Sicherheitslage vor Ort erlaube – wonach es derzeit aber nicht aussieht.⁵ So ist wohl bedauerlicherweise davon auszugehen, dass westliche Truppen noch für viele Jahre in Afghanistan Krieg führen werden.

Allerdings fehlen den USA die Ressourcen, um den Afghanistan-Krieg – geschweige denn andere künftige Einsätze – künftig nahezu im Alleingang führen zu können, weshalb sie den EU-Verbündeten einen „Transatlantischen New Deal“ vorschlagen. Im Austausch für eine deutlich größere militärische Unterstützung bietet Washington den EU-Staaten im Gegenzug eine machtpolitische Aufwertung an. Inwieweit diese Neujustierung der transatlantischen Beziehungen zustande kommt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die EU-Staaten bereit sein werden, den US-Forderungen nach einem stärkeren Engagement in Afghanistan entgegenzukommen. Wie im zweiten Kapitel vor allem am Beispiel Deutschlands gezeigt werden soll, ist man absolut dazu bereit, den USA stärker unter die Arme zu greifen. Denn vom Transatlantischen New Deal erhofft man sich den Aufstieg vom „Subunternehmer Amerikas“ (Ernst-Otto Czempiel) zu einem gleichberechtigten Partner auf gleicher Augenhöhe.⁶ Aus diesem Grund haben die EU-Staaten ihre Truppenanteile zwischen Anfang 2007 und November 2010 von 16.900 auf 31.811 Soldaten nahezu verdoppelt.⁷

4 Nato bleibt auch nach Truppenabzug noch lange in Afghanistan, *Der Standard*, 21.11.2010.

5 Baker, Peter/Nordland, Rod: U.S. Plan Offers Path to Ending Combat in Afghanistan, *New York Times*, 14.11.2010.

6 Deshalb ist ein weiterer wichtiger Aspekt für das Zustandekommen des Transatlantischen New Deal, inwieweit die USA tatsächlich außerhalb von Lippenbekenntnissen zu einer substanziellen Abgabe von Macht an die EU-Staaten bereit sein werden. Vgl. Wagner, Jürgen: Metamorphose der Geopolitik: Westlicher Vormachtanspruch und der drohende Neue Kalte Krieg, in: IMI (Hg.): *Krisenmanagement: „Sicherheitsarchitektur“ im globalen Ausnahmezustand*, Tübingen 2010.

7 Die Zahlen sind den ISAF-Placemats der jeweiligen Jahre entnommen, zu finden unter <http://www.isaf.nato.int/isaf-placemat-archives.html> (28.11.2010).

Dennoch drängt die US-Regierung auf eine noch größere Unterstützung und obwohl die EU-Verbündeten dem wohl gerne umfänglich nachkommen würden, sind ihnen hinsichtlich weiterer Truppenerhöhungen angesichts der zunehmenden Ablehnung des Einsatzes in der Bevölkerung gewisse Grenzen gesetzt. Eine wesentliche Kompensationsleistung besteht deshalb im Ausbau des Engagements der Europäischen Union. Somit wäre es verkürzt, sich allein mit der Rolle der NATO zu beschäftigen, auch die Europäische Union spielt in Afghanistan eine wichtige Rolle: „Auch wenn sie nicht immer als solcher wahrgenommen und sichtbar wird, die Europäische Union ist ein Schlüsselakteur in Afghanistan.“⁸ Wie in den folgenden Kapiteln aufgezeigt werden soll, betrifft dies nicht allein die Tatsache, dass die Europäische Union in ihren offiziellen Erklärungen sämtliche Eskalationsschritte der NATO, der Vereinigten Staaten sowie ihrer Mitgliedsstaaten voll unterstützt und damit nicht unwesentlich zur internationalen Legitimierung dieses Krieges beiträgt. Denn die Rolle der Europäischen Union geht weit über eine rein deklaratorische Unterstützung der NATO hinaus. Vielmehr agieren beide Organisationen in Afghanistan arbeitsteilig. Im Windschatten des vom Militärbündnis geführten Krieges hat die Europäische Union wichtige Funktionen hinsichtlich der Verwaltung Afghanistans übernommen und ist damit ein wesentlicher Teil des zivilen Arms der Besatzung.

Dies betrifft einmal die Rolle der Europäischen Union beim „Aufbau“ des afghanischen Wirtschaftssystems – oder besser: beim vollständigen neoliberalen Umbau des Landes: Afghanistan ist das „Labor für Nation-Building“, so die der Bundesregierung zuarbeitende *Stiftung Wissenschaft und Politik*.⁹ Dort soll exemplarisch eine Gesellschaft – nach einem bewaffneten westlichen Eingriff – von Grund auf neu errichtet werden. Dementsprechend werden dort Techniken des Staatsaufbaus erprobt und verfeinert, um künftig auch in anderen Gebieten zur Anwendung zu kommen. Der ordnungspolitische Rahmen hierfür wurde auf diversen Konferenzen und durch Vorgaben der Internationalen Finanzinstitutionen (insbesondere des IWF) abgesteckt, wobei die Europäische Union in diese Prozesse ebenfalls mit involviert war. Dabei wurde Afghanistan diktiert, sich marktradikal aufzustellen und sein Wirtschaftssystem nach neoliberalen Vorgaben umzubauen. Diese Vorgaben bilden wiederum den Rahmen für die komplette Wiederaufbaupolitik der Europäischen Union. Im Ergebnis hat sich die humanitäre Situation in den letzten Jahren weiter verschlechtert, zumal der Großteil der dem Land zur Verfügung gestellten Entwicklungshilfe entweder für sicherheitsrelevante Maßnahmen verausgabt wird oder in die Taschen westlicher Konzerne anstatt in die Mägen der hungernden Bevölkerung wandert. Aus diesem Grund nimmt der Widerstand gegen die westliche Präsenz immer weiter zu – ebenso wie die Zahl derjenigen,

8 Gross, Eva: Security Sector Reform in Afghanistan: the EU's contribution, Institute for Security Studies, Occasional Paper Nr. 78, April 2009, S. 21; vgl. auch Klaiber, Klaus-Peter: The European Union in Afghanistan: Lessons learned, in: *European Foreign Affairs Review*, Nr. 1/2007, S. 7-11.

9 Schmunk, Michael: Die deutschen Provincial Reconstruction Teams. Ein neues Instrument zum Nation-Building, SWP-Studie, November 2005, S. 8.

die bereit sind, dabei auch auf gewaltsame Mittel zurückzugreifen (Kapitel 3).

Inzwischen scheint man darüber hinaus realisiert zu haben, welche immense Herausforderungen damit einhergehen, ein Land wie Afghanistan „stabilisieren“ zu wollen – zumal, wenn dabei die eigenen Interessen mehr im Blick gehalten werden als die der afghanischen Bevölkerung. Da in solchen Einsätzen nicht mehr der militärische Sieg gegen eine reguläre Armee im Vordergrund steht, rücken Aufstandsbekämpfung und die Frage, wie eine möglichst reibungslose Besatzung (sprich: Kontrolle) gewährleistet werden kann, mittlerweile in den Mittelpunkt der Planungen.¹⁰ Aus diesem Grund wird derzeit ein neues sicherheitspolitisches Leitbild etabliert, das auf der Erkenntnis basiert, dass dem Militär für derartige Aufgaben wesentliche Fähigkeiten fehlen. Über die „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ (CIMIC) – im NATO-Jargon auch „Comprehensive Approach“ genannt – sollen deshalb zivile Kapazitäten (Verwaltungsfachleute, Agrotechniker, Polizisten, Juristen, etc.) hierfür nutzbar gemacht werden. Afghanistan ist in gewisser Hinsicht der Prototyp für dieses neue Konzept, da es dort erstmals in großem Stil praktiziert wird.¹¹ In der Praxis führt dies zu einer Zweckentfremdung humanitärer Hilfe und einer Gefährdung der Helfer – und zwar in einem Ausmaß, das zivilen Akteuren ein weiteres Agieren häufig unmöglich macht, wie sich am Beispiel Afghanistan überdeutlich zeigt. Auch wenn dabei die NATO das ausführende Organ darstellt, sollte nicht übersehen werden, dass die Zivil-militärische Zusammenarbeit ganz wesentlich von der Europäischen Union konzipiert und propagiert wurde (Kapitel 4).

Schließlich hat sich – allen Versuchen, über die Zivil-militärische Zusammenarbeit den Einsatz effektiver zu gestalten – inzwischen gezeigt, dass man nicht genug Kapazitäten mobilisieren kann, um eine erfolgreiche „Befriedung“ primär mit eigenen Ressourcen erreichen zu können. Deshalb wurde inzwischen – und dies ist wohl der wichtigste Aspekt der aktuellen westlichen Afghanistanstrategie – mit

der „Afghanisierung“ des Krieges begonnen. In großem Umfang soll die afghanische Armee (ANA) und Polizei (ANP) aufgebaut und per Training und Ausrüstung in die Lage versetzt werden, den Großteil der Kampfhandlungen künftig im Alleingang zu schultern. Hiervon erhofft man sich in den westlichen Hauptstädten, die eigene Truppenpräsenz und die Verluste mittelfristig deutlich reduzieren zu können – ohne dass aber, wie bereits beschrieben, an einen Totalabzug gedacht würde. Genau in diesem Kontext leistet die Europäische Union einen erheblichen Beitrag zur Unterstützung des NATO-Krieges. Denn sie ist seit mehreren Jahren mit einer eigenen Mission im Rahmen der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) direkt vor Ort präsent, indem sie im Rahmen von „EUPOL Afghanistan“ Teile der afghanischen Polizei ausbildet. Dabei kommt es zudem zu einer engen Kooperation und Verzahnung der „zivilen“ EU-EUPOL-Mission und der NATO-Truppe ISAF. Sehenden Auges wird mit dieser Afghanisierung des Krieges aber in Kauf genommen, dass sich das Land zu einem autoritären Militär- und Polizeistaat entwickeln wird. Die hehren Ziele von Freiheit und Demokratie werden offenbar dem Interesse an einem pro-westlich orientierten Afghanistan untergeordnet (Kapitel 5).

EUPOL Afghanistan ist der wohl der sichtbarste Ausdruck für die Arbeitsteilung zwischen NATO (Kampfhandlungen) und Europäischer Union (Übernahme von Teilen der „zivilen“ Besatzungsaufgaben). Hieraus ergibt sich, dass NATO-Krieg und EU-Begleitmaßnahmen zwei Seiten derselben Besatzung sind und deshalb auch nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können. Auch wenn die NATO dabei deutlich sichtbarer in Erscheinung tritt, die gern gepflegte Unterscheidung zwischen einer „guten“, „zivilen“ EU und einer „bösen“, kämpfenden und tötenden NATO ist in dieser Form nicht aufrecht zu erhalten. Deshalb müssen beide Akteure für ihre Politik in Afghanistan in die Kritik genommen werden.

¹⁰ Vgl. Zelik, Raul: Aufstandsbekämpfung und Besatzungskrieg, in: Peripherie, Nr. 116/2009, S. 425-447.

¹¹ Lindley-French, Julian: Enhancing Stabilization and Reconstruction operations. A Report of the Global Dialogue between the European Union and the United States, Center for Strategic and International Studies, January 2009, S. 22: „Afghanistan ist zu einem Labor geworden, in dem der Comprehensive Approach getestet wird.“

Teil I: Afghanistan: Lackmustest für die NATO

Seit je her ist es das Ziel der NATO, die westliche Vorrherrschaft militärisch abzusichern. Für diesen Zweck wurde die Allianz seit dem Ende des Kalten Krieges in zwei Schritten generalüberholt. Schritt eins stellte die Umwandlung von einem – wenigstens formal – auf die Territorialverteidigung ausgerichteten Bündnis hin zu einer globalen Interventionsarmee dar. Diese Entwicklung war spätestens mit dem 1999 erfolgten Angriffskrieg gegen Jugoslawien weit gehend abgeschlossen und wurde mit dem damals fast gleichzeitig verabschiedeten Strategischen Konzept formalisiert.¹² Augenblicklich befindet sich die NATO mitten in der zweiten Phase ihrer Runderneuerung. Denn die Allianz reklamiert für sich nicht das „Recht“, beliebig jedes Land der Welt überfallen zu dürfen, sondern mittlerweile ist sie sogar dazu übergegangen, so genannte Problemstaaten anschließend faktisch auch zu annektieren: „Protectorate sind in“, erläutert Carlo Masala, zeitweise an der NATO-Verteidigungsakademie in Rom tätig und mittlerweile Professor an der Universität der Bundeswehr in München: „Von Bosnien über Kosovo, nach Afghanistan bis in den Irak, das Muster westlicher Interventionspolitik ist immer dasselbe. Nach erfolgreicher militärischer Intervention werden die ‚eroberten‘ Gebiete in Protectorate umgewandelt, und die westliche Staatengemeinschaft ist darum bemüht, liberale politische Systeme, Rechtsstaatlichkeit und freie Marktwirtschaft in diesen Gebieten einzuführen.“¹³

Der Krieg in Afghanistan ist in diesem Zusammenhang der Prototyp für diese neue Form von NATO-Kriegseinsätzen. Dort soll exemplarisch eine Gesellschaft – nach einem bewaffneten westlichen Eingriff – von Grund auf neu errichtet werden, wobei der neoliberale Umbau der Wirtschaftsstrukturen im Vordergrund steht. Afghanistan ist dabei jedoch lediglich der bislang umfassendste derartige NATO-Einsatz fernab des Bündnisgebiets. Ihm sollen künftig viele weitere folgen, woran etwa der im Auftrag des NATO-Generalsekretärs im Mai 2010 vorgelegte Konzeptentwurf der Neuen NATO-Strategie keine Zweifel aufkommen lässt: „Angesichts des komplexen und unvorhersagbaren Sicherheitsklimas, das höchstwahrscheinlich in den nächsten Jahrzehnten vorherrschen wird, ist es unmöglich, eine NATO-Teilnahme an ähnlichen (hoffentlich weniger ausufernden) Stabilisierungseinsätzen auszuschießen.“¹⁴

Afghanistan ist somit der Gradmesser, ob die NATO künftig in der Lage sein wird, weitere Länder ihrer Kontrolle

zu unterwerfen, deshalb muss der Krieg auf Biegen und Brechen „erfolgreich“ beendet werden. Scheitert sie dort, steht ihre Existenz auf dem Spiel, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel verdeutlicht: „Ich glaube, sagen zu können [...], dass die Stabilisierung Afghanistans derzeit eine der größten Herausforderungen für die NATO und ihre Mitgliedstaaten ist. Sie ist gleichsam so etwas wie ein Lackmustest für ein erfolgreiches Krisenmanagement und für eine handlungsfähige NATO.“¹⁵ Ganz ähnlich äußerte sich Ronald Naumann, bis 2007 US-Botschafter in Afghanistan: „Die NATO ist die fundamentale Verpflichtung eingegangen, in Afghanistan zu gewinnen. Und entweder wird sie gewinnen, oder sie wird als Organisation scheitern.“¹⁶

Zuerst soll im folgenden Kapitel dargestellt werden, wie die NATO maßgeblich zur gegenwärtigen Eskalation beitrug. Weil dieser Krieg aber zudem auch untrennbar mit der Zukunft der NATO und damit generell mit der Zukunft der Lasten- und Machtverteilung zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten verwoben ist, soll anschließend am Beispiel Deutschlands die Rolle Afghanistans als Belastungstest für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen herausgearbeitet werden.

I. Stationen der Eskalation: Vom Stabilitätsexport zur Aufstandsbekämpfung

In Afghanistan agieren zwei formal voneinander getrennte westliche Kriegseinsätze: einmal die *Operation Enduring Freedom* (OEF), die allein von den USA im Rahmen ihres „Kriegs gegen den Terror“ befehligt wird. Sie operiert dort ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates, indem sich Washington über neun Jahre nach den Anschlägen des 11. September 2001 weiterhin auf sein Selbstverteidigungsrecht beruft – ein völkerrechtlich fragwürdiger Vorgang, um es milde zu formulieren.¹⁷ Zusätzlich kämpft dort die *International Security Assistance Force* (ISAF) der NATO. In Abgrenzung zu OEF wurde sie lange gerne wahlweise als „Friedensmission“, „Stabilisierungseinsatz“ oder „Wiederaufbaumission“, kurz als eine Art „bewaffnete Entwicklungshilfe“ tituliert. Mit dieser Scheinabgrenzung – de facto agieren beide Missionen Hand in Hand¹⁸ – soll-

12 Vgl. Seifert, Andreas/Wagner, Jürgen: Die neue NATO-Strategie, IMI-Studie, Tübingen 2000, URL: <http://www.imi-online.de/download/nato.pdf> (01.10.2009).

13 Masala, Carlo: Managing Protectorates: Die vergessene Dimension, in: Politische Studien, Januar/Februar 2007, S. 49-55, S. 49.

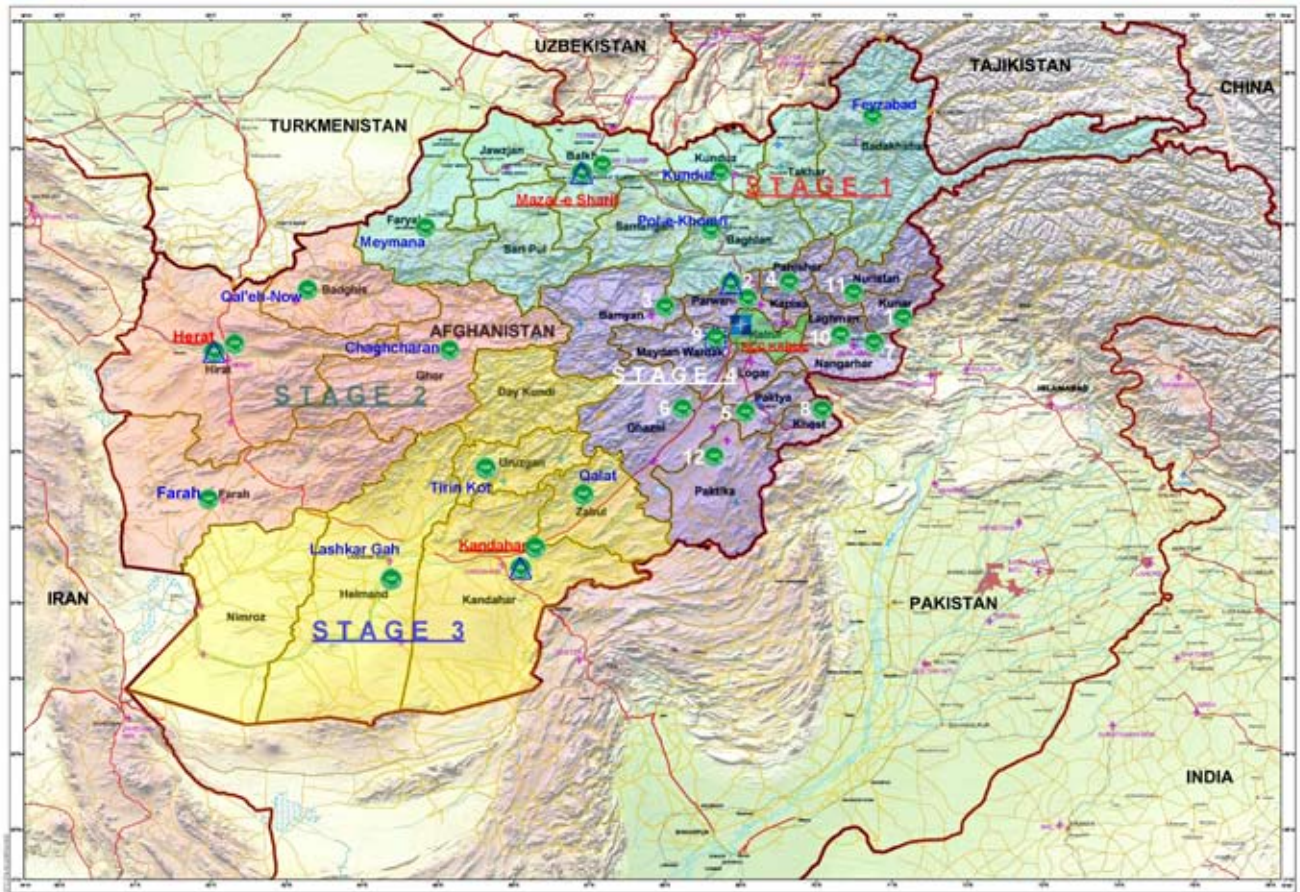
14 NATO 2020: Assured Security; Dynamic Engagement, May 17, 2010, S. 32.

15 Merkel, Angela: Handlungsfähigkeit der Nato stärken, 25.10.2006, URL: <http://www.deutscheatlantischegesellschaft.de/cms/upload/reden/redemerkel.pdf> (14.09.2008).

16 "Nicht gleich zum Feigling werden", Spiegel 39/2006.

17 Vgl. zu den völkerrechtlichen Grundlagen des OEF-Einsatzes: Afghanistan-Krieg, Bundeswehreininsatz und Völkerrecht. Ein Gutachten von Prof. Dr. Norman Paech zum Antrag der Bundesregierung, URL: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Voelkerrecht/gutachten.html> (09.09.2008).

18 Im September 2009 hatte der damalige ISAF-Kommandeur Stanley McChrystal konsequenterweise vorgeschlagen, beide



Die vier Phasen der NATO-Expansion in Afghanistan. Quelle: NATO

te suggeriert werden, allein die US-geführte OEF sei für die Probleme im Land verantwortlich.¹⁹ Tatsächlich ist die gegenwärtige Eskalation in Afghanistan jedoch ganz wesentlich auf die NATO zurückzuführen. Drei Maßnahmen trugen vor allem hierzu bei: Die Ausweitung des Einsatzgebietes, die massive Aufstockung der Truppen und die Veränderung des Operationsschwerpunktes hin zur Aufstandsbekämpfung.

1.1 Phasen der ISAF-Expansion

Ins Leben gerufen wurde die ISAF durch Resolution 1386 (20. Dezember 2001) des UN-Sicherheitsrates. Allerdings wurde sie zunächst nicht von der NATO, sondern von einzelnen Staaten geführt. Erst am 9. August 2003 übernahm die Allianz die Verantwortung für die Führung, Planung und Unterstützung der ISAF-Mission. Nachdem der Aktionsradius zu Anfang auf die afghanische Hauptstadt Kabul beschränkt war, ermöglichte die im Oktober 2003

verabschiedete UN-Sicherheitsratsresolution 1510 „die Ausweitung des Mandats der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe, [zur] Aufrechterhaltung der Sicherheit in Gebieten Afghanistans außerhalb Kabuls.“²⁰

Darauf hin wurde das NATO-Einflussgebiet in fünf Schritten ausgeweitet: In Phase I, die Ende 2004 abgeschlossen war, wurde die Verantwortung über die nördlichen Provinzen übernommen. Im folgenden Jahr übernahm die NATO in Phase II die Kontrolle über die Provinzen im Westen des Landes. Dies war noch relativ unproblematisch, denn beides waren seinerzeit noch vergleichsweise recht ruhige Landesteile, erst in jüngster Zeit eskaliert die Lage auch dort zusehends.²¹ Im Dezember 2005 beschlossen die NATO-Außenminister die Kontrolle über das gesamte Land übernehmen zu wollen und so den Einsatz „auf eine neue Stufe anzuheben.“²² Hierfür wurde das ISAF-Einsatzgebiet in zwei weiteren Schritten zuerst bis Juli 2006 auf den Süden (Phase III) und ab Oktober auf den Osten und damit das gesamte Land ausgedehnt (Phase IV).

Inzwischen wurde der Krieg auch nach Pakistan hineinge-

Einsätze zusammenzuführen. Vgl. Rozoff, Rick: U.S., NATO Poised For Most Massive War In Afghanistan's History, Centre for Research on Globalization, 24.09.2009.

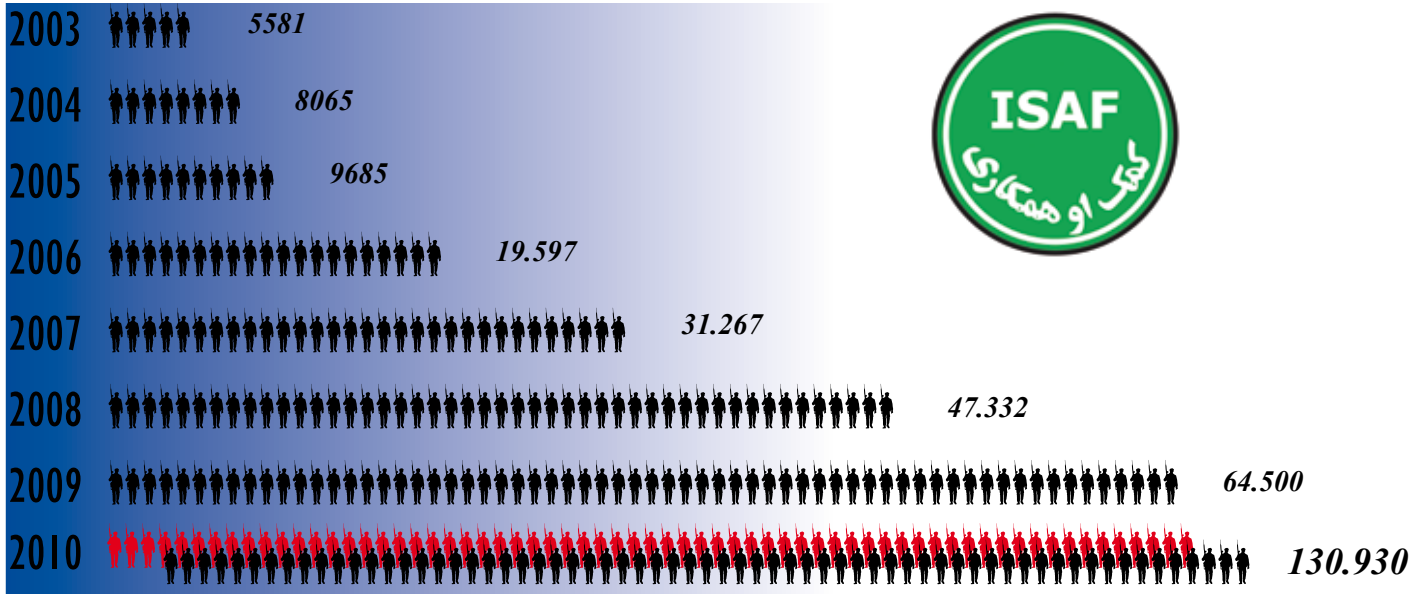
19 „Hier die gute Schutztruppe ISAF, da die böse OEF. Das ist ein Popanz der innerdeutschen Diskussion“, so ein westlicher Beobachter in Kabul. Siehe Böge, Frederike: „Trennung zwischen OEF und Isaf nur für Europäer“, FAZ, 15.11.2007.

20 Resolution 1510 (2003). Adopted by the Security Council at its 4840th meeting, on 13 October 2003.

21 Vgl. Giustozzi, Antonio/Reuter, Christoph: The Northern Front: The Afghan Insurgency Spreading beyond the Pashtuns, Afghanistan Analysts Network, Briefing Paper, 03/2010.

22 Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage, Drucksache 16/1960, 23.06.2006, S. 1.

Truppenentwicklung der ISAF



♣ = 1000 Soldaten

ISAF-Truppengröße:

August 2003: 5581; August 2004: 8065; Juli 2005: 9685; September 2006: 19.597; November 2006: 31.267; März 2008: 47.332; August 2009: 64.500; Februar 2010: 85.790; April 2010: 102.554; Juni 2010: 119.500; November 2010: 130.930

Deutsche Truppen:

2001: 1200; 2003: 2250; 2005: 3000; 2007: 3500; 2008: 4500; 2009: 4800; 2010: 5350 (davon gegenwärtig stationiert: 4900, Stand: 24. November 2010)

OEF-Truppengröße:

November 2010: 10.000

Gesamtgröße der westlichen Truppen:

Ca. 140.000. Hinzu kommen noch zwischen 130.000 und 160.000 Mitarbeiter Privater Militärfirmen.

tragen (Phase V), was von Barack Obama im Frühjahr 2009 mit folgenden Worten angekündigt wurde: „Ich möchte, dass das amerikanische Volk versteht, dass wir ein klares Ziel scharf vor Augen haben: Al Qaida in Pakistan und Afghanistan zu stören, zu zersetzen und zu besiegen.“²³ In diesem Zusammenhang wurden insbesondere unbemannte Drohnenangriffe auf pakistanischem Territorium massiv intensiviert: „In den 21 Monaten seit der Amtsübernahme von Barack Obama als US-Präsident, wurden allein für Pakistan, das derzeit am heftigsten betroffen ist, unter Missachtung der pakistanischen Souveränität über 120 Drohnenangriffe gezählt. Amtsvorgänger George W. Bush hatte in acht Jahren mit rund 60 Einsätzen nur etwa die Hälfte autorisiert.“²⁴ Laut Auswertungen der *New America Foundation* seien dabei bis Ende November 2010 zwischen 1.280 und 1.963 Menschen ums Leben, die Zahl der Zivilopfer schwanke zwischen 311 und 535.²⁵ Obwohl diese gezielten Tötungen nahezu unisono als illegal verurteilt werden²⁶, planen die USA solche Einsätze künftig

sowohl in Pakistan (aber auch in anderen Gebieten) noch häufiger durchzuführen.²⁷ Vor diesem Hintergrund stellt Lothar Rühl, ehemals Staatssekretär im Verteidigungsministerium, richtigerweise fest: „Der afghanische Krieg hat sich schon seit längerem über die Grenze ausgebreitet und begonnen, beide Länder zu einem Kriegsgebiet Südwestasien zu verschmelzen.“²⁸

1.2 Aufstockung der Truppen

Ursprünglich umfasste ISAF lediglich 5.000 Soldaten. Innerhalb der NATO war man sich jedoch darüber im Klaren, dass spätestens die Ausdehnung in den Süden und Osten automatisch schwere Kampfhandlungen nach sich ziehen würde – was dann auch der Fall war. Aus diesem Grund wurde das ISAF-Kontingent bereits mit der Süderweiterung auf knapp 20.000 und nach der Ostexpansion auf über 30.000 Soldaten erhöht. Doch hierdurch gelang es keineswegs, das Land zu „befrieden“ – im Gegenteil. Anstatt ernsthaft über einen Abzug nachzudenken, wurden aber immer mehr Soldaten an den Hindukusch entsandt:

23 Horlohe, Thomas: Obamas Krieg – wie die USA das Blatt am Hindukusch wenden wollen, Streitkräfte & Strategien, 04.04.2009.

24 Haid, Michael: Ferngesteuerte Killer, junge Welt, 12.11.2010.

25 The Year of the Drone, New America Foundation, URL: <http://counterterrorism.newamerica.net/drones> (22.11.2010).

26 Vgl. etwa den betreffenden UN-Bericht von Alston, Philip: Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or

arbitrary executions, Study on targeted killings, Human Rights Council, General Assembly, United Nations, A/HRC/14/24/Add.6, 28 May 2010.

27 Haid 2010.

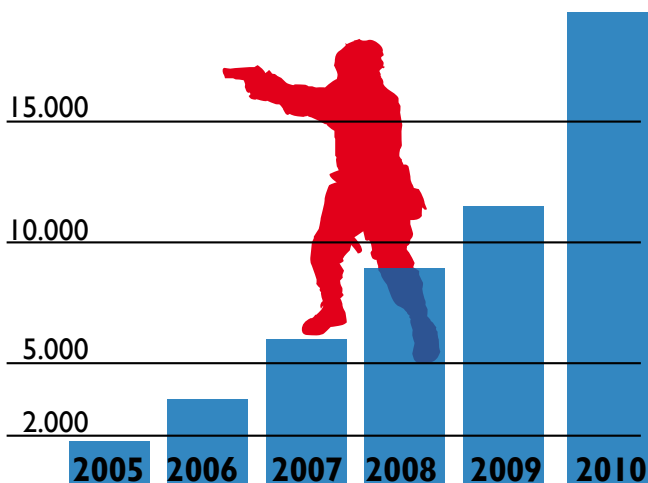
28 Rühl, Lothar: Übergang zum Partisanenkrieg, FAZ, 25.05.2009.

Eskalation der Kampfhandlungen

Sicherheitsvorfälle

Bewaffnete Zusammenstöße zwischen westlichen Truppen und afghanischem Widerstand:

2005: 1750; 2006: 3500; 2007: 6000; 2008: 8900; 2009: 11.500; 2010: 19.500 (Schätzung auf Basis der Zahlen des ersten Halbjahrs 2010).



Selbstmordanschläge

2001-2005: 16; 2006: 97; 2007: 142; 2008: 148; 2009: 180

Opfer unter westlichen Soldaten:

USA: 1373

Nicht-US: 821 (Kanada: 152; Großbritannien: 343)

Deutschland: 45

Gesamt: 2.194

Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung

Die Angaben über die Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung variieren stark. Darüber hinaus gibt es in diesem Bereich auch eine hohe Dunkelziffer. Einig sind sich die verschiedenen Berichte, dass die Zahlen massiv nach oben gegangen sind.

Zahlen der UNAMA (UN-Mission in Afghanistan):

Zivilopfer 2006: 929; 2007: 1523; 2008: 2118; 2009: 2412; 2010: 3150 (Schätzung auf Basis der Zahlen des ersten Halbjahrs 2010).

Knapp 42.000 waren es Ende 2007 und bereits über 51.000 zwölf Monate später.

Mit Amtsantritt Barack Obamas verschärfte sich dieser Trend nochmals erheblich. Denn ein wesentliches Element der von ihm angeordneten neuen Afghanistanstrategie stellten nochmalige Truppenerhöhungen dar. Dem wurde rasch nachgekommen: Ende 2009 kämpften bereits 84.150 NATO-Soldaten in Afghanistan, 11 Monate später, im November 2010, beläuft sich das ISAF-Kontingent auf 130.930 Soldaten.²⁹ Darüber hinaus kämpfen weiterhin etwa 10.000 zusätzliche Soldaten unter der US-befehligen „*Operation Enduring Freedom*“, sodass mittlerweile über 140.000 westliche Militärs am Hindukusch ihr Unwesen treiben.³⁰

1.3 ISAF: Robuste Einsatzregeln zur Aufstandsbekämpfung

Neben der Entsendung von immer mehr Truppen und der Ausweitung des Einsatzgebietes reagierte die NATO vor allem mit der Änderung der Einsatzregeln (rules of engagement) auf die verschlechterte Sicherheitslage, ein Schritt, der ebenfalls maßgeblich zur Eskalation beitrug. Diese Einsatzregeln legen die Kriterien und Umstände fest, unter denen NATO-Soldaten im jeweiligen Einsatz Gewalt anwenden dürfen.³¹ Sie schrieben für Afghanistan lange Zeit vor, dass Waffengewalt ausschließlich zur Selbstverteidigung nach einem erfolgten Angriff eingesetzt werden durfte.

Nicht zuletzt, weil man den Krieg mit der Süd- und Osterweiterung gezielt eskalieren wollte, wurden die Einsatzregeln bereits Anfang 2006 verändert. Seither ist auch die aktive Bekämpfung von Widerstandsgruppen erlaubt, wie bei einer NATO-Pressekonferenz Anfang Februar 2006 öffentlich wurde: „Das Mandat der ISAF ist es, ein sicheres Umfeld zu garantieren. [...] Das ist der Grund, weshalb unsere Kommandeure diese neuen robusten Einsatzregeln erhalten, um damit präemptive Operationen gegen mögliche Gefahren für unsere Truppen oder die afghanische Bevölkerung durchzuführen. Um es zusammenzufassen: Robustere Einsatzregeln.“³² Damit veränderte sich endgültig der Charakter der vorgeblichen Friedens- und Stabilisierungsmission. Nüchtern stellt die *Stiftung Wissenschaft und Politik* diesbezüglich fest: „In ganz Afghanistan hat sich die ISAF-Mission seit 2006 von einer reinen Stabilisierungsoperation zu einem Einsatz mit dem Schwerpunkt Aufstandsbekämpfung entwickelt.“³³

29 Wikipedia, International Security Assistance Force, URL: http://en.wikipedia.org/wiki/International_Security_Assistance_Force (22.11.2010).

30 Campbell, Jason H./Shapiro, Jeremy: Afghanistan Index. Tracking Variables of Reconstruction & Security in Post-9/11 Afghanistan, Brookings Institution, 11.11.2010, S. 4f.

31 Außerdem kann jedes Land seinen eigenen Soldaten zusätzliche Beschränkungen auferlegen (caveats).

32 Joint ISAF/CFC-A News Conference, 20.02.2006.

33 Noetzel, Timo/Zapfe, Martin: Aufstandsbekämpfung als Auftrag: Instrumente und Planungsstrukturen für den ISAF-Einsatz, SWP-Studie, Mai 2008, S. 15.

1.4 Eskalation in Afghanistan: Das Drama in Zahlen

Unmittelbar nach Beginn der Südausdehnung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, seither ist die NATO praktisch permanent in schwerste Kampfeinsätze verwickelt.³⁴ Über die Jahre ist die militärische Lage der NATO immer kritischer geworden. Die ISAF stößt mit immer größeren Gruppen zusammen, deren Bewaffnung und Organisationsgrad sich ständig verbessert.³⁵ Vor allem die „Lerneffekte“ aus dem Guerillakrieg im Irak haben zur Effektivierung des Widerstands beigetragen, indem dort „erfolgreich“ erprobte Kampfmaßnahmen übernommen wurden.³⁶

Auffällig ist, dass die Kampfhandlungen vor allem seit 2006 massiv eskaliert sind, dem Jahr, in dem die NATO beschloss, deutlich aggressiver als zuvor zu Werke zu gehen. So stieg die Zahl der Selbstmordattentate von 16 (2001 bis 2005) auf 97 (2006), dann auf 142 (2007) sowie 148 (2008) und schließlich 180 (2009) an.³⁷ Analog hierzu explodierte auch die Zahl der „Sicherheitsvorfälle“, also der bewaffneten Zusammenstöße zwischen westlichen Truppen und afghanischem Widerstand. Während es im Jahr 2005 noch zu etwa 1750 derartiger Vorfälle kam, waren es 2006 bereits 3500 und im Folgejahr 6000. Für 2008 wurden 8900 und 2009 etwa 11.500 solcher Zusammenstöße registriert.³⁸ Nach Angaben der Vereinten Nationen stiegen die Sicherheitsvorfälle im ersten Halbjahr 2010 erneut um

34 So etwa während der Operation "Medusa" Mitte 2006, bei der nach NATO-Angaben mehr als 500 Afghanen und über zwanzig ISAF-Soldaten ums Leben kamen. Der ARD-Korrespondent Christoph Heinzele beschrieb die neue Qualität dieses Einsatzes folgendermaßen: „Klares Zeichen für den Kurswechsel war im Sommer 2006 die ‚Operation Medusa‘. Erstmals jagte die Isaf zusammen mit afghanischen Sicherheitskräften aktiv Aufständische im instabilen Süden Afghanistans. Die Verluste auf beiden Seiten waren hoch. Im Juli hatte die Natogeführte Isaf das Kommando im Süden von der US-geführten Anti-Terrorkoalition übernommen. Nun sollten massive Militäroperationen in klar definierten Gebieten mehr Sicherheit schaffen, um Wiederaufbau zu ermöglichen. Seitdem gibt es von der Isaf so genannte Präzisionsluftangriffe gegen Taliban-Führer, Flächenbombardements, Artilleriegefechte.“ Siehe Cremer, Uli: Frequently Asked Questions zum Thema Afghanistan-Krieg im Vorfeld der Bundestags-Abstimmungen zur weiteren Aufstockung des Bundeswehr-Kontingents 2008, Überarbeitete Fassung 25.08.2008, URL: <http://www.gruene-friedensinitiative.de/texte/FAQ.pdf> (11.09.2008).

35 Vgl. Landay, Jonathan S.: Afghanistan, 5 years later: U.S. confront Taliban's return, McClatchy Newspapers, 25.09.2006; Borchgrave, Arnaud De: Is The Middle Ages On The Comeback, UPI, 30.06.2006.

36 „Von besonderer Besorgnis ist der offensichtlich Import von Taktiken, die im Irak perfektioniert wurden.“ Siehe Senlis Council: Stumbling into Chaos: Afghanistan on the brink, November 2007, S. 7.

37 Campbell/Shapiro 2010, S. 19. Vgl. zur Motivation von Selbstmordattentaten die Arbeiten von Pape, Robert: It's the Occupation, Stupid, in: Foreign Policy, October 18, 2010.

38 Vgl. The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security, Report of the Secretary-General, S/2010/127, March 2010, S. 7; Cordesman, Anthony: The Afghan-Pakistan War: A Status Report: 2009. A Brief

69% an, sodass sich die Intensität des Krieges innerhalb nur weniger Jahre mehr als verzehnfacht hat.³⁹ Betroffen von diesen Auseinandersetzungen sind vor allem Afghanen, insbesondere Zivilisten. Allein im Jahr 2008 kamen laut der UN-Mission in Afghanistan (UNAMA) 2118 Unbeteiligte ums Leben, ein Anstieg um 40% gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2009 stiegen die Zivilopfer auf 2412 und im ersten Halbjahr 2010 erhöhte sich die Zahl nochmals um 31%.⁴⁰ Gleichzeitig verweisen die Vereinten Nationen aber darauf, dass eine Reihe von Faktoren eine korrekte Erfassung der Zivilopfer erschweren, weshalb die tatsächliche Zahl mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich höher liegen dürfte.⁴¹

Die vielen Zivilopfer sind ein wichtiger Faktor, weshalb inzwischen viele Afghanen mit dem Widerstand sympathisieren oder sich ihm sogar bereits angeschlossen haben. Besonders scharf wurde das Vorgehen des westlichen Militärs vom militärpolitischen Berater der deutschen Botschaft in Kabul bereits im Mai 2007 kritisiert. Er schrieb in einem Brief an das Auswärtige Amt: „Die ständige Forderung nach Truppenverstärkung, die steigenden Kosten des militärischen Engagements, das Anwachsen eigener Verluste und die wachsende Zahl ziviler Opfer verdeutlichen die Ungeeignetheit und Ausweglosigkeit der militärischen Gewalt als Lösung der inneren und äußeren gesellschaftlichen Probleme Afghanistans. [...] Es ist unerträglich, dass unsere Koalitionstruppen und ISAF inzwischen bewusst Teile der Zivilgesellschaft [...] bekämpfen. [...] Es gibt keine Entschuldigung für das durch unsere westlichen Militärs erzeugte Leid.“⁴² Ein Mann in Jalalabad fasste die Gefühlslage folgendermaßen zusammen: „Die Taliban haben zwei meiner Angehörigen umgebracht, die Invasoren 16. Du kannst Dir ausrechnen, auf wessen Seite ich stehe.“⁴³

Doch auch unter den westlichen Soldaten fordert der Krieg mehr und mehr Opfer, ihre Gesamtzahl beträgt mittlerweile 2194 (Stand: 11. November 2010). Davon entfällt der Großteil auf die Vereinigten Staaten (1373), gefolgt von Großbritannien (343) und Kanada (152).⁴⁴ Deutschland hat dabei mit 45 toten Soldaten vergleichsweise geringe Verluste hinnehmen müssen, vor allem deshalb, weil man sich bislang kaum an den Kampfhandlungen im schwer umkämpften Süden und Osten beteiligt hat. Dies sorgt bei den Verbündeten für zunehmende Verärgerung und dient auch als Anlass, generell die Frage nach der künftigen Lastenverteilung innerhalb der NATO zu stellen.

Summary, Center for Strategic and International Studies, 12.08.2009; Campbell/Shapiro 2010, S. 10.

39 The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security, Report of the Secretary-General, S/2010/463, September 2010, S. 4.

40 UNAMA: Afghanistan: Mid Year Report on Protection of Civilians in Armed Conflict, August 2010, S. i.

41 UNAMA: Afghanistan: Mid Year Bulletin on Protection of Civilians in Armed Conflict, Juli 2009.

42 Haydt, Claudia/Buchholz, Christine: Bundeswehr raus aus Afghanistan! Warum Deutschland nicht am Hindukusch verteidigt wird, Die Linke o.j., URL: <http://tinyurl.com/5xqppg> (10.09.2008), S. 7.

43 Povey, Elahe Rostami: Keine Sicherheit ohne Entwicklung, Neues Deutschland, 24.07.2009.

44 Campbell/Shapiro 2010, S. 12.

2. Afghanistan und der Transatlantische New Deal – Das Beispiel Deutschland

Der Versuch während der Amtszeit George W. Bushs, mit dem „Krieg gegen den Terror“ die US-Vorherrschaft auf Dauer abzusichern, mündete in einem finanziellen, militärischen und politischen Desaster und hat zu einer massiven machtpolitischen Schwächung der Vereinigten Staaten geführt. Nachdem auch die Machtposition der Europäischen Union in den letzten Jahren zusehends erodiert, rufen derzeit zahlreiche Beobachter bereits das Ende der westlichen Vorherrschaft aus.⁴⁵ Auch wenn solche Einschätzungen womöglich verfrüht sind, sie sind vor allem deshalb Besorgnis erregend, weil sie zumeist mit Prognosen einhergehen, diese Entwicklung werde zu schweren Konflikten mit neuen machtpolitischen Rivalen führen, genannt wird dabei stets China, häufig auch Russland. In jüngster Zeit sagen mehr und mehr prominente Beobachter wahlweise eine „Rückkehr der Geopolitik“ (Robert Kagan), eine „globale Großkonkurrenz“ (Nikolaus Busse) oder einen „Weltkrieg um Wohlstand“ (Gabor Steingart) voraus.⁴⁶

Doch nicht nur in der Publizistik sind solche Einschätzungen inzwischen gang und gäbe. Sichtbarster Ausdruck hierfür war die Veröffentlichung von „Global Trends 2025“ im November 2008. In diesem Gemeinschaftsprodukt sämtlicher US-Geheimdienste wurden – erstmals – ein gravierender machtpolitischer Abstieg der Vereinigten Staaten sowie zunehmende geopolitische Konflikte mit China und Russland prognostiziert.⁴⁷ Auch das *Institute for Security Studies* der Europäischen Union gelangt zu dem Ergebnis, dass sich die westliche Vorherrschaft ernststen Herausforderungen ausgesetzt sehen wird. Explizit weist die wichtigste EU-Denkfabrik dabei zudem auf die in jüngster Zeit wieder zunehmenden Schnittmengen mit Einschätzungen der US-Seite hin, wie sie in „Global Trends 2025“ vertreten werden.⁴⁸

45 Vgl. Ferguson, Niall: The decade the world tilted east, *Financial Times*, 27.12.2009; Mahbubani, Kishore: The New Asian Hemisphere: The Irresistible Shift of Global Power to the East, New York 2009; Zakaria, Fareed: The Rise of the Rest, *Newsweek*, 12.05.2008; Haass, Richard N.: The Age of Nonpolarity. What Will Follow US Dominance, in: *Foreign Affairs*, May/June 2008; Boris, Dieter/Schmalz, Stefan: Eine Krise des Übergangs, in: *Prokla*, 4/2009, S. 625-643. Vgl. für eine der wenigen Gegenpositionen Delpech, Thérèse: The Decline of the West, *New York Times*, 21.12.2009.

46 Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008; Busse, Nikolaus: Entmachtung des Westens: die neue Ordnung der Welt, Berlin 2009, S. 10; Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand, München 2008.

47 National Intelligence Council: Global Trends 2025: A Transformed World, November 2008. Die Einschätzung eines gravierenden US-Machtverlustes findet sich mittlerweile in nahezu jeder Publikation militärischer und strategischer Zirkel: Vgl. Cronin, Patrick M. (Hg.): Global Strategic Assessment 2009: America's security role in a changing World, *Institute for National Strategic Studies*, Washington, D.C. 2009; Denmark, Abraham M./Mulvenon, James (Hg.): Contested Commons: The Future of American Power in a Multipolar World, *Center for a New American Security*, January 2010.

48 Grevi, Giovanni: Scanning the future. American and European perspectives, *ISS Policy Brief*, December 2008.

Angesichts der immer schwieriger werdenden Lage wird derzeit immer vehementer die „Einheit des Westens“ beschworen: „Skeptiker verweisen auf den relativen Niedergang Nordamerikas und Europas etwa hinsichtlich globaler Trends in den Bevölkerungszahlen oder der Weltökonomie. Diese Trends unterstreichen jedoch die Notwendigkeit die transatlantische Zusammenarbeit zu vertiefen, nicht sie zu schwächen. Ein schwächeres transatlantisches Band würde Amerikaner und Europäer weniger sicher, weniger wohlhabend und weniger fähig machen, unsere Ideale oder unsere Interessen in der Welt zu fördern.“⁴⁹ Ganz ähnlich plädierten im Dezember 2009 acht der einflussreichsten Denkfabriken aus den USA und der Europäischen Union, man müsse künftig „Schulter an Schulter“ stehen, um die westliche Vorherrschaft aufrecht zu erhalten: „Angesichts des Endes des Kalten Krieges und des Aufstiegs neuer Mächte sagen einige, dass die transatlantische Partnerschaft ihre beste Zeit hinter sich habe. Wir stimmen hiermit nicht überein. [...] Die Welt, aus der die transatlantische Partnerschaft hervorgegangen ist, ist rasch am Verschwinden. Die USA und die Europäische Union müssen ihre Beziehungen dringend in Richtung einer effektiveren strategischen Partnerschaft umformen und neu gestalten. Jetzt ist der Moment, die Chance zu ergreifen – to use or to lose.“⁵⁰

Kurz zusammengefasst wird die derzeitige Konstellation folgendermaßen beschrieben: Die Vereinigten Staaten sind machtpolitisch zu geschwächt, um die Vorherrschaft des Westens weiterhin nahezu im Alleingang gewährleisten zu können. Sie sind auf Unterstützung angewiesen und die EU-Verbündeten sind hierfür der natürliche Adressat. Andererseits können die USA deshalb aber auch nicht mehr weiter den Anspruch erheben, innerhalb des westlichen Bündnisses das alleinige Sagen zu haben. Im März 2010 wurde die derzeit vorherrschende Sichtweise nochmals in einem Bericht zusammengefasst, an dem so ziemlich alles, was in Europas Strategie- und Politikzirkeln Rang und Namen hat, beteiligt war: „Wir konnten das Ende der unipolaren Weltordnung beobachten – eine Weltordnung, die von einer einzigen Macht, den USA, dominiert wurde. [...] Neue wirtschaftliche, politische und militärische Mächte sind aufgetaucht. Die Alleingangsstrategie („go it alone strategy“) der USA ist gescheitert. Wir beobachten soeben das Entstehen einer multipolaren Welt, ein neues ‚Zeitalter der Imperien‘. Europa muss daraus als eines dieser Imperien hervorgehen. Hierbei sind die USA sowohl der natürliche als auch unverzichtbare Verbündete.“⁵¹ Die

49 The Washington NATO Project (Atlantic Council of the United States/Center for Strategic and International Studies/Center for Technology and National Security Policy/Center for Transatlantic Relations): Alliance Reborn: An Atlantic Compact for the 21st Century, February 2009, S. 8.

50 Hamilton, Daniel S./Burwell, Frances G. (lead authors): Shoulder to Shoulder: Forging a Strategic U.S.-EU Partnership (Atlantic Council of the United States/Center for European Policy Studies/Center for Strategic and International Studies/Center for Transatlantic Relations/Fundacion Alternativas/Prague Security Studies Institute/Real Instituto Elcano/Swedish Institute of International Affairs), December 2009, S. ii.

51 Verhofenstadt, Guy/Prodi, Romano: Preface, in: Gnesotto,

Kernidee, mit welchem Konzept auf die gegenwärtige Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse reagiert werden müsse, brachte eine Studie im Auftrag des Europäischen Rates auf den Punkt. Angesichts der schwindenden Macht der Vereinigten Staaten sei ein „Übergang von der Pax Americana“ hin zu einer neuen Weltordnung unausweichlich, die künftig „von einer Pax Transatlantica beaufsichtigt wird.“⁵²

Vor diesem Hintergrund bietet US-Präsident Barack Obama den EU-Staaten einen „Transatlantischen New Deal“ an. Er umfasst einerseits Washingtons Angebot, künftig in deutlich größerem Umfang als bislang auf EU-Interessen Rücksicht zu nehmen. Umgekehrt fordert er hierfür jedoch von den Verbündeten eine deutlich größere (militärische) Unterstützung ein. Im Kern lautet der Transatlantische New Deal also folgendermaßen: Wenn die Europäer künftig adäquat mitkämpfen, dürfen sie auch substantiell mitreden.

Offiziell wurde dieses Angebot auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2009 unterbreitet. Mit blumigen Worten reichte Vizepräsident Joseph Biden dort den EU-Verbündeten die Hand. Die neue US-Regierung stehe für ein „neues Zeitalter“, eine „neue Ära der Zusammenarbeit“, sie sei „entschlossen, einen neuen Ton einzuschlagen.“ Anschließend konkretisierte Biden die Bedingungen für den Transatlantischen New Deal: „Die USA werden mehr tun, aber die USA werden auch mehr von ihren Partnern verlangen.“⁵³ Im Februar 2010 wurde dieses Angebot von Obamas damaligem Sicherheitsberater James Jones noch einmal erneuert und präzisiert: „Im letzten Jahr reisten Vizepräsident Biden und ich zu dieser Konferenz, um eine Regierung zu repräsentieren, die weniger als drei Wochen im Amt war. Wir erneuerten Präsident Obamas Versprechen für einen Neuanfang in den Beziehungen der Vereinigten Staaten mit Europa und der Welt. [...] Berichte von einem Niedergang der transatlantischen Partnerschaft waren schon immer stark übertrieben – seit Jahrzehnten. Aber unsere Partnerschaft dauert aufgrund eines einfachen Grundes an – weil sie unsere gemeinsamen Werte und unsere geteilten Interessen reflektiert, die die Basis unserer gemeinsamen Sicherheit und unseres Wohlstands sind. Die Tage, in denen die Europäische Union eine Herausforderung darstellte, die von den USA bewältigt werden musste, sind lange vorüber. Vielmehr ist Europa heute unser unverzichtbarer Partner. [Dies] unterstreicht, was Präsident Obama eine ‚grundlegende Wahrheit‘ nannte – dass ‚Amerika die Herausforderungen dieses Jahrhunderts nicht allein bewältigen kann‘ und dass ‚Europa sie nicht ohne die USA bewältigen kann.‘“⁵⁴

Nicole (Rapporteur): Reshaping EU-US Relations: A Concept Paper, Notre Europe, March 2010.

52 Quille, Gerrard: Global Power of Global Player? Framing CFSP and ESDP in 2019, in: Forward-Looking Policy Papers on “Europe 2009-2019”, EXPO/B/PolDep/ST/2009_109, July 2009, S. 13-20, S. 14.

53 Joseph Biden, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2009, URL: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Sicherheitskonferenz/2009-biden-dt.html> (01.10.2009).

54 Jones, James: Rede auf der 46. Münchner Sicherheitskonferenz, 06.02.2010, URL: <http://www.securityconference.de/Jones-James-L.566.0.html> (11.11.2010).

Diese Überlegungen fanden auch Eingang in das Ende November 2010 verabschiedete neue Strategische Konzept der NATO. In ihm wird ein massiver Ausbau der Kooperation zwischen der „zivilen“ Europäischen Union und dem NATO-Militärbündnis angekündigt. Erstmals ist dort auch die Rede von einer „strategischen Partnerschaft zwischen der NATO und der EU“ und – entscheidend – vom „Respekt vor der Autonomie und institutionellen Integrität beider Organisationen.“ Mit anderen Worten, implizit wird hier von Washington erstmals in dieser Deutlichkeit akzeptiert, dass die Europäische Union eigene Wege im Militärbereich gehen kann, solange sie dieses Zugeständnis mit einer größeren Unterstützung der USA im Rahmen von NATO-Operationen zurückerhält. Diese Zusammenarbeit soll offenbar systematisch ausgebaut werden, wenn es im Konzept heißt: „Wir werden [...] unsere praktische Kooperation in Operationen im gesamten Spektrum an Kriseneinsätzen ausbauen, von der koordinierten Planung bis hin zum Feldeinsatz.“⁵⁵

Aus US-Sicht ist hier zuvorderst natürlich eine größere Unterstützung des Afghanistan-Einsatzes gemeint. Inwieweit die EU-Staaten hierzu bereit sind, wird demzufolge nicht unwesentlich bestimmen, ob der Transatlantische New Deal (und damit die machtpolitische Aufwertung der EU-Staaten innerhalb der NATO) zustande kommen wird. Mit diesen Überlegungen im Blick legte beispielsweise der einflussreiche *European Council on Foreign Relations* bereits im März 2009 eine ausführliche To-Do-Liste vor, in welchen Bereichen das EU-Engagement in Afghanistan auszubauen sei und begründete dies folgendermaßen: „Präsident Barack Obama und seine Außenministerin Hillary Clinton haben unmissverständlich klar gemacht, dass sie eine signifikante Erhöhung der EU-Anstrengungen erwarten. Die Frage wird wohl in Washington als Lackmустest angesehen werden, ob die Europäer als strategische Partner ernst genommen werden sollten. Somit dürfte die europäische Reaktion die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen auf lange Sicht, also die nächsten vier oder acht Jahre beeinflussen.“⁵⁶

2.1 Deutschland – Per Salamtaktik immer tiefer in den Krieg

Auch wenn damit auch andere EU-Verbündete gemeint sind, Deutschland ist der Hauptadressat der US-Forderungen nach einer größeren Lastenverteilung. Dies betrifft auch und vor allem Afghanistan, wo von deutscher Seite gerne die „Vorreiterrolle“ beim zivilen Wiederaufbau und die Führungsfunktion im Norden hervorgehoben wird. Die Verbündeten bewerten das Engagement aber deutlich anders, denn die deutschen Truppen sind fast ausschließlich im vergleichsweise ruhigen Norden des Landes stationiert. Im Osten und Süden, wo die schwersten Auseinandersetzungen stattfinden, kämpfen und sterben jedoch vor allem

55 Active Engagement, Modern Defence, “Strategic Concept For the Defence and Security of The Members of the North Atlantic Treaty Organisation”, Adopted by Heads of State and Government in Lisbon, 19. November 2010, para. 32.

56 Korski, Daniel: Shaping Europe's Afghan surge, European Council on Foreign Relations, Policy Brief, March 2009, S. 1.

Soldaten der USA, Kanadas und Großbritanniens.⁵⁷ Aus diesem Grund übten die Verbündeten ab 2006 massiven Druck auf Deutschland aus, sich stärker an den Kampfhandlungen zu beteiligen. Vor allem die US-Regierung fordert insbesondere seit dem Amtsantritt Barack Obamas sehr direkt einen größeren deutschen Beitrag.

Will man vor diesem Hintergrund seinen Einfluss in Afghanistan, aber auch in der NATO (und darüber hinaus) nicht einbüßen, so ist es aus deutscher Sicht zwingend erforderlich, sich stärker zu involvieren. Denn wer sich nicht an Kriegseinsätzen beteiligt, der hat auf dem Feld internationaler Machtpolitik nichts zu bestellen, so die herrschende Sichtweise. So gab etwa CDU-Vordenker Karl Lamers die Devise aus, dass die „Teilnahme an internationalen Militärationen eine notwendige Voraussetzung für deutschen Einfluss in der Weltpolitik“ sei.⁵⁸ Nur wer Krieg führt, darf international mitbestimmen, diese Kalkulation bestimmte wohl auch die Entscheidung, sich am Krieg in Afghanistan zu beteiligen, berücksichtigt man die Aussagen von Ex-Außenminister Joschka Fischer zur Motivation des deutschen Afghanistan-Engagements: „Die Entscheidung ‚Deutschland nimmt nicht teil‘ würde auch eine Schwächung Europas bedeuten und letztendlich bedeuten, dass wir keinen Einfluss auf die Gestaltung einer multilateralen Verantwortungspolitik hätten. Genau darum wird es in den kommenden Jahren gehen. [...] Das Maß der Mitbestimmung richtet sich nach dem Maß des Mitwirkens.“⁵⁹

57 "Ich kann es nicht mehr hören, dass die Bundeswehr in Afghanistan ist. Entscheidend ist doch wohl, dass die Deutschen nicht dort sind, wo sie gebraucht werden", so ein britischer Offizier. Siehe Afghanistan: Unmut über die Bundeswehr wächst, Welt.de, 14.09.2006.

58 Theiler, Olaf: Die NATO im Umbruch, Baden Baden 2003, S. 284.

59 Cremer 2008, S. 17. Innerhalb des Militärs besteht hierüber beträchtlicher Unmut. So beschwerte sich ein KSK-Soldat gegenüber dem Journalisten Uli Rauss (Stern, 11.07.2005),

Häuserkampf in Falludscha – Vorbild für die Bundeswehr

„Die Stadt Falludscha liegt ca. 50 Kilometer westlich von Bagdad. Sie war aus Sicht der US-Geheimdienste und Militärs seit langem eine ausgesprochene Hochburg des Widerstands. Am Montag, den 8. November 2004, begannen alliierte Streitkräfte im Rahmen der Operation *Phantom Fury*, die Stadt von Widerstandskämpfern zurückzuerobern. [...] Das offensive Vorgehen gegen die Widerstandsnester sollte einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der für Januar 2005 vorgesehenen Wahlen leisten.

Als vorbereitende Maßnahme waren im Verlauf des Oktobers wiederholt begrenzte Luftangriffe durch Flugzeuge, Hubschrauber und unbemannte Luftfahrzeuge durchgeführt worden. Die eigentliche Bodenoperation begann am 8. November. Verschiedene Truppenkontingente, wie Kräfte der irakischen Armee, des US-Heeres und der US-Marineinfanterie (Marines) tasteten sich an die Stadt heran. Zu diesem Zeitpunkt schätzten die US-Militärs, dass sich ‚nur‘ noch 30.000-90.000 Zivilisten vor Ort befanden.

Insgesamt waren ungefähr 12.000 Soldaten aufmarschiert. Am 9. November drangen die Bodentruppen in die Stadt vor und führten 10 Tage lang einen intensiven Häuserkampf gegen ihre Widersacher. [...] Die schweren Probleme, denen sich die US-Streitkräfte in Falludscha gegenüber sahen, untermauern

So besehen besteht für die Bundesregierung eine große Motivation, sich möglichst umfangreich am Krieg in Afghanistan zu beteiligen, was sie aber vor das Problem stellt, dass ihre Bevölkerung dem Krieg mit großer Mehrheit extrem skeptisch gegenübersteht. Aufgrund dieser Konstellation ist die Bundesregierung gezwungen, schrittweise vorzugehen: Per Salamitaktik wird die Bevölkerung sachte daran „gewöhnt“, sich mit einer immer größeren deutschen Kriegsbeteiligung abzufinden.

2.2 Schritte über den Rubikon I: Tornado-Einsatz

Der erste „Meilenstein“ war die Anfang 2007 beschlossene Entsendung von Recce-Tornados. Sie wurden auch im Süden und Osten eingesetzt und lieferten Zieldaten, auf deren Grundlage anschließend Bombardierungen erfolgten, bei denen auch zahlreiche Zivilisten ums Leben kamen. Hiermit machte sich Deutschland somit unweigerlich zum Mittäter, wie Walter Jertz, ehemals Chef des Luftwaffenführungskommandos, bestätigt: „Es muss der Bevölkerung deutlich gemacht werden, dass zwar die Aufklärungstornados nicht unmittelbar in Kampfhandlungen verwickelt werden, aber das Liefern von Fotos der Aufklärungstornados kann im Süden von Afghanistan dazu führen, dass Kampfhandlungen durchgeführt werden. Und das kann auch bedeuten, dass Zivilisten zu Schaden kommen und dieses wollen wir natürlich letztlich auch offen aussprechen, dieses müssen wir auch offen aussprechen.“⁶⁰

Mit der Entsendung der Tornados war taktisch geschickt ein entscheidender Schritt getan: Einerseits konnte sich die Bundesregierung hinstellen und Forderungen nach Bodentruppen im Süden mit Blick auf die diesbezüglich extrem hohe Ablehnung in der eigenen Bevölkerung mit

die Bundesrepublik wolle einen ständigen Sitz im Welt Sicherheitsrat, „und wir werden dafür verheizt.“

60 Kobylinski, Alexander/Caroline, Walter: Krieg oder Frieden? – Streit um den Einsatz von Tornados, Kontraste, 15.02.2007.

die Dringlichkeit einer intensiveren Berücksichtigung des Gefechtsraums *Stadt*.“

Quelle: Sascha Lange: Falludscha und die Transformation der Streitkräfte – Häuserkampf in Städten als dominante Kernfähigkeit der Zukunft? SWP-Diskussionpapier, Januar 2005, S. 3.



Falludscha nach dem Angriff der US-Streitkräfte

deutlichen Worten ablehnen. Auf der anderen Seite diene der Verweis, man könne aus Gründen der Bündnissolidarität ja schließlich nicht jede Maßnahme verweigern, dazu, den eigenen Kriegsbeitrag weiter auszubauen, ohne dass dies auf größeren Widerstand gestoßen wäre. Allerdings handelte es sich hierbei eher um eine symbolische Kriegsbeteiligung, von allzu großem Nutzen scheinen die Tornados nicht gewesen sein, sonst wären sie wohl kaum Ende 2010 wieder aus Afghanistan abgezogen worden. Insofern wundert es nicht, dass es sich hierbei lediglich um die erste Verschärfung des Bundeswehreinsatzes handelte.

2.3 Schritte über den Rubikon II: Die Quick Reaction Force

Bereits im Januar 2008 plädierte eine Analyse der regierungsnahen *Stiftung Wissenschaft und Politik* dafür, die Bundeswehr solle das von den USA im Irak angewandte Aufstandsbekämpfungskonzept für Afghanistan übernehmen. „Wie im Irak bestehen auch dort klassische Herausforderungen durch Aufständische, die möglichst wirksam bekämpft werden müssen. [Deshalb ist] die militärische Präsenz der Koalitionstruppen in der Fläche und die Durchführung gezielter offensiver Operationen gegen radikale Aufständische notwendig.“ Generell gehe es für Deutschland und die NATO darum, den „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung“ in den Mittelpunkt der Planung zu rücken.⁶¹ Mitte März 2008 stimmte der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung die Bevölkerung auf die nächsten Eskalationsschritte ein: „Der Charakter unserer Einsätze wird sich den Herausforderungen anpassen müssen! Neben den Schwerpunkten der Stabilisierung und militärischen Absicherung von Wiederaufbaumaßnahmen werden künftig mit der Aufgabe ‚Herstellen von Sicherheit‘ *robustere Maßnahmen* ins Zentrum rücken. Gerade in Afghanistan müssen wir uns auf ein schwieriges Umfeld einstellen.“⁶²

Gesagt, getan: am 30. Juni 2008 übernahm die Bundeswehr die „Quick Reaction Force“ (QRF) von Norwegen. Die 205 Soldaten des 212. Panzergrenadierbataillons werden im Norden und Westen Afghanistans eingesetzt und haben laut Angaben der Bundeswehr die Aufgabe „zu helfen, zu retten, zu schützen, zu unterstützen und natürlich überall zu kämpfen, wo solch eine Truppe gebraucht wird und angemessen ist.“ Die QRF sei für „alle Eskalationsstufen“ ausgebildet.⁶³ Zum Aufgabenspektrum dieser Schnellen Eingreiftruppe, die ihr Hauptquartier in Mazar-i Sharif hat, gehört laut Bundeswehr nicht nur der „Einsatz gegen militante Kräfte im Einsatzgebiet, die die Sicherheitslage gefährden“, sondern auch „gewaltbereite Menschenmen-

gen mit nichtletalen Mitteln unter Kontrolle zu bringen.“⁶⁴ Nach der Entscheidung zum Einsatz von Bundeswehrtornados stellt die Übernahme der QRF damit den nächsten Meilenstein auf dem Weg dar, sich immer aggressiver an dem Krieg zu beteiligen. Selbst SPD-Mann Rainer Arnold sieht in dem Bundeswehreinsatz eine „neue Qualität“.⁶⁵

2.4 Schritte über den Rubikon III: Truppenerhöhung: Die Bundeswehr geht in die Offensive

Nachdem die USA trotz Tornados und Quick Reaction Force weiter auf noch größere Beiträge drängten, wurde im Herbst 2008 die Truppenobergrenze von 3.500 auf 4.500 Soldaten erhöht. Berichten zufolge war sogar eine Erhöhung auf 6.000 Soldaten vorgesehen, worauf jedoch wegen den Landtagswahlen in Bayern mit Rücksicht auf die CSU verzichtet wurde.⁶⁶ Ferner wurde das Mandat nicht wie bisher für 12, sondern für 14 Monate erteilt werden, um so zu verhindern, dass dieses Thema in den Wahlkampf 2009 hineinspielte.⁶⁷

Auch das mühsam aufrecht erhaltene Bild vom Bundeswehrsoldaten als einer Art bewaffnetem Entwicklungshelfer wird immer brüchiger. So fand von Mitte bis Ende Juli 2009 die „Operation Adler“ statt. Dabei handelte es sich um eine Militäroperation von 300 Bundeswehrsoldaten und etwa 900 afghanischen Regierungstruppen, bei der erstmals auch schweres Gerät, Mörser und Schützenpanzer, zum Einsatz kam. Ziel war es, Widerstandsgruppen zurückzuschlagen, die im deutschen Verantwortungsgebiet an Boden gewonnen hatten: „Der Raum Kundus hat sich negativ entwickelt. Da braucht man nicht drumherum zu reden“, so Bundeswehr-Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan. Deswegen sei es „jetzt an der Zeit, diese Eskalation vorzunehmen.“⁶⁸ Der entsprechende Wikipedia-Eintrag lässt an der Bedeutung des Geschehens keine Zweifel aufkommen: „Die Operation Oqab [afgh. für Adler] bedeutete für das deutsche Heer die erste direkte Beteiligung an einer Offensive seit seinem Bestehen. Die Tragweite des deutschen Beitrags spiegelt sich in der Aussage von Oberstleutnant Hans-Christoph Grohmann, Kommandeur der QRF, wider, der einen seiner Offiziere als ‚den ersten Oberleutnant, der nach 1945 eine Infanterie-Kompanie im Angriff geführt hat‘ vorstellte.“⁶⁹

Allerdings war die Operation Adler ein Schlag ins Wasser – zumindest gemäß dem, was sie offiziell erreichen soll-

61 Noetzel, Timo/Schreer, Benjamin: Strategien zur Aufstandsbekämpfung, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Januar 2008.

62 Verteidigungsminister Franz Josef Jung stellt die Aufgaben der Bundeswehr als Armee im Auslandseinsatz vor, Rede bei der Kommandeurtagung im Wortlaut (14. März 2008), URL: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Bundeswehr/kommandeur3.html> (09.09.2008). Hervorhebung JW.

63 Bundeswehr stellt Eingreiftruppe in Afghanistan, Der Tagesspiegel, 01.07.2008.

64 Quick Reaction Force - Eine Schnelle Eingreiftruppe der ISAF, bundeswehr.de, 18.01.2008.

65 Richter, Alexander: Bundeswehr-Mission in Afghanistan. Von der Verteidigung zum Angriff?, tagesschau.de, 17.01.2008.

66 Schölzel, Arnold: Nach der Wahl: mehr Krieg, Junge Welt, 31.08.2009.

67 Im Sommer 2009 wurde zudem noch die Beteiligung an der Entsendung von AWACS-Aufklärungsflugzeugen beschlossen, die allerdings aus verschiedenen Gründen nie entsendet wurden.

68 Pany, Thomas: Afghanistan: Der Auftrag ist gewöhnungsbedürftig, Telepolis, 22.07.2009.

69 Wikipedia: Operation Oqab, URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Oqab (30.09.2009).

Die Rechnung bitte! Kosten des deutschen Afghanistan-Einsatzes

Während an den Sozialausgaben in großem Umfang die Axt angelegt wird, deutet alles darauf hin, dass der Rüstungsetat wohl vergleichsweise glimpflich davonkommen wird, auch wenn sich Hardthöhen-Chef Karl-Theodor zu Guttenberg derzeit gerne als „Sparminister“ geriert. Nicht einmal die erheblichen Etatsteigerungen der letzten Jahre dürften gänzlich rückgängig gemacht werden. So belief sich der Rüstungshaushalt 2006 noch auf 27,8 Mrd. Euro, stieg aber seither auf 31,1 Milliarden Euro (2010) an. Doch selbst gegen moderate Kürzungen formiert sich derzeit massiver Widerstand, und das, obwohl in Deutschland fast schon traditionell mit allen Mitteln versucht wird, die offiziellen Rüstungsausgaben schön, also möglichst niedrig zu rechnen. So werden Gelder, die dem Verteidigungsministerium unmittelbar zugute kommen und von ihm aufgewendet werden müssten, munter aus allen möglichen Haushalten entnommen, aus Forschungsetats, Entwicklungshilfetöpfen und wer weiß, woher sonst alles noch. Allein schon nach den etwas breiter angelegten und etwas näher an der Realität liegenden NATO-Kriterien, die aber beileibe noch nicht sämtliche militärrelevanten Kosten in anderen Haushalten erfassen, beläuft sich der Rüstungshaushalt im Jahr 2010 auf 34 Mrd. Euro.[1]

Auch was die Kosten für konkrete Kriegseinsätze anbelangt, lässt man die – diesbezüglich ohnehin schon skeptisch genug eingestellte – Bevölkerung gerne im Unklaren. Will heißen: es wird getrickt ohne Ende. Allein schon die offiziellen Kosten des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan sind in jüngster Zeit aufgrund immer umfangreicherer Truppenentsendungen regelrecht explodiert. Durch die neuerliche Erhöhung der Truppenobergrenze auf 5.350 Soldaten Anfang 2010 stiegen die auf 12 Monate projizierten Kosten erstmals über die Milliardengrenze – doch das ist lediglich die Spitze des Eisbergs.

VordiesemHintergrundisteineEndeMai2010veröffentlichte Studie des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* (DIW) geradezu bahnbrechend.[2] In ihr werden erstmals die Kosten des Militäreinsatzes in Afghanistan auf breiterer Grundlage errechnet, indem Posten berücksichtigt wurden, die von offizieller Seite geflissentlich ausgeblendet werden. Ziel der Studie war es nicht, ein Urteil über Sinn bzw. Unsinn des Einsatzes zu fällen, sondern zu prüfen, inwieweit die offiziellen Zahlen des Verteidigungsministeriums der Realität entsprechen. Das Ergebnis fällt eindeutig aus: „Wir [können] nicht untersuchen, ob das militärische Engagement die angefallenen Kosten wert ist. Wir können jedoch feststellen, dass eine große Diskrepanz zwischen den Schätzungen des Verteidigungsministeriums und unseren eigenen Schätzungen zu den Gesamtkosten des Einsatzes besteht.“ (S. 11)

Konservative Berechnungsgrundlagen

Obwohl die DIW-Studie zahlreiche unberücksichtigte Posten mit in ihre Berechnungen einbezieht, bewegt sie sich

mit ihren jeweiligen Schätzungen – denn aufgrund fehlender Daten bleibt oft nichts anderes übrig, als Pi mal Daumen zu verfahren – am unteren Rand des möglichen Spektrums. Aus diesem Grund ist es den Autoren auch wichtig zu betonen, dass ihre „Schätzungen äußerst konservativ sind.“ (S. 10) Auch wenn die Studie insgesamt außerordentlich sorgfältig recherchiert und ausgewogen ist, versäumen es die Autoren an manchen Stellen, auf weitere verdeckte Kosten hinzuweisen. Zumeist benennen sie aber transparent, was und was nicht in ihren Berechnungsprozess eingeflossen ist. So etwa, dass Folgekosten außerhalb des monetären Bereichs unberücksichtigt blieben: „Wir beziehen ebenfalls keine nicht-finanziellen Kosten wie durch den Krieg verursachte ökologische oder kulturelle Schäden mit ein.“ (S. 3)

Insgesamt fallen laut der DIW-Studie zusätzliche Kosten in vier unterschiedlichen Bereichen an:

a) Verteidigungsministerium

Zusätzlich zu den offiziellen Zahlen berechnet die DIW-Studie noch folgende Posten mit ein: erhöhte Soldzahlungen und Ausgaben, die mit einem – irgendwann ja in jedem Fall einmal stattfindenden – Rückzug verbunden sind. Ferner berücksichtigen die Autoren noch die Materialabnutzung mit ein: „angesichts der Umstände, unter denen die Ausrüstung nun zum Einsatz kommt (sowohl mit größerer Intensität als auch unter Bedingungen, die dem Wert der Ausrüstung sehr viel weniger zuträglich sind), muss die stärkere Wertminderung einbezogen werden.“ (S. 4) Auch diese Berechnungsgrundlage fällt – wie die Studie ebenfalls einräumt – extrem vorsichtig aus. Denn es wird angenommen, dass die Kriegsgüter selbst auch ohne den Einsatz angeschafft worden wären – was vor allem für das dort erstmals von der Bundeswehr eingesetzte schwere Gerät zumindest in diesem Umfang bezweifelbar ist. Unberücksichtigt und unerwähnt bleiben zudem die immensen Summen, die generell die Aufrechterhaltung einer auf offensive Kriegführung ausgerichteten Truppe aufgewendet werden müssen.

b) Belastungen für andere staatliche Ministerien

Einen wichtigen von offizieller Seite unberücksichtigten Aspekt stellen die Versorgungsansprüche im Einsatz zu Schaden gekommener Soldaten dar: „Wir gehen davon aus, dass jeder achte Soldat, der körperlich oder psychisch erkrankt (insbesondere aufgrund von posttraumatischem Stress), mit einer permanenten Behinderung leben muss.“ (S. 4) Während in den USA etwa 40% der Soldaten psychisch erkranken, gehen die DIW-Autoren für Deutschland lediglich von 4,2% aus, was der offiziell gemeldeten Zahl entspricht. Da aber gerade in diesem Bereich eine enorme Dunkelziffer besteht, ist auch diese Schätzung extrem niedrig angesiedelt.[3] Darüber hinaus wird auch die für Hinterbliebene gestorbener Soldaten anfallende Witwen- oder Witwerrente hinzuaddiert.

Weiter wird davon ausgegangen, der Krieg vergrößere die Bedrohungslage in Deutschland, was hierzulande eine Vergrößerung der Sicherheitsausgaben im Innenministerium zur Folge habe, eine Einschätzung, die im Übrigen auch von BND und Verfassungsschutz geteilt wird. Eher gering sind Ausgaben,

Die geschätzten Gesamtkosten der Beteiligung Deutschlands seit Kriegsbeginn nach Szenarien (in Milliarden Euro zu Preisen des Jahres 2010)

Szenarien	Unteres Ende	Punktschätzung	Oberes Ende
Rückzug 2011	18,3	25,488	32,6
Realistisch	26,2	36,478	46,8
Umfassendes Engagement	53,3	72,589	91,9

Quelle: Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)

die im Auswärtigen Amt anfallen, deutlich gewichtiger sind die für den Entwicklungsetat anfallenden Mehraufwendungen. Die seit Beginn des Einsatzes drastisch erhöhte deutsche Entwicklungshilfe für Afghanistan ist für die DIW-Autoren richtigerweise eine direkte Folge des Krieges. Auch wenn in der Praxis hier eher eine Umschichtung von strategisch „unbedeutenden“ Ländern erfolgte, anstatt einer Erhöhung der Entwicklungshilfe, handelt es sich hierbei nichtsdestotrotz um kriegsbedingte Mehrausgaben. Als letzten Posten in diesem Bereich führen die Autoren noch die Ausgaben für die Polizeiausbildung an – auch hier werden aber lediglich die des Deutschen Polizeiprojektteams (GPPT) berücksichtigt, nicht aber die der EU-Ausbildungsmission EUPOL Afghanistan, an der Deutschland jedoch ebenfalls personell wie finanziell beteiligt ist.

c) Folgekosten staatlicher Finanzierung

Irgendwoher müssen die Gelder für den Afghanistan-Einsatz kommen – und egal woher, überall fallen Folgekosten in der ein oder anderen Form an. Bei einer erhöhten Kreditaufnahme sind dies Zinszahlungen, doch auch Einsparungen in anderen Bereichen sind nicht zum Nulltarif zu haben, „wenn diese Mittel ursprünglich einer produktiveren Nutzung zugeteilt waren.“ (S. 6)

d) Nicht aus Haushaltsmitteln bestrittene Kosten

In diesen, wie die Autoren zugestehen, moralisch nicht unproblematischen Bereich, fallen Kosten, die sich nicht unmittelbar im Haushalt niederschlagen, jedoch dennoch für die Gesellschaft anfallen: „Diese Kosten, die unserer Schätzung hinzugefügt werden müssen, umfassen nicht vom Staat übernommene medizinische Kosten, den Verlust von Soldatenleben sowie Produktivitätseinbußen bei verletzten Soldaten. Die Bezifferung des Wertes eines Soldatenlebens ist ein besonders heikles Thema, da die Berechnung des Wertes eines Menschenlebens als unethisch gelten kann.“ (S. 7) Nichtsdestotrotz gelangen die Autoren zu einer konkreten Zahl, was ein Soldatenleben „wert“ ist: 2,05 Mio. Euro.

Die Rechnung in drei Szenarien

Offiziell gibt das Verteidigungsministerium an, der Einsatz in Afghanistan habe zwischen 2001 und 2010 mittlerweile 4,1 Mrd. Euro verschlungen. Die DIW-Studie kommt jedoch zu ganz anderen Summen. Auf Basis der zuvor aufgeführten zusätzlich zu berücksichtigenden Ausgabeposten berechnet sie die Gesamtkosten des Einsatzes für drei unterschiedliche Szenarien. Die Ergebnisse weisen aufgrund der teils unsicheren Datenlage eine breite Streuung auf, sind in ihrer Grundaussage jedoch eindeutig: in jeder erdenklichen Konstellation liegen die realen Kosten des Krieges weit über den offiziell veranschlagten Zahlen.

Im ersten Szenario wird davon ausgegangen, dass alle deutschen Truppen Ende 2011 das Land verlassen haben. Für diesen, von den Autoren zu Recht als äußerst unwahrscheinlich erachteten Fall, gelangt die Studie zu dem Ergebnis, dass sich die Gesamtsumme zwischen 18 und 33 Mrd. Euro bewegen wird. Dem „realistischen“ Szenario liegt die Annahme zugrunde, dass „die Truppen bis zum Jahr 2016 in Afghanistan stationiert sind, wobei die deutsche Beteiligung in den Jahren 2011 bis 2013 auf gleichem Niveau bleibt, während von 2014 bis 2016 jedes Jahr ein Drittel der Truppen abgezogen wird.“ (S. 7) Hier gelangt die Studie zu dem Ergebnis, dass die Kosten zwischen 26,2 und 46,8 Mrd. Euro liegen werden. Explosionsartig würden die Kosten nochmals steigen, sollte Deutschland seinen Kriegsbeitrag erneut ausbauen, wie im letzten Szenario angenommen wird. Auf Grundlage einer Verdopplung der Präsenz bei gleich bleibendem Niveau bis zum Jahr 2020 würde sich der Gesamtbetrag dann zwischen 53,3 und 91,9 Mrd. bewegen.

Außerdem berechnet die Studie noch die künftig jährlich anfallenden Einsatzkosten: „Unseren Schätzungen zufolge kostet jedes weitere Jahr, in dem Deutschland am Einsatz in Afghanistan teilnimmt, zusätzliche 2,5 bis 3 Milliarden Euro. Dies steht im Widerspruch zum offiziellen Kriegsbudget, das für das Jahr 2010 1.059 Millionen Euro beträgt.“ (S. 2)

Fazit

Abseits aller – berechtigter – moralischer Bedenken gegenüber dem Krieg am Hindukusch steht zu hoffen, dass die Ergebnisse der DIW-Studie angesichts derzeitiger „Tränenlisten“, die radikale Kürzungen im Sozialbereich vorsehen, der Forderung nach einem sofortigen Abzug zusätzlichen Rückenwind verleihen können. Interessant an der DIW-Studie ist aber nicht nur, dass ein – relativ staatsnahes – Wirtschaftsinstitut zu dem Ergebnis gelangt, dass die Kosten dieses Einsatzes weit höher sind, als die Politik dies der Bevölkerung gerne glauben machen will. Vielmehr hat das DIW darüber hinaus eine Blaupause vorgelegt, die als künftige Grundlage zur Berechnung der Kosten sämtlicher Bundeswehreinätze herangezogen werden sollte.

Anmerkungen:

[1] Bundestags-Drucksache 17/1084, 15.03.2010.

[2] Tilman Brück, Olaf J. de Groot, Friedrich Schneider: Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan, Wochenbericht des DIW Berlin 21/2010, S. 2-11: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.356890.de/10-21-1.pdf

[3] Vgl. Unsichtbare Wunden, W&F-Dossier Nr. 61/2009.

te. Schon kurz nach Beendigung des Einsatzes kehrten die vertriebenen Gruppen wieder in die Region zurück. Festzuhalten ist jedoch, dass sich damit die US-amerikanische und die deutsche Kriegsführung sukzessive annähert, wie die Politikwissenschaftlerin Elizabeth Pond feststellt: „Sicher, Deutschlands jüngste erstmalige Verwendung schwerer Waffen und panzerähnlicher Fahrzeuge in einer zweiwöchigen Offensive gegen Aufständische wird kaum die US-Hoffnungen auf mehr deutsche Kampfeinsätze im Süden Afghanistans befriedigen. Aber die neue deutsche Durchsetzungsbereitschaft kündigt eine gewisse Annäherung an.“⁷⁰

In dieses Bild einer zunehmenden Brutalisierung des deutschen Einsatzes passt auch die im Juli 2009 erfolgte Anpassung der „Nationalen Klarstellungen“ zum Nato-Operationsplan. Sie regeln, wann die deutschen Soldaten in Afghanistan Gewalt einsetzen dürfen und werden bündig auf einer so genannten Taschenkarte zusammengefasst. Nun ist auch für die deutschen Soldaten in ihrem Operationsgebiet die aktive Aufstandsbekämpfung erlaubt. Folgender Satz wurde komplett gestrichen: „Die Anwendung tödlicher Gewalt ist verboten, solange nicht ein Angriff stattfindet oder unmittelbar bevorsteht.“⁷¹ Auch diese Maßnahme ist im Kontext der Diskussion um die transatlantische Lasten- und Machtverteilung zu sehen, wie Lothar Rühl beschreibt: „Solange die Deutschen in ihrer Zone nicht mehr Initiative und Aggressivität bei der Bekämpfung der Islamisten und anderer Rebellen zeigen, werden sie nur als zweitklassige Verbündete betrachtet und auch so behandelt. Abwehr von Angriffen, die man in Berlin stets hervorhebt, genügt den Partnern nicht länger, sie wollen Angriffe auf den Feind sehen, wie auch hohe deutsche Militärs zugeben.“⁷²

2.5 Schritte über den Rubikon IV: Nochmalige Truppenerhöhung und explodierende Kosten

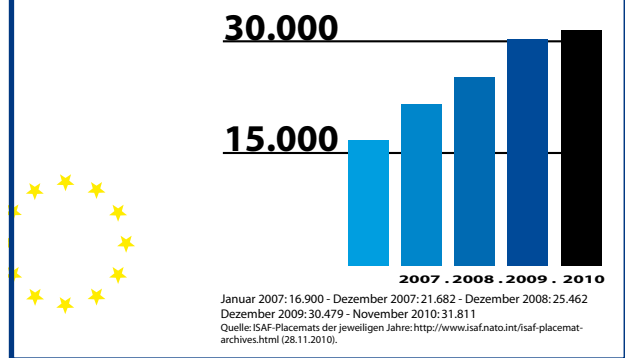
Auch wenn die Londoner Afghanistan-Konferenz am 28. Januar 2010 zumeist als „Wendepunkt“ gefeiert wurde, bestätigten die anwesenden Staats- und Regierungschefs dort lediglich den bereits zuvor eingeschlagenen Eskalationskurs der NATO. Auch Deutschland erhöhte in diesem Zusammenhang nochmals seinen militärischen Beitrag, indem die Mandatsobergrenze auf 5.350 Soldaten angehoben wurde. Während für den Einsatz zuvor 820,7 Mio. Euro veranschlagt wurden, verursacht diese Truppenerhöhung offiziell weitere Zusatzkosten, wodurch die Rechnung für einen zwölfmonatigen Einsatz der Bundeswehr erstmals die symbolträchtige Marke von 1 Mrd. Euro übersteigt. Doch selbst diese Zahl ist geschönt: Rechnet man sämtliche Ausgaben ein, so belaufen sich die jährlichen Kosten des deutschen Kriegseinsatzes auf etwa 3 Mrd. Euro, wie eine Ende Mai 2010 veröffentlichte Studie des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* (DIW) errechnete (siehe Kasten, vorhergehende Doppelseite).

70 Pond, Elizabeth: Germany's combat revival, Christian Science Monitor, 07.08.2009.

71 Pany 2009.

72 Rühl, Lothar: Verbündeter zweiter Klasse, FAZ, 19.07.2009.

Anteil der EU-Mitgliedsländer an der NATO-Truppe ISAF



2.6 Afghanistan und die Zukunft der NATO

Aus Sicht des US-Geheimdienstberichtes „Global Trends 2025“ ist der Afghanistan-Krieg tatsächlich eine Art Lackmustest für die Zukunft der NATO und die Vormachtstellung des Westens. In ihm findet sich ein auf das Jahr 2015 vordatierter fiktiver Brief des Vorsitzenden der Shanghaier Vertragsorganisation (SCO), einem Bündnis, dem neben China und Russland mehrere zentralasiatische Staaten angehören, an den NATO-Generalsekretär: „Vor 15 bis 20 Jahren hätte ich mir nie träumen lassen, dass sich die SCO und die NATO auf gleicher Augenhöhe befinden – wenn nicht gar, dass die SCO die sogar wichtigere internationale Organisation ist. [...] Ich denke man kann sagen, dass dies seinen Anfang mit dem westlichen Rückzug aus Afghanistan nahm, ohne dass das Missionsziel einer Pazifizierung erreicht worden wäre.“⁷³

Vor diesem Hintergrund fordern die USA von den EU-Verbündeten weiterhin teils überdeutlich eine größere Unterstützung der Kriegsanstrengungen in Afghanistan. So äußerte sich etwa der amerikanische NATO-Botschafter Ivo Daalder diesbezüglich im Juli 2009: „Die Vereinigten Staaten erfüllen ihren Teil, Europa und Deutschland können und sollten mehr tun.“⁷⁴ Dabei lässt sich insgesamt festhalten, dass der Druck der US-Regierung bislang überaus erfolgreich war. Nicht nur Deutschland, auch andere EU-Staaten haben im Laufe der letzten Jahre ihre Afghanistan-Kontingente teils massiv erhöht. Insgesamt stieg der europäische Anteil an der NATO-Truppe ISAF zwischen Anfang 2007 und Ende 2010 von 16.900 auf mittlerweile 31.811 Soldaten.⁷⁵ Angesichts der erheblichen Widerstände innerhalb der Bevölkerung ist aber gegenwärtig fraglich, ob es darüber hinaus noch zu substanziellen weiteren Truppenerhöhungen kommen kann, wie von den USA gefordert. Eine wesentliche Kompensationsleistung hierfür besteht aber im Engagement der Europäischen Union, die mittlerweile in Afghanistan zu einem wichtigen Kriegsakteur geworden ist.

73 National Intelligence Council 2008, S. 38.

74 „Deutschland und Europa müssen mehr tun“, FAZ, 01.07.2009.

75 Die Zahlen sind den ISAF-Placemats der jeweiligen Jahre entnommen, zu finden unter <http://www.isaf.nato.int/isaf-placemat-archives.html> (28.11.2010).

Teil II: Die EU und die Flankierung des Krieges in Afghanistan

Wie bereits erwähnt, ist die Europäische Union - und eben nicht nur ihre Einzelstaaten in Form ihrer ISAF-Beteiligung – direkt in den Krieg involviert. Dies betrifft zuerst einmal die weit gehend vorbehaltlose Unterstützung der NATO-Eskalationsstrategie, insbesondere auch der nochmaligen Verschärfung seit dem Amtsantritt Barack Obamas: „Die Außenminister der Europäischen Union haben die neue Afghanistan-Strategie von US-Präsident Barack Obama einhellig begrüßt.“⁷⁶ Indem die Europäische Union bspws. die Ausweitung der Kampfzone nach Pakistan hinein befürwortet⁷⁷, trägt sie nicht unerheblich zur Legitimation des Krieges bei.

Doch der Beitrag der Europäischen Union beschränkt sich keineswegs allein auf die deklaratorische Ebene. Vor allem drei Bereiche sind hervorzuheben und sollen im Folgenden näher betrachtet werden: die Rolle beim neoliberalen Umbau des Landes; die konzeptionelle Vorarbeit der in Afghanistan praktizierten zivil-militärischen Besatzungsstrategie; und schließlich der wichtigste Beitrag: der Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte, damit diese im Rahmen der angestrebten „Afghanisierung“ des Krieges, künftig den Großteil der Kampfhandlungen selbst übernehmen können.

3. Die neoliberale Plünderung Afghanistans

In ihrer Außenwirtschaftspolitik zielt die Europäische Union (wie auch die USA) immer aggressiver auf die Erschließung neuer Absatzmärkte für die eigenen Konzerne ab. Hierfür begann die EU-Kommission unter dem viel sagenden Arbeitstitel „Global Europe“ an einer neuen Strategie zu arbeiten, die schließlich im Oktober 2007 unter dem Namen „Das europäische Interesse - Erfolg im Zeitalter der Globalisierung“ vorgelegt wurde. Sie soll als „Grundlage für eine Strategiedebatte dienen“ und „Europas Antwort auf die Globalisierung“ darstellen: „Als weltgrößter Exporteur von Waren und Dienstleistungen [...] profitiert die EU in erheblichem Maße von einer offenen Weltwirtschaft. [...] Sie hat ein offenkundiges Interesse daran, dass die Weltordnungspolitik Regeln folgt, die ihre Interessen und Werte widerspiegeln. [...] Die EU muss das ihr zur Verfügung stehende Instrumentarium in vollem Umfang nutzen, wenn sie ihre Stellung in einer globalisierten Welt stärken will. [...] Gleichzeitig ist es wichtig, dass die EU ihren Einfluss in internationalen Verhandlungen geltend macht, um auch von anderen Offenheit einzufordern: Of-

fenheit lässt sich politisch nur dann rechtfertigen, wenn sie auf Gegenseitigkeit basiert. Die EU muss dafür sorgen, dass ihre Exporteure und Investoren in Drittländern ein angemessenes Niveau an Offenheit sowie Grundregeln vorfinden, die unsere Fähigkeit nicht beeinträchtigen, unsere Interessen zu schützen.“⁷⁸

Der marktradikale Neoliberalismus, der sich kaum versteckt hinter so egalitär anmutenden Phrasen wie „Offenheit“ und „gleiche Bedingungen“ verbirgt, ist nackter Egoismus, denn Freihandel unter ungleichen Partnern nützt immer dem ökonomisch Stärkeren. Umso frappierender ist es, dass dieses Wirtschaftsprogramm mittlerweile auch ganz offen unter militärischer Besatzung aufoktroziert wird. Im Rahmen dieses „Neoliberalen Kolonialismus“ wird unter den Deckmänteln von „Stabilitätsexport“ und „Nation Building“ ein radikalliberales Wirtschaftsprogramm aufgezwungen: Verschleuderung des Staatseigentums durch umfassende Privatisierungen, Öffnung für ausländische Investoren und Handel, Steuererleichterungen für ausländische Unternehmen, etc.⁷⁹ Afghanistan macht

78 Das europäische Interesse: Erfolg im Zeitalter der Globalisierung. Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 3.10.2007 KOM(2007) 581 endgültig, S. 4. Vgl. auch den EU-Kommissionschef: "Der erfolgreiche Abschluss der Doha-Runde hat auch weiterhin oberste Priorität. Aber wir müssen uns auch für Freihandelszonen und Handelsvereinbarungen einsetzen und sicherstellen, dass bei Handelsrunden die Interessen der EU gewahrt werden. Da die meisten Zölle inzwischen erheblich niedriger sind, sind es jetzt vor allem nichttarifäre Handelshemmnisse, die die EU-Exporte behindern. [...] Wir müssen daher stärker als bisher alle Register unserer Außenpolitik ziehen, um so mit 'sanfter Gewalt' solide Ergebnisse für die EU-Unternehmen und - Bürger zu erzielen. Das europäische Interesse muss in kohärenter Weise entschlossen geschützt und gefördert werden." Siehe Barroso, José Manuel: Politische Leitlinien für die nächste Kommission, Brüssel, 03.09.2009, S. 35.

79 Vgl. zur Kritik des neoliberalen Nation Building Richmond, Oliver P./Franks, Jason: Liberal peace transitions: between statebuilding and peacebuilding, Edinburgh 2009; Chandler, David (ed.): Statebuilding and Intervention: Policies, Practices and Paradigms, London 2009; Newman, Edward/Paris, Roland/Richmond, Oliver P. (eds.): New Perspectives on Liberal Peacebuilding, Tokyo 2009; Paris, Robert/Sisk, Timothy D. (eds.): The Dilemmas of Statebuilding: Confronting the contradictions of postwar peace operations, London 2009; Pugh, Michael/Cooper, Neil/Turner, Mandy (eds.): Whose peace? critical perspectives on the political economy of peacebuilding, Basingstoke 2008; Barbara, Julien: Rethinking neo-liberal state building, in: Development in Practice, June 2008, S. 307-318; Lacher, Wolfram: Iraq: Exception to, or Epitome of Contemporary Post-Conflict Reconstruction?, in: International Peacekeeping, April 2007, S. 237-250; Chandler, David: Empire in Denial: The Politics of State-building, London 2006.

76 EU begrüßt Obamas Strategie, Focus.de, 27.03.2009.

77 European Union-Afghanistan Joint Declaration, Berlin, 12.06.2009, URL: http://www.fu-berlin.de/sites/mun/medien/meu/EU_AFG_Joint_Declaration_2009.pdf (30.09.2009).

hier keine Ausnahme – im Gegenteil. In dem Maße aber, wie sich westliche Konzerne in die eigenen Taschen wirtschaften und die humanitäre Situation sich dementsprechend verschlechtert, gewinnt auch der Widerstand zunehmend an Boden.

3.1 Neoliberales Nation Building

Unmittelbar nach Kriegsende holte der *Internationale Währungsfond* (IWF) ein wohl längst ausgearbeitetes Programm hervor, das den konsequenten neoliberalen Umbau Afghanistans vorsah.⁸⁰ Allerdings war die EU von Anfang an eng in diesen Prozess involviert und an dessen Implementierung beteiligt, wie ein IWF-Bericht verdeutlicht: „Eine große Zahl Internationaler Organisationen und Geberländer sind gegenwärtig involviert. In der Folge einer ersten Bestandsaufnahme [early diagnostic mission] im Jahr 2002 legte der IWF maßgeschneiderte Aktionspläne vor. [...] Die Regierung billigte diese Vorschläge, die nun sukzessive von der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank, der Europäischen Union, den amerikanischen, britischen und deutschen Entwicklungsorganisationen (USAID, DFID und GTZ) sowie dem US-Finanzministerium implementiert werden.“⁸¹

Hierbei konnte man sich voll auf die willfähige, weil von der Unterstützung der „internationalen Gemeinschaft“ abhängige Übergangsregierung unter Hamid Karzai verlassen, wie der IWF befriedigt feststellte: „Von Anfang an haben die afghanischen Behörden sich stark darauf verpflichtet, fiskalische Stabilität und Disziplin aufrecht zu erhalten, um den Wiederaufbau und die Erholung der Wirtschaft zu unterstützen. [...] Die Wirtschaft wird auf liberalen und offenen Märkten basieren, angeführt von Aktivitäten des Privatsektors und mit einem geringen Grad an staatlichen Eingriffen. Der Außenhandel und Zahlungsverkehr [...] werden auch liberal sein und Privatinvestitionen werden gefördert. In ihren Anstrengungen, all diese Ziele zu erreichen, erhalten die Behörden die Unterstützung des IWF, der Asiatischen Entwicklungsbank, der Weltbank und von zahlreichen bilateralen Gebern.“⁸²

Auf verschiedenen Konferenzen, bei denen die Europäische Union jeweils mit am Tisch saß, wurde anschließend dafür gesorgt, dass dieses marktradikale Programm einen festen und verbindlichen Rahmen erhielt. Dies geschah zunächst über den im April 2002 von der afghanischen Regierung vorgelegten Entwurf für ein „National Development Framework“, ein Dokument, das nicht einmal in die wichtigste Landessprache übersetzt wurde. Dort hieß es, man strebe „geringe Unternehmenssteuern für alle Investoren“ sowie „die Errichtung eines Freihandelsregimes mit niedrigen und vorhersehbaren Zöllen“ an.⁸³ Darauf

folgte die vorläufige „Afghanische Nationalen Entwicklungsstrategie“ (ANDS) aus dem Jahr 2006, der eine endgültige Fassung zwei Jahre später folgte. Die ANDS stellt das zentrale Dokument für den Aufbau afghanischer Wirtschaftsstrukturen dar und orientiert sich strikt an den neoliberalen Vorgaben der westlichen Besatzer: „Unsere ökonomische Vision ist es, eine liberale Marktwirtschaft aufzubauen. [...] Um dies zu erreichen, werden wir ein förderliches Umfeld für den Privatsektor entwickeln, damit er Profite generieren und vernünftige Steuern bezahlen kann.“⁸⁴

Die ANDS bildet wiederum den Rahmen für die komplette „Wiederaufbaupolitik“ der Europäischen Union in Afghanistan: „Die EU betont, dass [...] die nationale Entwicklungsstrategie Afghanistans (ANDS) auch künftig den einschlägigen Rahmen für die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans bilden werden.“⁸⁵ Auch das zentrale Planungsdokument der EU-Kommission, das „Länderstrategiepapier 2007-2013“, fügt sich nahtlos in dieses Bild ein. Die afghanische Regierung wird dort für ihre Absicht gelobt, „die meisten der vorhandenen staatlichen Unternehmen zu privatisieren“ sowie „die makroökonomische Stabilität mittels eines ausgewogenen Haushalts, einer niedrigen Inflationsrate und einer stabilen Währung zu bewahren.“ Ferner wird dort noch hervorgehoben: „Afghanistan hat die Mitgliedschaft in der WTO beantragt. Die Mitgliedschaft dürfte einen soliden Rahmen für den Fortschritt im Bereich der Gesetzgebung bilden sowie für die Glaubwürdigkeit der marktwirtschaftlich orientierten Politik Afghanistans auf nationaler und internationaler Ebene sorgen.“⁸⁶

Schon früh wurde der neoliberale Umbau auch rechtlich in die Wege geleitet. Im Herbst 2002 wurde ein Investitionsschutzgesetz („Law on Domestic and Foreign Private Investment“) verabschiedet, dessen wichtigsten Elemente von der *Bertelsmann-Stiftung* folgendermaßen zusammengefasst wurden: „Im September 2002 ratifizierte die afghanische Regierung das law on domestic and foreign private investment in Afghanistan, das keine Unterscheidung zwischen ausländischen und inländischen Investitionen macht. Dieses Gesetz ermöglicht 100% ausländische Investitionen, den vollständigen Transfer von Gewinnen und Kapital aus dem Land heraus, internationale Schlichtungsverfahren sowie ‚stromlinienförmige‘ Lizenzverfahren. Auch werden Ausländer, die Kapital nach Afghanistan bringen, für vier bis acht Jahre von Steuern befreit.“⁸⁷ Ferner wurde laut afghanischer Regierung auf Betreiben von IWF und Weltbank die Steuergesetzgebung „vereinfacht“,

80 Vgl. Carlin, Anne: Rush to reengagement in Afghanistan. The IFIs' Post-Conflict Agenda, Banc Information Center, December 2003.

81 Islamic State of Afghanistan: Rebuilding a Macroeconomic Framework for Reconstruction and Growth, IMF Country Report No. 03/299, September 2003, S. 8.

82 Ebd., S. 8.

83 National Development Framework (Draft), Kabul, April 2002, URL: <http://www.cmi.no/pdf/?file=/afghanistan/doc/NationalDevelopmentFramework.pdf> (01.10.2009).

84 Afghanistan National Development Strategy (ANDS), Islamic Republic of Afghanistan, April 2008, S. 17.

85 Schlussfolgerungen des Vorsitzes zu der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel (18./19. Juni 2009), S. 27.

86 Europäische Kommission: Länderstrategiepapier Islamische Republik Afghanistan 2007-2013, URL: http://ec.europa.eu/external_relations/afghanistan/csp/07_13_de.pdf (30.09.2009).

87 Bertelsmann Transformationsindex: Afghanistan, URL: http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/asien_ozeanien/Afghanistan.pdf (10.09.2008); vgl. auch Baraki, Matin: Afghanistan nach den Taliban, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 48/2004.

indem eine Flat-Tax von 20% auf Unternehmensgewinne eingeführt wurde.⁸⁸ Auch die Senkung der durchschnittlichen Zölle auf Importwaren von vormals 43% auf nunmehr 5,3% ist ein typisches Rezept aus der neoliberalen Giftküche.⁸⁹

So konnte *Germany Trade and Invest* (früher: *Bundesamt für Außenwirtschaft*) bereits 2007 feststellen: „Ein Erfolg ist die mit Hilfe der Bundesregierung geschaffene ‚Afghan Investment Support Agency – AISA‘, die Investoren innerhalb von nur einer Woche sämtliche Formalitäten abnimmt, deren Registrierung vornimmt und eine Steuernummer vergibt. [...] Die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaft und der Schutz von Investoren wurden in die neue afghanische Verfassung aufgenommen; [...] Afghanistan kann als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber als die offenste Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden. Handelsbeschränkungen und Subventionen sind praktisch nicht existent, und die afghanische Regierung zeigt sich sehr aufgeschlossen für Investitionen im Land.“⁹⁰ Der betreffende Satz der afghanischen Verfassung lautet wörtlich: „Der Staat ermuntert und schützt private Kapitalinvestitionen und Unternehmen auf der Basis der Marktwirtschaft und garantiert deren Schutz im Einklang mit den rechtlichen Bestimmungen.“⁹¹

Die umfangreichen Zollreduzierungen haben zur Folge, dass die einheimischen Betriebe der ausländischen Konkurrenz nahezu schutzlos ausgeliefert sind. Die ANDS nimmt dies wiederum zum Anlass, sich für die umfassende Privatisierung der staatseigenen Unternehmen auszusprechen.⁹² Schon das Präsidentendekret Nr. 103 (Dezember 2005) beauftragte das afghanische Finanzministerium, die Privatisierung von Staatsbetrieben zu prüfen. Als Ergebnis wurde vorgeschlagen, dass in einer ersten Runde lediglich neun von 65 untersuchten Betrieben in staatlicher Hand verbleiben, die restlichen 56 jedoch entweder liquidiert oder privatisiert werden sollen.⁹³ Um generell Investitionen in den Privatsektor zu fördern, wurde, wie bereits erwähnt, die *Afghan Investment Support Agency* ins Leben gerufen. Ihren Angaben zufolge haben sich bis Anfang 2010 etwa 7.500 Unternehmen als Investoren registrieren lassen. Das erfasste Investitionsvolumen belief sich Ende 2008 auf ca. 2,8 Mrd. US\$. Zu den großen ausländischen Investoren zählen u.a.: Siemens, Tobishima Japan, British Petroleum, Air Arabia, Alcatel, Dagriss, Coca-Cola, KPMG, Roshan, Alcatel, Hyatt, Serena Hotels und DHL.⁹⁴

88 Afghanistan: Income Tax Law (consolidation to 31 March 2005), Article 3.

89 World Bank: Afghanistan. Managing Public Finances for Development, Volume I, Report No. 34582-AF, December 22, 2005, S. 36.

90 Wirtschaftsentwicklung 2006, Bundesamt für Außenwirtschaft, 19.01.2007, S. 4.

91 Official Afghan Constitution, Artikel 10, URL: <http://arabic.cnn.com/afghanistan/ConstitutionAfghanistan.pdf> (08.09.2008).

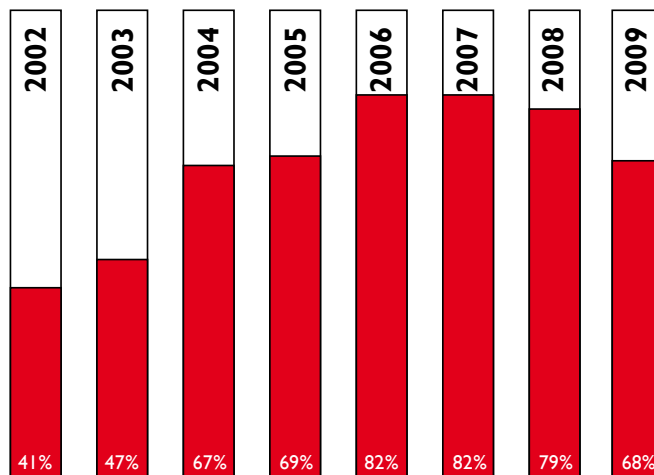
92 ANDS 2008, S. 83f.

93 Investment Climate Statement Afghanistan, US State Department, Bureau of Economic, Energy and Business Affairs, May 2010, URL: <http://www.state.gov/e/eeb/rls/othr/ics/2010/138776.htm> (23.11.2010).

94 Germany Trade & Invest 2009, S. 6.

Afghanischer Drogenanbau

Anteil des afghanischen Opiums an der Weltproduktion:



Zwar ging die Anbaufläche 2008 und 2009 zurück, dies hatte jedoch wenig Auswirkungen auf den Ertrag – erst 2010 ist mit einem deutlichen Rückgang der Erträge zu rechnen. Laut „United Nations Office on Drugs and Crime“ (UNODC) werden 75 Prozent der Profite aus dem Drogenhandel in Afghanistan von Regierungsmitarbeitern eingestrichen. <http://www.unodc.org/>

Auch indische und vor allem chinesische Unternehmen sind in Afghanistan sehr aktiv. Insbesondere was die Ausbeutung der afghanischen Rohstoffvorkommen anbelangt, die jüngsten Berichten zufolge weit größer sind als bislang vermutet, hat sich China mittlerweile sehr zum Ärger der westlichen Staaten als wichtigster Akteur auf dem dortigen Markt etabliert.⁹⁵

Schon frühzeitig warnten Beobachter davor, dass eine derartigen Auslieferung Afghanistans an den Weltmarkt zwar ganz den Vorstellungen von IWF und Weltbank entsprach, für eine wirtschaftliche Entwicklung aber untauglich ist.⁹⁶ So wurde Afghanistan aufgrund der kaum vorhandenen Schutzzölle von ausländischen Waren überschwemmt. „Man kann Kosmetika aus Europa kaufen und dann fragt man sich, wo bleibt überhaupt noch ein Spielraum für eine neue privatwirtschaftliche Produktion in Afghanistan selbst, wenn die Importwaren viel günstiger

95 So gab Volker Kauder, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Ende Juli 2010 an: „Vor wenigen Tagen erst habe ich mich von einer Fachgruppe von Leuten informieren lassen über die neuesten Entwicklungen, über die Vorbereitung der Nutzung von Rohstoffen in Afghanistan. Während wir uns darum bemühen, auch mit unserer Bundeswehr, den Menschen dort Zukunftsperspektiven und Frieden zu sichern haben sich die Chinesen zuerst einmal weitgehend unbemerkt, sich darum bemüht, welche Rohstoffquellen es in Afghanistan gibt. Das ist zunächst einmal eine legitime Sache. Wir Deutsche allerdings müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir von dieser Thematik der Rohstoffgewinnung noch mehr und mehr abgeschnitten wurden und uns zum Teil auch selbst abgeschnitten haben.“ Siehe Birnbaum, Christoph: Globaler Kampf um Rohstoffe. Herausforderer China und die westlichen Industriestaaten, Deutschlandfunk, 24.07.2010.

96 Vgl. Johnson, Chris/Leslie, Jolyon: Afghanistan: the mirage of peace, New York 2004, S. 186.

Offizielle Entwicklungshilfe für Afghanistan (in Mio. US\$)

Geber	Zusagen 2001-2009 (in Mio\$)	Ausschüttung 2002-2009
USA	28,366	23,417
Großbritannien	1,810	1,546
Weltbank	1,883	1,364
Asiat. Entwicklungsbank	1,552	618
Japan	1,378	990
Europäische Union	1,973	1,576
Kanada	1,206	898
Indien	1,236	662
Deutschland	1,044	584
Rest	5,661	3,795
Gesamt	46,099	35,450

Quelle: Islamic Republic of Afghanistan (Ministry of Finance): Donor Financial Review, November 2009, S. 38.

zu erwerben sind?“, so Citha Mass von der *Stiftung Wissenschaft und Politik*.⁹⁷ Als Resultat weist Afghanistan ein immenses Handelsbilanzdefizit auf, ca. 6.5 Mrd. Dollar im Jahr 2008. Daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern: „Die Handelsbilanz wird auch langfristig passiv bleiben“, folgert ein Bericht von *Germany Trade and Invest*.⁹⁸ Darüber hinaus fehlen aufgrund niedriger Zölle und Steuern die erforderlichen Staatseinnahmen, um mittels sozialpolitischer Maßnahmen die Not im Land zu lindern: „Das Steueraufkommen ist eines der niedrigsten im Weltvergleich.“⁹⁹

Zusammengefasst können die westlichen Protegés mit der Umsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen durch die afghanische Regierung also überaus zufrieden sein, wie etwa das „Investment Climate Statement“ des US-Außenministeriums vom Mai 2010 zum Ausdruck bringt: „Die Regierung Afghanistans hat wichtige Maßnahmen zur Förderung eines wirtschaftsfreundlichen Umfelds ergriffen, um sowohl ausländische als auch inländische Investitionen zu fördern [...], einschließlich einer Währungsreform, vereinheitlichten Zolltarifen und einem vereinfachten Steuersystem.“¹⁰⁰

97 Herrscherin über Wachstum und Entwicklung? Die Weltbank in Zeiten der Krise, WDR 5 – Das Feature, 19./20.04.2009.

98 Wirtschaftstrends kompakt Afghanistan, Germany Trade & Invest, Juni 2009, S. 8.

99 Germany Trade & Invest 2009.

100 Investment Climate Statement Afghanistan 2010, URL: <http://www.state.gov/e/eeb/rls/othr/ics/2010/138776.htm> (22.11.2010). Auch der Internationale Währungsfonds stellt der afghanischen Regierung ein ähnlich gutes Zeugnis aus. Vgl. Afghanistan National Development Strategy: First Annual Report (2008/09), IMF Country Report No. 09/319, November 2009.

3.2 Afghanistan GmbH: Humanitäre Katastrophe und „gebundene Hilfe“

Für die Bevölkerung sind die Folgen dieser neoliberalen „Wiederaufbaupolitik“ verheerend, wie Thomas Gebauer, Geschäftsführer von *medico international*, beklagt: „Das ‚neue‘ neoliberale Wirtschaftsmodell, das die internationalen Berater dem Land verordnet haben, hat die Arbeitslosigkeit auf ein nie gekanntes Ausmaß katapultiert. 50-70% der erwerbsfähigen Bevölkerung sind heute ohne geregeltes Einkommen. Reihenweise mussten Handwerksbetriebe und kleinere Unternehmen schließen, als die Märkte Afghanistans für billige Produkte aus dem Ausland geöffnet wurden. Zigtausende Kinder überleben heute nur, indem sie Abfall durchwühlen, Schuhe putzen oder auf den Straßen betteln.“¹⁰¹ Tatsächlich hat sich die humanitäre Situation seit Einmarsch der westlichen Truppen massiv verschlechtert: „Die UNO berichtete, dass [...] neben einigen Fortschritten Folgendes festzustellen ist: Die Zahl der Menschen, die in Afghanistan in Armut lebt, ist von 33 auf 42 Prozent gestiegen. Unterernährt sind nicht mehr 30 Prozent, sondern 39 Prozent der Afghaninnen und Afghanen. Zugang zu sanitären Einrichtungen haben nicht mehr 12 Prozent der Bevölkerung, sondern nur noch 5,2 Prozent der Bevölkerung. In Slums leben nicht mehr 2,4 Millionen, sondern 4,5 Millionen Menschen. [...] Von den Jugendlichen sind nicht mehr nur 26 Prozent, sondern 47 Prozent arbeitslos.“¹⁰²

Angesichts der katastrophalen Situation wäre es also dringend notwendig, mittels humanitärer Hilfe die schlimmste Not zu lindern. Aber während das Soll im militärischen Bereich mehr als übererfüllt wurde, bleibt die Entwicklungshilfe weit hinter den Versprechungen zurück. Von den bis Ende 2009 zugesagten 46 Mrd. US\$ an Hilfeleistungen für die Bevölkerung wurden lediglich 35,5 Mrd. US\$ bereitgestellt. Auch die EU-Entwicklungshilfe macht hier keine Ausnahme: von zugesagten 1,9 Mrd. \$ wurden lediglich etwas über 1,5 Mrd. \$ ausbezahlt.¹⁰³

Noch schlimmer ist, dass die Geberländer tunlichst darauf achten, dass die Gelder, die überhaupt ausbezahlt werden, zu möglichst großen Teilen wieder in die Taschen der eigenen Konzerne zurückwandern. Obwohl afghanische Firmen die meisten Aufträge billiger und hochwertiger durchführen könnten, sollen sich lieber westliche Konzerne eine goldene Nase verdienen. So kritisiert *Caritas International* die vorherrschende Vergabepaxis mit folgenden Worten: „Viel davon ist das Ergebnis ‚gebundener Hilfe‘ bei der die Geldgeber ihre Unterstützung an vertraglich vereinbarte Bedingungen knüpfen, dass importierte Arbeitskräfte und Güter genutzt werden müssen, zumeist des jeweiligen Geber-Landes.“¹⁰⁴ Während *Oxfam* den Anteil der „gebun-

101 Gebauer, Thomas: Afghanistan – mit Sicherheit in die Katastrophe? *medico* Rundschreiben 3/2007.

102 Rede von Gregor Gysi (Die Linke) in der Bundestagsdebatte zum Afghanistan-Einsatz am 22. April 2010.

103 Islamic Republic of Afghanistan (Ministry of Finance): Donor Financial Review, November 2009, S. 38.

104 Caritas fordert Strategiewechsel für Afghanistan, Pressemitteilung, 10.06.2008.

denen Hilfe“ auf 40% schätzt, geht das *Center for Strategic and International Studies* gar von 90% aus.¹⁰⁵

Offenbar scheint es so zu sein, dass „ein Großteil der ausgegebenen Mittel, sowohl von EU- als auch von US-Seite, dafür genutzt wurden, allein die Profitinteressen westlicher Konzerne zu bedienen.“¹⁰⁶ Eine Studie mit dem viel sagenden Titel „Afghanistan Inc.“ der afghanischen Politikwissenschaftlerin Fariba Nawa bestätigt diesen Verdacht. Sie beschreibt den primär westliche Konzerninteressen bedienenden „Wiederaufbau“ ihres Landes mit folgenden Worten: „Die Afghanen verlieren das Vertrauen in die Entwicklungsexperten, deren Aufgabe der Wiederaufbau des Landes ist. [...] Was die Menschen sehen, sind eine handvoll ausländischer Firmen, die Prioritäten für den Wiederaufbau setzen, die sie reich machen, sich aber teilweise auf absurde Weise gegenüber dem, was notwendig, ist als kontraproduktiv erweisen.“¹⁰⁷

Gleichzeitig sind die Arbeitsbedingungen bei den westlichen Firmen katastrophal, es bildet sich eine Mehrklassengesellschaft mit der afghanischen Bevölkerung als Bodensatz heraus: „Zum Beispiel ist es bei den Straßenbauprojekten so, dass der afghanische Arbeiter bei der Louis Berger Group 7 Tage in der Woche arbeiten muss. Er bekommt kein Krankengeld oder sonstige Zuwendungen und erhält dafür 90\$ im Monat. Die türkischen Aufsichtskräfte dagegen bekommen mindestens 1000 EUR/Monat. Daran sieht man, dass der westliche Helfer immer das 10-, 100- oder 1000fache seines afghanischen Kollegen verdient. Dass das zu einer entsprechenden Missstimmung beiträgt, kann sich jeder vorstellen. Neben der Bauwirtschaft gibt es einen zweiten ökonomischen Zweig, der extrem vom Krieg in Afghanistan profitiert. Es handelt sich um die Sicherheitswirtschaft. [Auch die] Sicherheitskräfte werden extrem gut bezahlt. Es wird von Margen von bis zu 1000\$ am Tag geredet. [...] Im Klartext heißt das, dass neben der Korruption der internationalen Firmen ein Großteil der internationalen Hilfgelder dafür ausgegeben wird, kaputte Straßen zu bauen, die Beratung dafür zu organisieren und die Sicherheit zur Verfügung zu stellen. Zugespitzt formuliert handelt es sich um eine Art der organisierten Dysfunktionalität.“¹⁰⁸

3.3 Guerillakrieg im Eigenbau

Angesichts der derzeitigen Politik stellt sich – abgesehen von gravierenden moralischen Bedenken – ganz grundsätzlich die Frage, inwieweit eine gewaltsame Oktroyierung westlicher Ordnungsvorstellungen überhaupt praktikabel ist: „Das naive, rein technokratische Überstülpen westlicher ‚Blaupausen‘ von Rechtsstaat und Demokratie wird in den meisten dieser Gesellschaften zu erheblichen Verwerfungen und Abstoßungsreaktionen führen und letzt-

lich zum Scheitern verurteilt sein.“¹⁰⁹ Diese Einschätzung trifft in jedem Fall zu, wenn der vollmundige propagierte Stabilitätsexport derart schamlos als Lizenz zum Plündern verstanden wird, wie dies gegenwärtig in Afghanistan der Fall ist, wie eine Studie des *Carnegie Endowment for International Peace* belegt: „Eine breit gestützte Akzeptanz des Nation Building von Ausländern ist nicht mehr aufrecht zu erhalten, wenn die lokale Bevölkerung den Eindruck gewinnt, dass die Besatzungsmacht nur die eigenen Interessen fördert.“¹¹⁰

Alein die Vereinigten Staaten werden bis Ende 2010 etwa 320 Mrd. Dollar für den Kriegseinsatz aufgewendet haben (Deutschland ca. 4,1 Mrd. Euro).¹¹¹ Dagegen reichen die spärlichen Entwicklungshilfgelder bei weitem nicht aus, um die erdrückende Not im Land auch nur ansatzweise zu lindern. Umso schlimmer, dass Hilfgelder regelrecht zweckentfremdet werden, denn „ein großer Teil der Entwicklungshilfe wird tatsächlich für Sicherheitsbelange wie den Aufbau der afghanischen Armee- und Polizeitruppen ausgegeben, anstatt für dringende Ernährungs- und Gesundheitsprogramme zugunsten der lokalen Bevölkerung.“¹¹² Angaben des afghanischen Finanzministeriums zufolge wurden von den 36 Mrd. US\$ Entwicklungshilfgeldern, die bis Ende 2009 ausbezahlt wurden, sage und schreibe 19 Mrd. US\$ für sicherheitsrelevante Maßnahmen – insbesondere den Aufbau der Armee und der Polizei – verwendet. So schlagen beispielsweise im Jahr 2009 sicherheitsbezogene Entwicklungsausgaben mit 2,26 Mrd. US\$ zu Buche, während für Nahrungs- und Gesundheitsprogramme im selben Zeitraum gerade einmal 326 Mio. US\$ zur Verfügung stehen.¹¹³

Vor diesem Hintergrund betrachten immer größere Teile der afghanischen Bevölkerung die westlichen Truppen als Okkupanten, nicht als Wohltäter. In einer Umfrage von ARD, ABC und BBC im Februar 2009 sprach sich erstmals mehr als die Hälfte der afghanischen Bevölkerung für einen schnellstmöglichen Abzug der westlichen Truppen aus.¹¹⁴ Dabei wächst offensichtlich auch die Zahl derjenigen, die bereit sind, sich mit gewaltsamen Mitteln zur Wehr zu setzen – die hohe Zahl an Zivilopfer tut ein Übriges hinzu. Deshalb ist es grob verkürzt, den wachsenden Widerstand pauschal als ideologisch motiviert abzuqualifizieren – die Wirklichkeit ist deutlich komplexer. Auf der Basis umfassender Feldforschung kommt der *International Council*

105 Lindley-French 2009; Waldman, Matt: *Falling Short - Aid Effectiveness in Afghanistan*, ACBAR Advocacy Series, Oxfam 2008.

106 Hantke, Martin: *Kriegsökonomien und ihre Profiteure - Die Beispiele Kongo und Afghanistan*, in: AUSD RUCK (Februar 2007).

107 Nawa, Fariba: *Afghanistan Inc.*, Oakland 2006, S. 28.

108 Hantke 2007.

109 Oeter, Stefan: *Post-Conflict Peacebuilding*, in: *Friedenswarte*, Nr. 1-2/2005, S. 41-60, S. 42.

110 Pei, Minxin: *Lessons from the Past: The American Record on Nation Building*, *Carnegie Endowment Policy Brief* 24, May 2003, S. 6.

111 Die Kosten zwischen 2001 und 2009 belaufen sich auf 223 Mrd. Dollar. Die Zahl für 2010 basiert auf den bereits eingestellten Geldern plus den geschätzten zusätzlichen Kosten für die neuerlichen Truppenerhöhungen. Vgl. Harrison, Todd: *Estimating funding for Afghanistan*, CSBA, 1. Dezember 2009.

112 *Senlis Council: Afghanistan Five Years Later: The Return of the Taliban*, Spring/Summer 2006, S. 203.

113 *Islamic Republic of Afghanistan (Ministry of Finance) 2009*, S. 9f. und 43.

114 *Der Hass auf den Westen wächst*, tagesschau.de, 09.02.2009.

on *Security and Development* (früher: *Senlis Council*) zu dem Ergebnis, der wachsende Widerstand und die völlige Diskreditierung der westlichen Besatzungsmächte hänge elementar damit zusammen, dass sich die humanitäre Situation seit 2001 massiv verschlechtert habe. Der Großteil des Widerstands setze sich aus „armutsgetriebenen ‚Graswurzelgruppen‘“ und nicht aus islamistischen Fundamentalisten zusammen.¹¹⁵ Dies bestätigen auch Umfragen von *Oxfam* über die Motivation, sich dem Widerstand anzuschließen: „70 Prozent der Befragten in Afghanistan nennen Armut und Arbeitslosigkeit als Hauptursache für den andauernden bewaffneten Konflikt in ihrem Land.“¹¹⁶ Auch das US-Militär fertigte eine Untersuchung über die Zusammensetzung des Widerstands an, die im Oktober 2009 veröffentlicht wurde: „Bei lediglich 10 Prozent der Aufständischen handelt es sich um Hardcore-Ideologen, die für die Taliban kämpfen“, so ein Geheimdienstoffizier, der an der Abfassung des Berichts beteiligt war.¹¹⁷ Selbst der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, bestätigt diese Einschätzung: „Wir haben uns getäuscht in der Resonanz unserer Bemühungen. [Offenbar] ist die Annahme, die Masse der Bevölkerung stünde hinter Präsident Hamid Karsai und den Isaf-Truppen, nicht ganz zutreffend. Es sind nicht nur wenige entschlossene Terroristen, die uns bedrohen. Viele Afghanen stehen als Unterstützer zur Verfügung.“¹¹⁸

4. Prototyp Afghanistan: Zivil-militärische Besatzung und Aufstandsbekämpfung

Mittlerweile ist es nahezu Konsens, dass „Stabilisierungsoperationen“ – also Besatzungs- und Aufstandsbekämpfungseinsätze wie in Afghanistan – den künftigen Operationsschwerpunkt der westlichen Außen- und Sicherheitspolitik darstellen werden. Damit kommt aber der „Stabilisierung“ (Kontrolle) eine ebenso große Bedeutung zu, wie dem eigentlichen Sieg gegen eine reguläre Armee auf dem Schlachtfeld. Nicht zuletzt die Probleme in Afghanistan haben jedoch verdeutlicht, dass das Militär hierzu allein nur bedingt in der Lage ist. So beschrieb die Europäische Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 das Problem folgendermaßen: „Bei nahezu allen größeren Einsätzen ist auf militärische Effizienz ziviles Chaos gefolgt. Wir brauchen eine verstärkte Fähigkeit, damit alle notwendigen zivilen Mittel in und nach Krisen zum Tragen kommen.“¹¹⁹

Für die effektive Administration einer de facto Kolonie wie Afghanistan sind zahlreiche nichtmilitärische Fähigkeiten erforderlich, man benötigt Agrotechniker, Ingenieure, Verwaltungsfachleute, etc., eben alles, was schon für eine klassische Kolonialverwaltung erforderlich war. In diesem Zusammenhang ist es die Idee der maßgeblich

115 Senlis Council 2007, S. 60.

116 Afghanen machen Armut und Arbeitslosigkeit für Krieg verantwortlich, *Oxfam* Pressemitteilung, 17.11.2009

117 Taliban not main Afghan enemy, *Boston Globe*, 09.10.2009.

118 Afghanistan – Angst vor zweitem Irak, *Tagesspiegel*.de, 31.05.2006.

119 Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel, Dezember 2003, S. 12.

von der Europäischen Union ausgearbeiteten und als neues Leitbild propagierten „Zivil-militärischen Zusammenarbeit“ (CIMIC), die im NATO-Rahmen als „Comprehensive Approach“ bezeichnet wird, diese Kapazitäten für das reibungslose(re) Funktionieren der Besatzung nutzbar zu machen. In den Worten der Europäischen Sicherheitsstrategie: „Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen.“¹²⁰

Die Folgen dieser Instrumentalisierung ziviler Akteure liegen auf der Hand: sie werden vor Ort als Teil der Militärmaschinerie und demzufolge oftmals als Gegner und damit auch als legitime Anschlagziele betrachtet. Gerade in Afghanistan, wo CIMIC erstmals in großem Stil praktiziert wird, hat dies inzwischen zur Folge, dass sich zahlreiche humanitäre Organisationen sogar aus dem Land zurückziehen mussten. Auch wenn die in Afghanistan operierenden CIMIC-Einheiten (sog. Regionale Wiederaufbauteams, PRTs) unter Führung der NATO stehen, die Europäische Union hat hierbei nicht nur über ihre konzeptionelle Vorarbeit wesentlich zur Umsetzung beigetragen, sie finanziert auch Teile der dortigen CIMIC-Maßnahmen aus dem EU-Haushalt mit. Ferner arbeiten Beamte der EU-Mission EUPOL Afghanistan eng mit den PRTs zusammen¹²¹ und es gibt sogar bereits Forderungen, ein EU-geführtes PRT aufzustellen.¹²² Schließlich war es nicht zuletzt die Europäische Union, die maßgeblich auf eine Institutionalisierung der Zivil-militärischen Zusammenarbeit als neuem sicherheitspolitischem Leitbild drängte, was schließlich mit der neuen NATO-Strategie vom November 2010 erfolgt ist.

4.1 PRTs in Afghanistan: Zivile unter der Fuchtel des Militärs

CIMIC ist auf die Umsetzung militärischer, nicht entwicklungspolitischer Ziele fokussiert, wie aus den einschlägigen Definitionen eindeutig hervorgeht.¹²³ Letztlich geht es dabei ausschließlich um eine Effektivierung der Besatzung, indem zivile Akteure in die Aufstandsbekämpfung mit einbezogen werden. Wie man sich das vorzustellen

120 Ebd., S. 11f.

121 Gross 2009, S. 26ff.

122 Korski 2009, S. 1.

123 Vgl. die Ausführungen von Oberst i.G. Gerhard J. Klose, Referatsleiter für Grundsatzfragen im Bereich Zivil-militärische Kooperation im Bundesverteidigungsministerium, bzgl. der CIMIC-Definition im NATO-Dokument AJP 9: „An einem Punkt, der gern übersehen wird, ist diese Definition nämlich sehr präzise. Es heißt dort nämlich klar und eindeutig: in support of the mission, also zur Unterstützung der militärischen Operation. Damit wird der Zweck klargestellt, dem dieses Aufgabengebiet zu dienen hat, nämlich ausschließlich der Unterstützung der militärischen Operation. [...] Und nicht vergessen werden sollte auch, dass der eigentliche Gegner in einer militärischen Operation nicht das Militär ist, sondern die dahinter stehende zivile Gesellschaft.“ Siehe Klose, Gerhard J.: Zivil-militärische Kooperation aus Sicht der Verteidigungspolitik, Vortrag auf den Entwicklungspolitischen Diskussionstagen 2004, S. 19. Die „Allied Joint Publication (AJP) 9“ vom Juni 2003 konkretisierte die NATO Direktive MC 411/1 vom Juli 2001.



Mitglied eines US-amerikanischen Regionalen Wiederaufbauteams in Afghanistan. Quelle: US-Armee

hat, erläutert Daniel Fried, ehemals Staatssekretär für Europäische und Eurasische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium: „Viele der neuen Kapazitäten werden gegenwärtig in Afghanistan getestet – dort lernen wir auch, wie zivile und militärische Anstrengungen besser integriert werden können. Mit jedem Monat lernen wir mehr darüber, was im 21. Jahrhundert für eine Aufstandsbekämpfung erforderlich ist – ein kombinierter zivil-militärischer Ansatz, bei dem Soldaten Seite an Seite mit Entwicklungshelfern, Diplomaten und Polizeitrainern agieren.“¹²⁴

Ganz konkret funktioniert die Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan über 26 so genannte Regionale Wiederaufbauteams (PRTs) unter Führung der NATO, „die sich aus Diplomaten, Polizeiausbildern, Aufbauhelfern und Soldaten zusammensetzen.“¹²⁵ Während die USA davon den Großteil befehligen, ist auch Deutschland mit zwei PRTs in Kundus und Faisabad beteiligt. Die Aufgabenbeschreibung dieser integrierten Truppen macht ihren zivil-militärischen Charakter mehr als deutlich: „PRTs weisen eine Stärke von jeweils etwa 50 bis 500 Personen auf. [...] Dabei agieren die PRTs in drei Dimensionen: Schaffung von Sicherheit, Bildung staatlicher Institutionen und Durchführung bzw. Ermöglichung von Wiederaufbau. [...] Im Feld sind PRTs als Patrouille, Vermittler, Netzwerkbilder, Betreiber von Wiederaufbauprojekten, Armee- und Polizeiausbildner, Demobilisierungs- und Entwaffnungshelfer sowie als Informationsbeschaffer aktiv.“¹²⁶

124 Fried, Daniel: NATO: Enlargement and Effectiveness, Testimony Before the Senate Committee on Foreign Relations, Washington, DC, March 11, 2008.

125 Auswärtiges Amt: Deutschlands globales Engagement, URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Broschueren/GlobalesEngagement.pdf> (13.07.2007), S. 12.

126 Gauster, Markus: Provincial Reconstruction Teams in

4.2 Von Helfern zu Kollaborateuren...

Im Rahmen von CIMIC werden humanitäre Helfer zu Spionen umfunktioniert. Anne Bodine, Mitarbeiterin des US-Außenministeriums im PRT in Herat, gab von ihrer Truppe folgende Selbstbeschreibung: „Wir sind Augen und Ohren der US-Regierung.“¹²⁷ Auch von deutschen Militärs wird dies mehr oder minder offen eingeräumt: „Durch Aufbau und Pflege eines Beziehungsgeflechts zwischen den eingesetzten Streitkräften und den vielfältigen zivilen und nichtstaatlichen Akteuren im Einsatzland werden Informationen gewonnen, die die Streitkräfte zur Vervollständigung des Gesamtbildes nutzen.“¹²⁸

Die „Hilfsprojekte“ der Regionalen Wiederaufbauteams sollen darüber hinaus direkt den militärischen Auftrag unterstützen. So sollen brunnenbauende Soldaten als PR-Maßnahme dabei helfen, die Akzeptanz der militärischen Besatzung in der afghanischen Bevölkerung zu vergrößern („winning hearts and minds“). Eine wirkliche Verbesserung der Situation steht dabei ganz hinten auf der Prioritätenliste: „Gerade in Anbetracht der schwierigen Sicherheitslage liegt der Fokus der Hilfsleistungen meist auf schnellen und sichtbaren Projektzielen. Diese Art von Projekten soll die öffentliche Unterstützung gewinnen. Häufig stärken sie lediglich die örtlichen Machthaber. Da diesen Projekten keine langfristigen und nachhaltigen Programme folgen, führen sie innerhalb der afghanischen Bevölkerung verstärkt zu der Wahrnehmung, dass an der nachhaltigen

Afghanistan. Ein innovatives Instrument des internationalen Krisenmanagements auf dem Prüfstand, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 11/2006, S. 10f.

127 Christian Aid: The Politics of Poverty. Aid in the New Cold War, 2004, S. 47.

128 Baumgard, Frank: Zivil-Militärische Zusammenarbeit in der Bundeswehr, in: Wehrtechnik V/2008, 96-105, S. 98.

Entwicklung des Landes kein Interesse besteht.¹²⁹ CIMIC-Projekte werden nicht dort gestartet, wo es die größte Not gebietet, sondern wo militärstrategische Interessen dies nahe legen: „Daher werden die Orte, über denen man Hilfsgüter abwirft, nach militärischer Nützlichkeit ausgewählt. Die Frage, wo Unterstützung am dringendsten benötigt wird oder am effizientesten eingesetzt werden kann, spielt dabei eine untergeordnete Rolle.“¹³⁰

Doch die Instrumentalisierung geht noch deutlich weiter: Ein Beitrag über die „Integration von Spezialeinheiten und USAID in Afghanistan“ beschreibt präzise, auf welche Weise die US-Entwicklungshilfeagentur dort einen direkten Beitrag zur Aufstandsbekämpfung leistet. Sie vergibt bspws. gezielt Gelder als „Belohnung für Gemeinden, die Aufständische hinausgeworfen haben“ und zur „Stärkung der örtlichen Bereitschaft und der Fähigkeiten, sich den Aufständischen zu widersetzen.“ Weiter gehe es für USAID darum, die „Aufständischen von der Bevölkerung zu isolieren.“ Der Beitrag endet folgerichtig mit dem Fazit: „Die Entwicklungshilfeagenturen müssen die Samthandschuhe ausziehen.“¹³¹ Vor diesem Hintergrund kritisierte *Caritas International* in einer beeindruckend deutlichen Stellungnahme im Juni 2008, dass „die Ausschüttung der Hilfsgelder nicht an den tatsächlichen Hilfs-Bedarf gekoppelt ist, sondern sich vielmehr an der Aufstandsbekämpfung orientiert.“¹³²

Die *Stiftung Wissenschaft und Politik* weist auf die Folgen dieser Strategie hin: „Die Verquickung staatlicher und nichtstaatlicher Ansätze raubt der zivilen Hilfe zunehmend jene Eigenständigkeit, die sie gerade ihrem nicht-staatlichen Charakter verdankt, und lässt sie als *Teil der politisch-militärischen Strategie der in Afghanistan präsenten Staaten erscheinen*.“¹³³ Damit verlieren zivile Organisationen ihre – für die Gewährleistung humanitärer Hilfe und für die Sicherheit der Helfer essenzielle - politische Neutralität. Sie werden in den Augen der afghanischen Bevölkerung zu integralen Bestandteilen des Besatzungsregimes und damit zu Gegnern. Dies mag man verständlicherweise bedauern, verwundern kann es einen angesichts des Auftretens der Regionalen Wiederaufbauteams allerdings nicht: „An jedem beliebigen Tag können sie theoretisch morgens auf Menschen schießen und danach Hilfe in demselben Gebiet am Nachmittag verteilen. Die Teams können sogar Luftschläge der Koalition anfordern.“¹³⁴

4.3 ... zu Anschlagzielen

Das Groß der Wiederaufbaumaßnahmen in Afghanistan erfolgt außerhalb der PRTs und weitgehend unabhängig vom Militär. Dennoch wird mit den PRTs – erfolgreich - der Eindruck erweckt, humanitäre Hilfe sei vom Militär und seinem Besatzungsregime nicht zu trennen. Selbst die Organisationen, die sich bislang strikt weigern, mit dem Militär zusammenzuarbeiten, sind nicht mehr in der Lage, glaubhaft ihre neutrale Position vermitteln zu können. Vom afghanischen Widerstand werden sie als Kollaborateure des Militärs und damit als legitime Anschlagziele betrachtet. Dass deutsche Soldaten in Afghanistan mit weißen Geländewagen, dem traditionellen Erkennungszeichen humanitärer Organisationen, durch die Gegend fahren, trägt zusätzlich zur Ununterscheidbarkeit ziviler und militärischer Akteure bei.¹³⁵ Dies hat mittlerweile zu geradezu grotesken Reaktionen geführt: „Die Attentate auf UN, IRK und andere Hilfsorganisationen in Afghanistan und im Irak haben dazu geführt, dass Hilfsorganisationen inzwischen ihre Identität lieber verbergen und unsichtbar bleiben wollen. Sie haben ihre Aufkleber von den Fahrzeugen entfernt und die Helfer tragen nicht mehr die T-Shirts mit dem Logo ihrer Organisation. Die militärische Absicherung von humanitärer Hilfe steht im Widerspruch zum Neutralitätsprinzip und macht die Hilfsorganisationen unglaubwürdig.“¹³⁶

Besonders problematisch ist auch, dass die Gewährung von Hilfsleistungen, wie bereits erwähnt, teils davon abhängig gemacht wird, inwieweit mit den Besatzungsmächten kollaboriert wird: „Je mehr sie uns helfen, desto mehr gutes Zeug bekommen sie“, so der in Afghanistan stationierte US-Lieutenant Teid Finn.¹³⁷ Die katastrophalen Folgen einer derartigen Instrumentalisierung humanitärer Hilfe wurden im Jahr 2004 nachdrücklich unter Beweis gestellt. Koalitionstruppen verteilten damals Flugblätter im Süden Afghanistans, auf denen die Bevölkerung dazu aufgerufen wurde, „den Koalitionstruppen sämtliche Informationen über die Taliban, El Quaeda und Gulbuddin [Hekmatyar] zu übermitteln.“ Dies sei notwendig, um „zu gewährleisten, dass humanitäre Hilfe auch weiterhin bereitgestellt wird.“¹³⁸ *Ärzte ohne Grenzen* kritisierte dies seinerzeit mit folgenden Worten: „Diese Flugblätter, die unter anderem ein afghanisches Mädchen mit einem Sack Weizen zeigen, stellen einen eindeutigen Versuch dar, humanitäre Hilfe für militärische Ziele der Koalition zu missbrauchen. *Ärzte ohne Grenzen* lehnt jegliche Verbindung zwischen der

129 Caritas 2008.

130 Hoffmann, Claudia: Das Problem der Sicherheit für NGOs in Afghanistan, in: Schmidt, Peter (Hg.): Das internationale Engagement in Afghanistan, SWP Studie, August 2008, S. 49-55, S. 51.

131 Mann, Sloan: The Integration of Special Operation Forces and USAID in Afghanistan, in: Small Wars Journal, August 2008, URL: <http://smallwarsjournal.com/documents/79-mann.pdf> (30.09.2009).

132 Caritas 2008. Vgl. auch Hinz, Thorsten: Afghanistan – die Dialektik eines prominenten Diskurses, in: *Wissenschaft und Frieden* 2/2009.

133 Hoffmann 2008, S. 49. Hervorhebung JW.

134 Christian aid 2004, S. 46.

135 Preuß, Hans-Joachim: Stellungnahme zur unter der Federführung der Fraktion DIE LINKE vorbereiteten öffentlichen Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum Thema "Zivilmilitärische Zusammenarbeit" am 25. Oktober 2006, Ausschussdrucksache Nr. 16(19)124.

136 Lieser, Jürgen: Helfer als Handlanger? Humanitäre Hilfe in den Zeiten der neuen Kriege, in: *neue caritas*, September 2004.

137 Christian aid 2004, S. 47.

138 Haydt, Claudia: Zivilisierung des Militärischen oder Militarisierung des Zivilen?, in: Pflüger, Tobias/ Wagner, Jürgen (Hg.): *Welt-Macht Europa: Auf dem Weg in weltweite Kriege*, Hamburg 2006, S. 312-323.

Bereitstellung humanitärer Hilfe und der Zusammenarbeit mit den Koalitionstruppen ab. [...] Die bewusste Vermischung von humanitärer Hilfe mit militärischen Zielen zerstört den eigentlichen Sinn der humanitären Hilfe. Dies wird letztlich nur dazu führen, dass dringend benötigte Hilfe denjenigen in Afghanistan versagt bleiben wird, die sie am dringendsten brauchen. Gleichzeitig werden diejenigen, die Hilfe bereitstellen, zur Zielscheibe.“¹³⁹

Diese Einschätzung sollte sich auf tragische Weise bewahrheiten. Nachdem mehrere Mitarbeiter von *Ärzte ohne Grenzen* in unmittelbarer zeitlicher und räumlicher Nähe zur Verteilung des Flugblatts einem Anschlag zum Opfer fielen, sah sich die Organisation am 28. Juli 2004 nach 24jähriger Tätigkeit dazu gezwungen, ihre Arbeit in Afghanistan einzustellen. *Ärzte ohne Grenzen* war also in der Lage während der sowjetischen Besatzung, in den Zeiten des Bürgerkrieges sowie unter den Taliban humanitäre Hilfe zu leisten, nicht aber unter dem zivil-militärischen Besatzungsregime des Westens - ein Armutszeugnis für ein Konzept, das vorgeblich die Lebenssituation der Bevölkerung verbessern soll. Auch die *Welthungerhilfe* reduzierte nach wiederholten Angriffen im Jahr 2007 ihre Aktivitäten in Afghanistan drastisch. Die Organisation führt diese Angriffe maßgeblich zurück auf „die Vermischung von Überlebenshilfe und Wiederaufbau mit militärischen Einsätzen und der damit verbundenen unzureichenden Abgrenzung von zivilen und militärischen Kräften im Rahmen der Provincial Reconstruction Teams (PRT). Wenn nämlich bewaffnete Kräfte nicht mehr zwischen Militär und Zivilisten unterscheiden können, werden auch Hilfsorganisationen zum Ziel von Angriffen.“¹⁴⁰

Tatsächlich steigen die Angriffe auf Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen laut *Afghanistan NGO Safety Office* (ANSO) immer weiter an: von 106 im Jahr 2006 auf 137 in den darauf folgenden 12 Monaten, 170 Anschläge erfolgten 2008 und 172 waren es im Jahr 2009. Laut ANSO hat sich die Gefährdungslage in den letzten Jahren in sämtlichen Bereichen deutlich vergrößert und wird weiter zunehmen, was u.a. auf den zunehmenden Respektsverlust vor der politischen Neutralität von NGO-Mitarbeitern zurückgeführt wird. Dabei sei auch eine „Politisierung“ der

139 Ebd.

140 Preuß, Hans-Joachim/Radke, Katrin: Akzeptanz durch Neutralität: Die Deutsche Welthungerhilfe ändert ihre Afghanistan-Strategie, in: eins (August 2007). Ebenso zog sich Malteser International nach wiederholten Angriffen aus dem Land zurück. Vgl. Der schleichende Rückzug der Aufbauhelfer, Focus, 31.07.2007. Auch medico gerät zunehmend unter Druck. So wurden im August 2007 drei afghanische Minenräumer der lokalen Nichtregierungsorganisation MDC (Mine Detection and Dog Center) entführt und kurz darauf ermordet. Ihre deutsche Partnerorganisation medico international sieht die Verantwortung hierfür eindeutig in der zunehmenden Vereinnahmung ziviler Akteure für militärische Ziele: „Für MDC wird es immer schwieriger, die Arbeit des Minenräumens fortzuführen. Dies gilt im Besonderen, weil es im Rahmen des internationalen Militäreinsatzes in Afghanistan zu einer zunehmenden Aufweichung der Grenze zwischen zivilen Hilfsaufgaben und militärischen Einsätzen kommt. Helfer und ausländische Soldaten verschmelzen in der Wahrnehmung der Bevölkerung und machen unsere Projektpartner verstärkt zur Zielscheibe.“ Siehe medico-Newsletter 05/2007.

Angriffe zu verzeichnen; anfangs seien kriminelle Motive entscheidend gewesen, mittlerweile würden jedoch Angriffe im Kontext des Widerstands gegen die Besatzung überwiegen.¹⁴¹

Kein Wunder also, dass der *Verband Entwicklungspolitik Deutscher Entwicklungsorganisationen* (VENRO) im November 2009 eine vernichtende Kritik am Comprehensive Approach veröffentlichte: „Das Konzept der ‚Vernetzten Sicherheit‘ – im NATO-Jargon ‚Comprehensive Approach‘ – bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen im Sinne einer ‚Aufstandsbekämpfung‘ untergeordnet ist. [...] Für die Hilfsorganisationen bedeuten die genannten Tendenzen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit und zur Unterordnung der Entwicklungshilfe unter politisch-militärische Zielsetzungen eine deutliche Erschwerung und Einschränkung ihrer Arbeit. Sie schaden dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der NRO als unabhängige und unparteiliche humanitäre Akteure. Im Extremfall führt dies dazu, dass Hilfsorganisationen von Teilen der Bevölkerung als Parteigänger des Militärs gesehen und von Aufständischen als vermeintlich legitime Angriffsziele eingestuft werden.“¹⁴² Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, wenn VENRO besorgt vor der Gefahr warnt, dass das zivil-militärische Konzept „auf andere Konflikt- beziehungsweise Post-Konfliktszenarien übertragen wird.“¹⁴³

141 ANSO Quarterly Data Report, Kabul, October 2010.

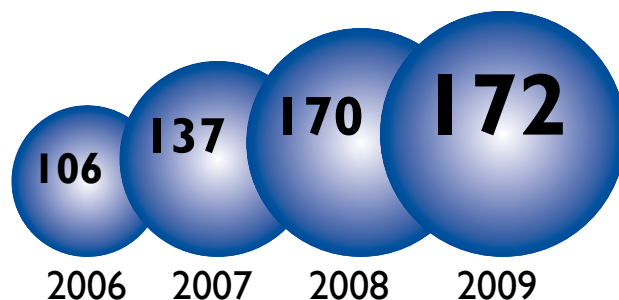
142 VENRO: Was will Deutschland am Hindukusch? Positionspapier Nr. 7/2009, S. 6.

143 VENRO: Fünf Jahre deutsche PRTs in Afghanistan. Positionspapier Nr. 1/2009, S. 2.

CIMIC: Effektivierung der Besatzung

Um eine quasi-Kolonie wie Afghanistan effektiv unter Kontrolle zu halten, sind zivile Fähigkeiten erforderlich. Deshalb wird in Afghanistan im Rahmen der „Zivil-militärischen Zusammenarbeit“ versucht, zivile Akteure vom Brunnenbauer über den Verwaltungsexperten bis hin zum Agrotechniker in den Dienst der Besatzung zu stellen. Damit werden humanitäre Helfer für die Bevölkerung aber zu integralen Bestandteilen der Besatzung und damit zu Gegnern und legitimen Anschlagzielen. Als Folge haben sich die Angriffe auf zivile Akteure mittlerweile derart gehäuft, dass viele Nichtregierungsorganisationen sich mittlerweile aus Afghanistan zurückziehen mussten.

Anschläge auf Nicht-regierungsorganisationen:



Kasten 2: Zivil-militärische Zusammenarbeit - Kritikpunkte

Die folgenden Kritikpunkte an CIMIC von Andreas Buro beziehen sich zwar auf die Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB), treffen aber auch auf die Entwicklungszusammenarbeit und andere Bereiche zu.

1. CIMIC ist der Versuch, die zivilen Kompetenzen der Bundeswehr oder allgemein gesprochen des Militärs auszuweiten und dabei auch friedenspolitisch orientierte Gruppen zur Bewältigung insbesondere von Nachkriegssituationen zu instrumentalisieren.

2. Die ZKB-Kräfte geraten dabei in eine Situation die von vornherein militärischgewaltträchtigbestimmt ist. Als letztes Mittel steht hinter CIMIC stets das militärische Drohmittel und der militärische Einsatz. Dies ist unvereinbar mit der Grundphilosophie Ziviler Konfliktbearbeitung, die gerade auf Dialog, Kooperation und das Aushandeln von Konflikten gerichtet ist. In CIMIC wird ZKB jedoch zum taktischen Instrument militärgestützter Politik.

3. Militärgestützte Politik würde sich eher für eine Intervention entscheiden, wenn sie davon ausgehen könnte, die Nachkriegssituation - natürlich denkt man sofort an den Kosovo und den Irak - durch CIMIC sicherer beherrschen zu können. Damit würde CIMIC zu einer den Krieg fördernden Politik beitragen.

4. Ein Gegenargument könnte lauten: Im Rahmen von CIMIC können wir zumindest in Nachkriegssituationen eine Verschiebung zugunsten von ZKB erreichen. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Doch war das das Ziel Ziviler Konfliktbearbeitung? Ist der Preis hierfür nicht viel zu hoch und lässt sich dieses Ziel nicht viel besser durch eigenständige Projekte erreichen?

5. Angesichts der Asymmetrie der CIMIC-Partner ist es äußerst zweifelhaft, dass die Grundorientierung der Zivilen Konfliktbearbeitung, die auf Prävention und Dialog setzt und Zwang ablehnt, sich gegen die militärgestützte Politik der Regierungen durchsetzen kann. Im Bereich der Prävention, die ja das eigentliche Anliegen der Friedensbewegung darstellt, gewinnen die ZKB-Kräfte durch CIMIC voraussichtlich keinen Einfluss, denn die Form der Prävention gehört zum Herzstück der herrschenden, militärgestützten Politik. Allenfalls könnten bei mehr oder weniger kleinen Konflikten im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit Diskussionen über präventive Maßnahmen durch ZKB einflussreich werden. In diesen dürfte allerdings das Militär ohnehin keine oder nur eine Nebenrolle spielen.

6. In Cimic wird ZKB zu einem Bestandteil des militärischen

Konfliktaustrags, der auch noch als Legitimationselement für militärische „Friedensmissionen“ und „Friedenskonsolidierung“ dienen kann und sicherlich auch dafür genutzt wird. Die Legitimationsfolie für militärische Einsätze der Großmächte heißt heutzutage ohnehin, dass sie den „Gerechten Krieg“ der „Guten“ gegen die „Bösen“ führen. Die ZKB-Kräfte landen mit CIMIC auf der Seite der militärisch starken „Guten“. Das eigentliche Anliegen von ZKB, die Überwindung des militärischen Konfliktaustrags, bleibt dabei auf der Strecke.

7. CIMIC bedeutet eine Aufspaltung der Kräfte, die eigentlich für eine grundsätzlich veränderte Politik der Konfliktbewältigung, nämlich präventiv und mit zivilen Mitteln, eintreten wollten. Diejenigen, die sich auf CIMIC einlassen, werden – so meine Vermutung – materiell und in der öffentlichen Wahrnehmung privilegiert werden. Diejenigen jedoch, die am eigentlichen Ziel der Überwindung des militärischen Konfliktaustrags und der dementsprechenden Abrüstung festhalten, werden wie bisher materiell und in der öffentlichen Wahrnehmung vernachlässigt oder gar diffamiert werden.

Quelle: Buro, Andreas: CIMIC - ein brisanter Cocktail, in: FriedensForum 4/2004.

CIMIC: Ein Blick in die Kristallkugel

Wohin die Instrumentalisierung ziviler Akteure führen kann, zeigen die Forderungen der Stiftung Wissenschaft und Politik. Sie plädiert dafür, eine neue strategische Planungseinheit im Auswärtigen Amt zu schaffen:

„Ihre Aufgabe wäre es, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aspekte der Aufstandsbekämpfung zusammenzuführen. [...] Mit Hilfe dieser Planungseinheit ließe sich kontinuierlich eine gemeinsame zivil-militärische Strategie für alle laufenden Auslandseinsätze erarbeiten und realisieren.“ Darüber hinaus soll das Militär vor Ort künftig grundsätzlich den Hut aufhaben: „Auf operativer Ebene sollte die Integration ziviler und militärischer Mittel innerhalb der Einsatzführungsstru-

kturen des Verteidigungsministeriums erfolgen. [...] Es sollte generell erwogen werden, das Personal der mit Auslandseinsätzen befassten zivilen Ministerien für die Dauer der Einsätze in die Strukturen des Verteidigungsministeriums einzugliedern. [...] Ein wesentlicher Vorteil einer speziell für Auslandseinsätze zuständigen zivil-militärischen Organisation läge in der Gewährleistung personeller und inhaltlicher Kontinuität. Diese Stelle könnte etwa eine gemeinsame Einsatzvorbereitung für das zivile und militärische Personal koordinieren.“

(Noetzel, Timo/Zapfe, Martin: Aufstandsbekämpfung als Auftrag: Instrumente und Planungsstrukturen für den ISAF-Einsatz, SWP-Studie, Mai 2008, S. 24)

4.4 Die Institutionalisierung des Comprehensive Approach

Trotz der fatalen Folgen der Zivil-militärischen Zusammenarbeit wird sie sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch der NATO als neues Leitkonzept propagiert, das künftig bei sämtlichen Einsätzen zur Anwendung kommen soll. Sichtbarster Ausdruck hierfür ist der neue Europäische Auswärtige Dienst (EAD) für dessen Aufstellung EU-Parlament und Rat im Juli 2010 endgültig grünes Licht gaben. Nahezu unbemerkt – und unkritisiert – wurde damit beschlossen, eine Superbehörde aufzubauen, die, verglichen mit Deutschland, das Verteidigungs-, Außen- und große Teile des Entwicklungsministeriums in sich vereint. Der EAD ist somit in vielerlei Hinsicht eine Art behördliche Institutionalisierung des Comprehensive Approach in der zusammengeworfen wird, was nicht zusammengehört. Fast alle militärischen und zivil-militärischen Strukturen werden in den EAD integriert und die bisher getrennt erfolgende strategische Planung ziviler und militärischer Einsätze aufgelöst. Vor diesem Hintergrund warnt Alain Délétoz von der *International Crisis Group*, mit dem EAD erhalte das Krisenmanagement auf EU-Ebene einen „stark militärischen Geschmack.“ Zivile Aspekte drohten im neuen EAD militärlogischen Erwägungen untergeordnet zu werden: „Jetzt schauen wir in eine Zukunft, in der Militärexperten die Planung ziviler Missionen übernehmen.“¹⁴⁴

Fast noch problematischer: künftig wird der EAD, in dem das Militär eine wesentliche Rolle spielen wird, für die Vergabe der EU-Entwicklungshilfe (und anderer Finanzinstrumente) verantwortlich sein. Deshalb besteht die Gefahr, dass künftig Gelder zunehmend nach sicherheitspolitisch-militärischen Gesichtspunkten „umprogrammiert“ werden. Dies jedenfalls ist die – berechtigte – Sorge vieler Entwicklungsorganisationen. So heißt es etwa in einer gemeinsamen Erklärung von CIDSE (Frankreich) und CAFOD (Großbritannien): „Der gegenwärtige Vorschlag verwischt die Unterscheidung zwischen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, was zu einer Unterordnung von Entwicklung und Armutsbekämpfung unter sicherheits- und außenpolitische Prioritäten führen wird.“¹⁴⁵ Damit rückt eine im Wortsinn zivile – sprich alternativ zur militärischen Krisenbewältigung agierende - EU-Außenpolitik in immer weitere Ferne.¹⁴⁶

Analog hierzu wurde auch auf NATO-Ebene seit einiger Zeit fieberhaft an der Institutionalisierung des Comprehensive Approach gearbeitet.¹⁴⁷ Schon im unmittelbaren Vorfeld des NATO-Gipfels im April 2009, auf dem die Aktualisierung des Strategischen Konzeptes in Auftrag

gegeben wurde, äußerte sich Angela Merkel zur künftigen Rolle des Comprehensive Approach: „[Die] neue operative Realität erfordert ein neues Verständnis von Sicherheit und der Herstellung von Sicherheit. [...] Ich glaube, am Beispiel Afghanistan wird jedem klar, dass ein Erfolg nur möglich ist, wenn die NATO mit ihren militärischen Mitteln Teil eines umfassenden und kohärenten Ansatzes zugunsten der Stabilisierung des Landes ist. Zu diesem Ansatz gehört die ganze Vielfalt von zivilen Aktionen und Maßnahmen zugunsten einer guten Entwicklung des Landes. Dieses Grundverständnis, das wir jetzt in Afghanistan entwickelt haben, wird aber in Zukunft nicht ein Einzelfall sein, sondern muss zum *strategischen Allgemeingut der NATO*, also der Allianz, werden.“¹⁴⁸ Genau dies ist mit Verabschiedung der neuen NATO-Strategie im November 2010 erfolgt, in der es heißt: „Die Lehren aus den NATO-Operationen, besonders auf dem Balkan und in Afghanistan, machen deutlich, dass eine umfassende politische, zivile und militärische Herangehensweise für ein effektives Krisenmanagement erforderlich ist.“¹⁴⁹ Auch für die ebenfalls in der Strategie anvisierte engere Zusammenarbeit zwischen NATO und Europäischer Union „im Feldeinsatz“ wird der Comprehensive Approach eine wichtige Rolle spielen. Denn gemeint ist damit vor allem eine enge Kooperation zwischen „zivilen“ EU-Missionen und NATO-Militäroperationen – und auch hierfür ist der Einsatz in Afghanistan prototypisch.

5. Sicherheitssektorreform: Die EU und die Afghanisierung des Krieges

Trotz der massiven Truppenaufstockungen sowie der verstärkten Instrumentalisierung ziviler Akteure: es wird immer offensichtlicher, dass dies allein nicht ausreichen wird, um Afghanistan unter Kontrolle zu bekommen. Das US-Militär hat schon lange vorgerechnet, dass für eine „erfolgreiche“ Aufstandsbekämpfung 20-25 Soldaten auf 1.000 Einwohner erforderlich sind, was für Afghanistan einen Bedarf von 640-800.000 Truppen ergibt.¹⁵⁰ Es steht außer Frage, dass ein solches Kontingent niemals mobilisiert werden kann und auch in den westlichen Chefetagen scheint man sich angesichts des Vordringens des Widerstands dieser Problematik allmählich bewusst zu werden.

Ein wesentliches Element der EU-Politik zur „Stabilisierung“ von Staaten sind deshalb inzwischen „Sicherheitssektorreformen“ geworden¹⁵¹: der Aufbau von Repressi-

144 Délétoz, Alain: "Kapazität der EU zur Friedenssicherung schwindet", *Der Tagesspiegel*, 22.02.2010.

145 CIDSE/CAFOD: Media briefing, 23.04.2010.

146 Vgl. etwa EPLO Statement on Civilian-Military Integration in European Security and Defence Policy, URL: http://www.eplo.org/documents/EPLO_Statement.pdf (30.09.2009).

147 Vgl. dazu ausführlich Wagner, Jürgen: Prototyp Afghanistan: "Comprehensive Approach" und Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung der NATO, in: Becker, Johannes M./Wulf, Herbert (Hg.): *Afghanistan: Ein Krieg in der Sackgasse*, Münster 2010, S. 39-57.

148 Regierungserklärung von Angela Merkel zum Nato-Gipfel, 26.03.2009. Hervorhebung JW. Auch die beiden wichtigsten Vorschlagskataloge zur Aktualisierung des Strategischen Konzeptes betonten bereits die Bedeutung des Comprehensive Approach. Vgl. *The Washington NATO Project: Alliance Reborn: An Atlantic Compact for the 21st Century*, Februar 2009; Naumann, Klaus/Shalikhshvili, John/Lord Inge/Lanxade, Jacques/Breemen, Henk van den: *Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership*, Januar 2008.

149 *Active Engagement, Modern Defence 2010*, para. 21.

150 Fick, Nathaniel/Nagl, John: *Counterinsurgency Field Manual: Afghanistan Edition*, in: *Foreign Policy*, Januar/Februar 2009.

151 Gross 2009, S. 9.

*Afghanische Polizisten in der EUPOL-Ausbildung,
Foto: EUPOL*



onsapparaten soll pro-westliche Machthaber in die Lage versetzen, sich möglichst ohne allzu große direkte Unterstützung am Ruder halten zu können. Auch in Afghanistan beabsichtigt man, die eklatante Lücke zwischen verfügbaren westlichen Truppen und tatsächlichem Bedarf durch eine massive „Afghanisierung“ des Krieges zu schließen. Ab 2011 sollen einheimische Kräfte in mehr und mehr Provinzen selbstständig die Kontrolle ausüben können. Hierfür sollen diese Repressionsapparate massiv vergrößert werden: während die afghanische Armee ursprünglich 70.000 Soldaten umfassen sollte, wurde diese Zahl schnell auf zunächst 134.000 angehoben. Inzwischen wurde sogar die neue Zielgröße von 270.000 Soldaten ausgegeben. Auch die afghanische Polizei, de facto Paramilitärs, ursprünglich sollten es 62.000 sein, soll deutlich vergrößert werden. Anvisiert werden nun 140-160.000 Polizisten.¹⁵²

Die Europäische Union ist in diesem Bereich am sichtbarsten engagiert, indem sie Teile der Polizeiausbildung übernimmt. Die USA sehen hierin eine wesentliche Kompensationsleistung seitens der Verbündeten, da sie realisiert haben, dass die innenpolitischen Widerstände es den EU-Mitgliedsstaaten sehr schwer machen werden, sich noch stärker an dem Krieg zu beteiligen, als dies ohnehin bereits der Fall ist. So äußerte sich US-Verteidigungsminister Robert Gates folgendermaßen: „Ich denke offen gestanden, da wir unsere Anforderungen auf zivile Experten und Polizeiausbilder konzentrieren werden, wird dies für Europäer zu Hause einfacher sein, als die Bitte, mehr Soldaten zu schicken. Die Dinge, um die wir bitten, sind für sie politisch einfacher, so dass sie trotz ihrer Wirtschaftsprobleme diese Anforderungen erfüllen werden.“¹⁵³

5.1 EUPOL Afghanistan: Hilfe beim Aufbau der Repressionsorgane

Deutschland hatte lange die Führungsrolle beim Polizeiaufbau in Afghanistan inne. Von Anfang bestand dabei das Ziel in der „Schaffung einer afghanischen Gendarmerie“,

so die Bundesregierung. Sie sollte die Antwort auf die Frage liefern, „wie den Aktivitäten der Aufständischen begegnet werden kann.“¹⁵⁴ Doch die deutsche Performance stieß auf heftige Kritik seitens der Verbündeten; bis zum Jahr 2007 war es lediglich gelungen etwa 5.000 Polizisten auszubilden.¹⁵⁵

Vor diesem Hintergrund wurde dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) der EU bereits am 13. Oktober 2006 der Bericht einer EU-Bewertungsmission vorgelegt, der eine Analyse der Lage zur Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan enthielt. Er empfahl, eine Erkundungsmission zu entsenden, um die Durchführbarkeit einer EUPOL-Mission zu prüfen. Die Erkundungsmission vom 27. November bis zum 14. Dezember 2006 schuf dann die Grundlagen für die weitere Planung. Am 23. April billigte der Rat das Operationskonzept und am 30. Mai 2007 verabschiedete er schließlich eine Gemeinsame Aktion (2007/369) als Rechtsgrundlage zur Entsendung von EUPOL Afghanistan. Laut Ratsbeschluss 2007/369 besteht das Ziel der Mission darin, die Regierung in Kabul darin zu unterstützen, „dass unter afghanischer Eigenverantwortung tragfähige und effiziente Strukturen der Zivilpolizei geschaffen werden.“ Hierfür konzentriert sich die Mission auf folgende Tätigkeiten: Ausbildung, Beobachtung, Beratung und Betreuung der afghanischen Polizei. Darüber hinaus soll EUPOL Afghanistan, dessen Mandat zunächst auf drei Jahre ausgestellt und inzwischen bis 2013 verlängert wurde, Unterstützung beim Aufbau eines rechtsstaatlichen Systems leisten sowie Beiträge einzelner Mitgliedstaaten und anderer internationaler Akteure koordinieren.¹⁵⁶ Als

154 Antwort der Bundesregierung, Drucksache 16/6703, 12.10.2007, S. 8.

155 Selbst innerhalb der Bundeswehr regte sich Kritik. Noch in seiner Zeit als Vorsitzender des Bundeswehrverbandes nahm Bernhard Gertz kein Blatt vor den Mund. Beim Aufbau der Polizei habe die Bundesrepublik "vollständig versagt". Siehe Gertz sieht Afghanistan-Einsatz auf ganzer Linie gescheitert, ngo-online, 19.09.2007.

156 Council Joint Action 2007/369/CFSP of 30 May 2007 on establishment of the European Union Police Mission in Afghanistan (EUPOL AFGHANISTAN). Vgl. zum katastrophalen Zustand des afghanischen Justizsektors

152 More troops needed for Afghan war, CNN, 04.08.2009.

153 Horlohe 2009.

NATO und EU: Hand in Hand bei der Aufstandsbekämpfung im Kosovo

Im Kosovo arbeiten NATO und EU bei der Absicherung der völkerrechtswidrigen Abspaltung von Serbien Hand in Hand. Schon im Herbst 2008 haben die USA und die EU ein Abkommen geschlossen, mit dem sich die USA an der EU-Mission EULEX im Kosovo beteiligt. Dieses Abkommen ist bisher einmalig, in seiner Tendenz aber richtungweisend: Erstmals nehmen die Vereinigten Staaten an einer „zivilen“ EU-Mission teil.

Wie in Afghanistan haben auch im Kosovo die neoliberalen Wirtschaftsreformen die Lebenssituation der Bevölkerung verschlechtert, weshalb in einer Umfrage vom Frühjahr 2009 79% der Kosovaren angaben, sie seien aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage zur Teilnahme an Protesten bereit.[1] Schon seit 2007

mehren sich die Demonstrationen der kosov-albanischen Bevölkerung gegen die Besatzungsmächte, bei denen es sogar bereits zu Todesopfern kam. Reagiert wird hierauf jedoch nicht etwa, indem an der verfehlten Wirtschaftspolitik etwas verändert würde. Stattdessen haben die im Kosovo aktive „zivile“ EU-Mission EULEX und die NATO-Truppe KFOR mit gemeinsamen Übungen begonnen, um ihre Techniken in der Aufstandsbekämpfung zu effektivieren. Allein im ersten Halbjahr 2010 fanden elf solcher „Crowd & Riot Control Exercises“ statt. Welche Szenarien man dabei im Auge hat, verdeutlicht die Beschreibung einer dieser Übungen überdeutlich: „Das Szenario basierte auf wahren Begebenheiten. Das Europäische Parlament fällt die

Entscheidung, Gelder für den Kosovo vom Bau zweier Krankenhäuser hin zu einer Müllrecyclinganlage umzuleiten. Die lokale Bevölkerung war darüber empört. Als Reaktion rief die Gewerkschaft der Krankenhausarbeiter zu Demonstrationen und Aktionen gegen die EU und EULEX auf. [...] Als Ergebnis der Übung lernten die Teilnehmer Wichtiges darüber, auf eine wütende Menge („furious mob“) vorbereitet zu sein, über die Fähigkeit zu antizipieren, was die Menge tun wird und schließlich darüber, ihre Techniken zur Bevölkerungskontrolle und Aufstandsbekämpfung („crowd and riot control“) anzuwenden.“[2]

[1] Džihic, Vedran/Kramer, Helmut: Kosovo After Independence, FES, Juli 2009, S. 10.

[2] The Balkan Hawk 2009 CRC Exercises, NATO.int, 30.06.2009.

größter Beitragszahler des „Law and Order Trust for Afghanistan“ (LOFTA) kommt die Europäische Union darüber hinaus nicht nur für den Löwenanteil der Kosten für die Ausbildung der afghanischen Polizisten auf, sondern auch für deren Gehälter.¹⁵⁷

In der Praxis macht EUPOL Afghanistan nichts anderes, als Paramilitärs auszubilden. Detlef Karioth, Leitender Polizeiberater an der deutschen Botschaft in Kabul, gibt an: „Was wir uns für Afghanistan vorstellen, ist eine Polizei, die in der Lage wäre, sich gegen die bewaffneten Kräfte im Land zu verteidigen. Wir bilden hier ja nicht nur Straßenpolizisten aus. Unser Bestreben ist, sie so auszubilden, dass sie überleben können. Allein 2008 sind mehr als tausend Polizisten getötet worden.“¹⁵⁸ In einem Militärblog heißt es ganz ähnlich: „Die Polizei steht in Afghanistan nicht Kleinkriminellen gegenüber wie in Europa, sondern einem Gegner, der teilweise mit Infanterietaktiken und in Kompaniestärke operiert. In Afghanistan muß die Polizei daher zwangsläufig auch paramilitärische Aufgaben übernehmen.“¹⁵⁹

Reforming Afghanistan's Broken Judiciary, International Crisis Group Asia Report, Nr. 195, November 2010.

157 Treffen der Ministertrioika EU-Afghanistan: Ferrero-Waldner bestätigt langfristiges Engagement gegenüber Afghanistan, Pressemitteilung IP 09/130, 27.01.2009.

158 „Wir bilden aus fürs Überleben“, FAZ, 13.03.2009.

159 Afghanistan: Europa versagt beim Aufbau der Polizei, weblogsicherheitspolitik, 13.03.2009. Auch Tom Königs, ehemaliger UN-Sonderberater für Afghanistan, erklärte in einer Anhörung im Innenausschuss, die Aufrechterhaltung der Trennung von Militär und Polizei sei „in einer Situation des Krieges in einem Land wie Afghanistan [...] für die afghanischen Organe nicht aufrechtzuerhalten und auch gar nicht gewünscht und nicht möglich.“ Vgl. Schürkes, Jonna: Bodentruppen der Besatzung: Polizeiaufbau in Afghanistan, in: CILIP 2/2010.

Zunächst war der Umfang von EUPOL Afghanistan auf 200 Beamte begrenzt. Im März 2008 wurde jedoch eine Verdopplung auf 400 Beamte beschlossen, von denen gegenwärtig 301 stationiert sind (plus 137 lokale Kräfte. Stand: 11. November).¹⁶⁰ Verschiedentlich wird eine weitere Erhöhung gefordert¹⁶¹, vorrangig scheint jedoch derzeit die enge Verzahnung von EUPOL mit der NATO zu sein.

5.2 NATO-A: Verzahnung von EUPOL und NATO

Die Europäische Union ist – glaubt man den eigenen zweifelhaften Verlautbarungen¹⁶² – kein Militärbündnis und sollte demzufolge auch keine engen Kontakte zur NATO unterhalten. Das *Institute for Security Studies* der Europäischen Union gibt jedoch an, für die Verbesserung der Partnerschaft mit den USA müsse die NATO-EU-Zusammenarbeit unbedingt intensiviert werden.¹⁶³ Ganz in die-

160 European Union: EU Police Mission in Afghanistan (EUPOL AFGHANISTAN), Fact Sheet, Updated: November 2010.

161 Die damalige US-Botschafterin bei der Nato in Brüssel, Victoria Nuland, hatte bereits Ende 2007 eine Erhöhung auf mindestens 5.000 Beamte gefordert. Auch der einflussreiche European Council on Foreign Relations schlug die Entsendung von 500 weiteren Beamten vor. Vgl. Korski 2009; Gross 2009, S. 43; Union und SPD über Ohrfeige aus den USA vergrätzt, Spiegel Online, 12.12.2007.

162 So findet sich in Artikel 42,7 des Vertrags von Lissabon eine Beistandspassage, wie sie eigentlich nur Militärpakte haben: "Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung."

163 Toje, Asle: The EU, NATO and European Defence – A slow train coming, Institute for Security Studies, Occasional Paper Nr. 74, December 2008.

sem Sinne fordert auch das Europäische Parlament, „dass die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten gestärkt werden sollten.“ Hierfür sollte „die Synergie zwischen der EU und der NATO in bestimmten militärischen Bereichen durch gemeinsame Pilotvorhaben gestärkt werden.“¹⁶⁴ Folgerichtig lässt sich in den letzten Jahren beobachten, dass NATO und EU auch bei Einsätzen vor Ort immer stärker Hand in Hand arbeiten. Das derzeit krasseste Beispiel hierfür ist der Kosovo, wo die „zivilen“ EU-Mission EULEX in gemeinsamen Manövern mit der NATO-Truppe KFOR die Niederschlagung von Protesten probt (siehe Kasten). Doch auch in Afghanistan wird die Zusammenarbeit immer weiter intensiviert.

So wurde auf dem NATO-Gipfel im April 2009 beschlossen, „eine NATO Training Mission – Afghanistan (NTM-A) innerhalb der ISAF einzurichten, um das höherstufige Training der afghanischen Armee und das Training und die Überwachung der afghanischen Polizei zu beaufsichtigen. [...] Die European Gendarmerie Force könnte diesbezüglich eine aktive Rolle spielen.“¹⁶⁵ Die „European Gendarmerie Force“ (EGF) ist eine paramilitärische EU-Polizeitruppe, die Anfang 2006 ins Leben gerufen wurde und deren Aufgabenprofil u.a. auch die Aufstandsbekämpfung mit einschließt.¹⁶⁶ Sie nahm im Dezember 2009 offiziell ihre Arbeit in Afghanistan auf und ist seither mit über 300 Beamten in Afghanistan präsent. Sie arbeitet dabei aufs Engste mit der NATO zusammen, was auf dem EU-Ratstreffen im Juni 2009 ganz offiziell begrüßt wurde: „Der Europäische Rat unterstreicht die Bedeutung der in Aussicht genommenen Entsendung der Europäischen Gendarmerietruppe, die in Afghanistan im Rahmen der NATO-Ausbildungsmission – Afghanistan (NTM-A) eingesetzt würde und eine ergänzende Initiative beim Aufbau der Polizeikapazität wäre.“¹⁶⁷ Die EGF biete sich für die Ausbildung der Polizei gerade zu an, da sie „das Potenzial hat, ein robusteres System für die Polizeiausbildung in Afghanistan zu schaffen.“¹⁶⁸ Ganz offensichtlich existiert auch eine enge Verzahnung zwischen NTM-A – also einem Einsatz der Militärallianz NATO – und der „zivilen“ EUPOL Mission: „Die Staats- und Regierungschefs haben im Rahmen des NATO-Gipfeltreffens die Einrichtung einer ‚NATO Training Mission Afghanistan‘ beschlossen. [...] Dies schließt die Koordinierung mit EUPOL Afghanistan sowie die Verlegung von Kräften der EU Gendarmerie Force mit ein.“¹⁶⁹

164 Vatanen, Ari: Report on the role of NATO in the security architecture of the EU (2008/2197(INI)).

165 Summit Declaration on Afghanistan, North Atlantic Council in Strasbourg / Kehl on 4 April 2009, NATO Press Release (2009)045.

166 Zur Zeit gehören der EGF Einheiten aus fünf Ländern an: Carabinieri (Italien), Guardia Nacional Republicana (Portugal), Guardia Civil (Spanien), Gendarmerie Nacional (Frankreich) und Royal Marechaussee (Niederlande). Vgl. Schumacher, Tim: Lex paciferat - Das Gesetz wird Frieden bringen. Ein Blick auf die europäischen Gendarmeriekräfte, in: AUSDRUCK (August 2010).

167 Schlussfolgerungen des Vorsitzes zu der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel (18./19. Juni 2009), S. 27.

168 Bernard Kouchner zitiert in Europe's Problematic Contribution to Police Training in Afghanistan, Brookings Institution, 04.05.2009.

169 Bericht über die laufenden bzw. anstehenden sicherheits- und

Augenscheinlich sind die „zivilen“ ESVP-Missionen wie im Kosovo und in Afghanistan nicht als *Alternative*, sondern als *Ergänzung* zu Militäreinsätzen der NATO gedacht, wie ein Beitrag im derzeit wichtigsten Sammelband zur Zukunft der EU-Militärpolitik bestätigt: „Im Kosovo und in Afghanistan implementiert die Europäische Union ihre eigenen zivilen Krisenmanagementmissionen parallel zu NATO-Militäroperationen und es findet eine praktische Kooperation vor Ort statt.“¹⁷⁰ Auf die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort wird dabei wenig bis keine Rücksicht genommen – ebenso wenig wie auf die vorgeblichen Ziele solcher Einsätze, die Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten, wie auch hier das Beispiel Afghanistan zeigt.

5.3 Autoritärer Militärstaat im Dauerbürgerkrieg

Den Vorteil der angestrebten Afghanisierung des Krieges beschrieb eine Militärzeitschrift mit den Worten, sie sei „50-mal billiger als die Stationierung fremder Kräfte.“¹⁷¹ Dieses Kalkül dürfte sich nicht allein auf die finanzielle Ebene beschränken, denn offenbar besteht ein wesentliches Ziel in einer „Afghanisierung der Opfer“. Insgesamt scheint die Strategie zunehmend „Erfolge“ zu zeitigen. Während sich die Verluste sämtlicher westlicher Truppen von 2001 bis November 2010 auf 2.194 belaufen, kamen allein zwischen 2007 und August 2010 fast 4.000 afghanische Soldaten und Polizisten ums Leben.¹⁷² Insofern ist es mehr als zynisch, wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel schon seit Jahren davon spricht, es sei notwendig, dass die Kampfhandlungen in Afghanistan „Schritt für Schritt ein afghanischeres Gesicht bekommen.“¹⁷³

Noch zynischer ist es, dass die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung im September 2009 verkündete, Deutschland und die gesamte „internationale Gemeinschaft“ würden eine „Übergabestrategie in Verantwortung“ anstreben.¹⁷⁴ Denn allem Anschein nach wird billigend in Kauf genommen, dass die Afghanisierung des Krieges zu einem andauernden Bürgerkrieg führen dürfte - die grusligen Szenarien, was passiert, wenn man diesen Weg weiter beschreitet, liegen jedenfalls bereits auf dem Tisch. Das *Center for a New American Security* (CNAS), eine Denkfabrik mit engsten Verbindungen zur Obama-Administration, veröffentlichte im Oktober 2009 ein Papier, in dem drei mögliche Zukunftsszenarien für Afghanistan präsentiert wurden. Unwahrscheinlich, aber möglich, sei eine nachhaltige Stabilisierung des Landes ebenso wie der – aus westlicher Sicht – schlimmste Fall, ein Sieg der Widerstandsgrup-

verteidigungspolitischen Diskussionen und Entwicklungen im Rahmen der NATO und der EU, Berichtszeitraum 15. April-15. Juli 2009, August 2009.

170 Stubb, Alexander: In search of smart power, in: Vasconcelos, Álvaro de (Hg.): What ambitions for European defence in 2020? Paris 2009, S. 125-132, S. 132.

171 NATO passt Afghanistan-Strategie an. Einsatz kostet mehr, in Y – Das Magazin der Bundeswehr, 12/2009, S. 8.

172 Campbell/Shapiro 2010, s. 14.

173 Truppenbesuch mit Sicherheitsalarm, Spiegel, 03.11.2007.

174 Merkel, Angela: Regierungserklärung, 08.09.2009, URL: http://www.bundesregierung.de/nn_916176/Content/DE/Bulletin/2009/09/93-1-bk-bt-regerkl.html. (22.11.2010).

pen über die Karzai-Regierung und die Etablierung neuer, dezidiert anti-westlicher Machthaber. Vermutlich werde die Entwicklung aber in folgende Richtung gehen: „Im wahrscheinlichsten Szenario wird die Obama-Regierung vorsichtig zu einer koordinierten Anti-Terror-Mission übergehen, bei der das alliierte Engagement sich auf das Training der afghanischen Armee, die Durchführung von Präzisionsangriffen aus der Luft und Spezialoperationen am Boden beschränkt. [...] Dieses wahrscheinlichste Szenario erlaubt es den USA und ihren Verbündeten weiterhin Einfluss in Zentralasien auszuüben und eine vollständige Rückkehr der Taliban zu verhindern.“ Allerdings betont das CNAS-Papier auch: „Eine kurzfristige Truppenerhöhung wird diesem Übergang vorausgehen.“ Genau dies ist mittlerweile zur offiziellen US-Strategie geworden, weshalb die unverblühte Beschreibung, was ein solches Szenario für Afghanistan bedeuten dürfte, umso Besorgnis erregender ist: „Afghanistan bleibt im Bürgerkrieg zwischen der Regierung in Kabul, die im Wesentlichen von den Politikern und Warlords geführt wird, die das Land zwischen 1992 und 1996 befehligten, und einer entrechteten paschtunischen Gesellschaft im Süden und Osten gefangen.“¹⁷⁵

Tatsächlich lehnt ein Großteil der Bevölkerung die afghanische Regierung ab. Im April 2010 veröffentlichte das Pentagon eine Studie, die zum Ergebnis kam, dass in strategisch wichtigen Regionen lediglich 25% der Bevölkerung hinter der Karzai-Regierung stünden.¹⁷⁶ Der *Stiftung Wissenschaft und Politik* zufolge seien in Afghanistan zwar formaldemokratische Institutionen vorhanden, allerdings würden sie „von antidemokratischen Kräften beherrscht und verlieren in den Augen der Bevölkerung zunehmend an Legitimität.“ So werde das „Prinzip der Gewaltenteilung [...] von der gegenwärtigen Exekutive weder verstanden noch respektiert.“ Entgegen dem erklärten Anspruch habe dabei zynischerweise „gerade auch die Einmischung der internationalen Gemeinschaft zu falschen Weichenstellungen [...] geführt und demokratiefördernde interne Faktoren geschwächt.“¹⁷⁷ Von einer Demokratie kann in Afghanistan somit beileibe keine Rede sein – dies ist auch nicht gewollt: „Das Parlament hat in Afghanistan wenig zu sagen. Und hinter jeder Präsidentschaftsentscheidung steht der amtierende US-Botschafter in Kabul, er hat das letzte Wort. Mit einem starken Parlament könnten die USA keinesfalls so unmittelbar herrschen.“¹⁷⁸ Einer Umfrage von *Integrity Watch Afghanistan* zufolge halten über 60 Prozent der Afghanen die derzeitige Regierung für korrupter als all die Vorgängerregierungen der letzten zwei Jahrzehnte.¹⁷⁹ Selbst das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung räumt ein, es gäbe „ein sinkendes Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Regierung.“¹⁸⁰ Die massiven

175 Exum, Andrew: Afghanistan 2011: Three Scenarios, CNAS Policy Brief, 22.10.2009.

176 Pentagon Issues Downbeat Assessment on Afghanistan, Miami Herald, 29.04.2010.

177 Eine Generation oder länger, german-foreign-policy.com, 09.07.2008.

178 Den Krieg beenden – Frieden für Afghanistan, Die Linke im Bundestag, 30.05.2008, S. 11.

179 Buchholz, Christine/Strutynski, Peter: Abzug oder Exit?, Marxistische Blätter 3/2008.

180 Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, 09.09.2008, S. 8.

Krieg für Frauenrechte?

Was die Frauenrechte anbelangt, sieht die Bilanz des Kriegseinsatzes düster aus. In weiten Teilen des Landes hat sich die Lage der Frauen nach Einschätzung der afghanischen Frauenministerin Dr. Massouda Jallal verschlechtert. Dies dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass die Frauenrechte für die truppenstellenden Regierungen keinerlei Priorität genießen, wie ein Bericht von Human Rights Watch kritisiert.^[1] Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, bestätigt die Einschätzung der Organisation. Vorrangig sei es, das Land zu kontrollieren. Hierfür müsse man „das Einvernehmen mit den regionalen Machthabern, den Stammesfürsten und Clanchefs, von denen auch einige Drogenbarone und Warlords sind, suchen.“ Die NATO-Truppen, so Rühl weiter, „können nicht auch noch [...] darauf dringen, dass Frauen unverschleiert auf der Straße gehen und Mädchen in die Dorfschule.“^[2] So überrascht es nicht, dass die Vereinten Nationen im Juli 2009 auf die katastrophale Situation von Frauen in Afghanistan hinwiesen, die sich alles andere als verbessert habe.^[3] Vernichtend fällt deshalb das Urteil der afghanischen Frauenrechtlerin Malalai Joya aus: „Die USA und ihre Verbündeten nahmen die Not der afghanischen Frauen als Begründung für ihren Angriff gegen Afghanistan, behauptete den afghanischen Frauen Freiheit gebracht zu haben. Aber das ist nichts als eine Lüge. Das Land ist in den Händen von Warlords und Drogenbaronen, die bis auf die Knochen frauenfeindlich sind. [...] Die Frauen leiden mehr denn je. Die Selbstmordrate unter Frauen war noch nie so hoch.“^[4]

[1] Vgl. Paech, Norman: Es gibt keine militärische Lösung für Afghanistan, hintergrund.de, 26.11.2007.

[2] Rühl, Lothar: Deutsche Sicherheitsinteressen in Afghanistan, Strategie und Technik, Juli 2007.

[3] UNAMA/OHCHR: Silence is Violence: End the Abuse of Women in Afghanistan, Kabul, 8 July 2009

[4] Den Krieg beenden – Frieden für Afghanistan, Die Linke im Bundestag, 30.05.2008, S. 17.

Fälschungen bei den Präsidentschaftswahlen im August 2009 und den Parlamentswahlen im September 2010 haben hier sicherlich nichts dazu beigetragen, das Vertrauen in die Karzai-Regierung zu stärken – im Gegenteil.¹⁸¹

Genau dieser Regierung unterstellt man nun jedoch einen riesigen Repressionsapparat, um sie gegen innenpolitische Widerstände an der Macht zu halten – und die westlichen Truppen bei der Kriegsführung zu entlasten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist darüber hinaus vollkommen unklar, woher künftig die Gelder für diese Sicherheitskräfte kommen sollen – aus dem derzeitigen (und wohl auch künftigen) afghanischen Haushalt jedenfalls nicht. Denn Anga-

181 Vgl. zu den Fälschungen Afghanistan Analysts Network: Polling Day Fraud in the Afghan Elections, AAN Briefing Paper 03/2009; Weitere Ermittlungen wegen Wahlbetrugs, Focus Online, 24.11.2010.

ben des *Congressional Research Service* zufolge werden sich die Kosten für den Unterhalt der afghanischen Sicherheitskräfte jährlich auf etwa 2.2 Mrd. US\$ belaufen¹⁸², was Rory Stewart, Direktor des *Carr Center on Human Rights Policy*, zu folgendem beißenden Kommentar veranlasste: „Wir kritisieren Entwicklungsländer dafür, wenn sie 30% ihres Budgets für Rüstung ausgeben; wir drängen Afghanistan dazu, 500% seines Haushalts hierfür aufzuwenden. [...] Wir sollten kein Geburtshelfer eines autoritären Militärstaats sein. Die hieraus resultierenden Sicherheitsgewinne mögen unseren kurzfristigen Interessen dienen, aber nicht den langfristigen Interessen der Afghanen.“¹⁸³

Diese Kritik wird umso dringlicher, da diese „Sicherheitskräfte“ schon jetzt ein beängstigendes Eigenleben entwickeln. So berichtete *Reuters* im Juli 2009: „Bei ihrer Offensive im Süden Afghanistans vernehmen britische Soldaten eine eindringliche Bitte von Dorfbewohnern: ‚In Gottes Namen, bringt uns nicht die afghanische Polizei zurück!‘ [...] Die Einwohner des Dorfes von Pankela etwa berichten, die Polizei-Einheiten der Regierung in Kabul seien so brutal und korrupt gewesen, dass die Taliban vor Monaten wie Befreier begrüßt worden seien.“¹⁸⁴ Auch andere Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass die Polizei „in der afghanischen Bevölkerung nach wie vor eher als Teil der Sicherheitsprobleme des Landes denn als Mittel zu deren Lösung wahrgenommen wird.“¹⁸⁵

Teils macht sich ein zynischer Fatalismus breit, der einen düsteren Einblick gibt, welche Zukunft Afghanistan wohl bevorsteht. So heißt es etwa in einem Kommentar der *taz*: „Das Maximum, das der Westen in Afghanistan noch erhoffen kann, ist, einen autoritären Potentaten zu hinterlassen, der getreu dem US-amerikanischen Bonmot ‚Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn‘, der die Regierung auf prowestlichem Kurs hält. Sicherheitspolitisch könnte das sogar funktionieren, weil dessen Terror sich dann ‚nur‘ gegen die eigene Bevölkerung und vielleicht noch gegen Nachbarstaaten, nicht aber gegen den Westen richtet.“¹⁸⁶ Kein Wunder also, dass Verteidigungsminister zu Guttenberg verkündete, man müsse sich in Afghanistan endlich von hehren Demokratievorstellungen verabschieden: „Die realitätsnahen Ziele sind, dass wir ein Grundmaß an Stabilität schaffen [...], dass von Afghanistan keine Gefährdung für die internationale Gemeinschaft, insbesondere für die unmittelbare Region, mehr ausgeht. [...] In Afghanistan eine Westminster-Demokratie nach westlichen Maßstäben herstellen zu können. Das ist schlichtweg eine Illusion.“¹⁸⁷

182 Bowman, Steve/Dale, Catherine: War in Afghanistan: Strategy, Military Operations, and Issues for Congress, Congressional Research Service, June 8, 2010, S. 64.

183 Stewart, Rory: The Irresistible Illusion, London Review of Books, 07.07.2009.

184 Reuters, 12.07.2009 zit. nach <http://www.jpberlin.de/online-ag/?p=139> (30.09.2009).

185 Kempin, Ronja: Polizeiaufbau in Afghanistan, in: Schmidt, Peter (Hg.): Das internationale Engagement in Afghanistan; SWP-Studie, August 2008, S. 37-42.

186 Hansen, Sven: Letzte Hoffnung Diktatur, *taz*, 13.09.2009.

187 Zu Guttenberg: Westliche Demokratie in Afghanistan ist eine Illusion, Deutschlandradio, 16.05.2010.

5.4 Planlos in Afghanistan

Nicht nur, dass die Zivil-militärische Zusammenarbeit im Wesentlichen dazu führt, dass die humanitären Organisationen kaum mehr ihre Arbeit verrichten können und so die Armut im Land weiter wächst, auch das Scheitern der Afghanisierung des Krieges ist bereits jetzt absehbar. Das US-Militär fertigte im Juni 2010 eine Studie an, die zu dem Ergebnis kam, dass die afghanischen Sicherheitskräfte auf lange Zeit nicht in der Lage sein werden, die Kontrolle im Land zu übernehmen.¹⁸⁸

Insofern wird mehr oder minder offen – trotz aller öffentlichen Bekundungen, in absehbarer Zeit abziehen zu wollen – eingeräumt, dass erhebliche westliche Kräfte als „Rückversicherung“ noch lange im Land stationiert bleiben werden, um zu gewährleisten, dass die Geschicke des Landes den gewünschten Verlauf nehmen: „Eine solche ‚Übergangsstrategie‘ ist in keiner Weise einer Ausstiegsstrategie gleichzusetzen“, betont deshalb auch die Europäische Union.¹⁸⁹ Wie bereits erwähnt, scheint man innerhalb der NATO von bis zu 50.000 Soldaten auszugehen, die auch nach 2015 noch in Afghanistan verweilen sollen.¹⁹⁰ Sie werden – ähnlich wie im Irak derzeit bereits vorexerziert wird – immer dann eingreifen, sollten die Regierungstruppen bei der Bekämpfung des Widerstands überfordert sein. Um sie hierfür langfristig bestens zu rüsten, verabschiedete die NATO auf dem Gipfeltreffen im November 2010 eine gemeinsame Erklärung mit der afghanischen Regierung, in der die Allianz von einer „langfristigen Verpflichtung“ spricht und ihre „Absicht bekundet, praktische andauernde Unterstützung für die afghanischen Sicherheitsinstitutionen zu liefern.“¹⁹¹

Da bislang keine Strategie wirklich gegriffen hat, suchen die Strategen auf beiden Seiten des Atlantiks fieberhaft nach Wegen, um zu einer „erfolgreichen“ Beendigung des Krieges zu gelangen. Ein Vorschlag hierfür vom Juli 2010 stammt etwa von Robert D. Blackwill, dem stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberater unter George W. Bush, der sich für die Zerschlagung des Landes ausspricht: „Die Aufstandsbekämpfungsstrategie der Obama-Regierung in Afghanistan ist dabei zu scheitern. Angesichts der Alternativen besteht die beste zur Verfügung stehende Politikoption der USA darin, Afghanistan aufzuteilen.“¹⁹²

188 Office of the Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction, Actions Needed to Improve the Reliability of Afghan Security Force Assessments, June 29, 2010; vgl. auch Price, Jay: Afghan police appear years away from functioning independently, McClatchy Newspapers, 29.11.2009.

189 Rat der Europäischen Union: Verstärktes Engagement der EU in Afghanistan und Pakistan, 14064/09, 22.10.2009: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14064.de09.pdf>, S. 3.

190 Nato bleibt auch nach Truppenabzug noch lange in Afghanistan, *Der Standard*, 21.11.2010.

191 Declaration by the North Atlantic treaty Organisation (NATO) and the Government of the Islamic Republic of Afghanistan on an Enduring Partnership, November 2010.

192 Blackwill, Robert D.: A de facto partition for Afghanistan, *Politico*, 07.07.2010. Ganz ähnlich äußerte sich auch der Publizist und Militär Ralph Peters: „Was wäre, wenn unsere Strategie, anstatt zu versuchen, das Land in einen Modellstaat

Eine kurze Geschichte Afghanistans

1839-1842 Britische Niederlage im 1. anglo-afghanischen Krieg

1878-1880 Britischer Sieg im 2. anglo-afghanischen Krieg: 40 Jahre britische Herrschaft

1919 Unabhängigkeit vom British Empire, aber Hinnahme großer Gebietsverluste.

Bis 1973 Monarchie

1978 Wahlsieg der Kommunistischen Partei. US-Unterstützung des Widerstands der Mudschaheddin bereits vor dem sowjetischen Einmarsch (Zbigniew Brzezinski: „Die Sowjets in die afghanische Falle tappen lassen.“)

Dezember 1979 Einmarsch Sowjetunion: Zehnjähriger Stellvertreterkrieg

1989 Abzug der Sowjettruppen

1989-1995 Bürgerkrieg verschiedener Mudschaheddin-Gruppen

Spätsommer 1994 Taliban treten erstmals in Südafghanistan auf; Oktober 1995 Einnahme Herats durch die Taliban; September 1996 Kabul fällt in die Hände der Taliban, Gründung der „Nordallianz“ als Reaktion

19. Dezember 2000 UN beschließen Sanktionen gegen die Taliban, da diese sich weigerten, Osama Bin Laden auszuliefern

10. März 2001 Zerstörung der Buddhastatuen von Bamian durch die Taliban

11. September 2001 Anschläge auf Ziele in den USA

20. September 2001 USA fordern erneut Auslieferung Osama Bin Ladens

7. Oktober 2001 USA beginnen im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ mit der Bombardierung von Stellungen der Taliban. Die NATO ruft den Bündnisfall (Artikel 5) aus

8. November 2001 Nordallianz nimmt Masar-i-Scharif ein

12. und 13. November 2001 Taliban ziehen sich aus Kabul zurück

25. November 2001 Kundus fällt als letzte Bastion der Taliban in Nordafghanistan

8. Dezember 2001 Taliban verlieren ihre letzte wichtige Bastion Kandahar und ziehen sich in das Grenzgebiet zu Pakistan sowie ins südliche Zentralafghanistan zurück

27. November – 5. Dezember 2001 Petersberger Konferenz, Bonner Abkommen

20. Dezember 2001 Die UNO beschließt die ISAF-Resolution 1386

22. Dezember 2001 Vereidigung von Hamid Karsai als Interimspräsident



21. Januar 2002 Internationale Geberkonferenz in Tokio

Juni 2002 Die große Ratsversammlung, Emergency Loja Dschirga, bestätigt Hamid Karsai als Präsidenten der Übergangsregierung

Herbst 2002 USA etablieren Provincial Reconstruction Teams (PRTs) in größeren Städten

August 2003 NATO übernimmt ISAF

November 2003 Bundeswehr übernimmt PRT in Kundus

4. Januar 2004 Verfassungsgebende Loja Dschirga verabschiedet die neue Verfassung

31. März 2004 Internationale Geberkonferenz in Berlin

September 2004 Bundeswehr übernimmt PRT in Faisabad

9. Oktober 2004 Hamid Karsai wird mit 55,5 Prozent zum Präsidenten gewählt

18. September 2005 Parlamentswahlen

19. Dezember 2005 Konstituierung des afghanischen Parlaments schließt den Petersberger Prozess offiziell ab

31. Januar – 1. Februar 2006, Internationale Geberkonferenz („Afghanistan Compact“) in London: Internationale Gemeinschaft einigt sich

darauf, ihr Engagement im Land fortzuführen

1. Juni 2006 Deutschland übernimmt das Regional-kommando Nord

31. Juli 2006 ISAF übernimmt den Süden

Sommer 2006 Taliban gelingt es, Kandahar zu umzingeln und kurzfristig von Kabul abzuschneiden

Oktober 2006 ISAF übernimmt den Osten

Winter 2006/2007 NATO stockt Truppen auf

Anfang 2007 Bundesregierung entsendet Aufklärungs-Tornados der Luftwaffe

Mai 2007 EU beschließt „EUPOL-Afghanistan“ zum Aufbau der afghanischen Polizei

Juni 2008 Übernahme der QRF durch Deutschland

Ende 2008 Erhöhung des deutschen Truppenkontingents auf 4.500 Soldaten

2009 Massive Aufstockung der NATO-Truppen, Ausweitung des Kriegsgebietes auf Pakistan, zunehmend offensiveres Vorgehen der Bundeswehr, Aufbau afghanischer Repressionsorgane

2010 Nochmalige Kontingenterhöhung der Bundeswehr



Bild: Wikipedia

Fazit: NATO und EU – Zwei Seiten derselben (Kriegs)Medaille

Aus der vorhergehenden Analyse ergibt sich, dass in Afghanistan (und anderswo) kein Unterschied zwischen einer vorgeblich zivil agierenden Europäischen Union und dem militärischen Handeln der NATO besteht. Beide sind integrale Bestandteile derselben kriegerischen Medaille und müssen für ihr verantwortungsloses Handeln in die Kritik genommen werden.

Dies gilt auch und vor allem für Afghanistan, wo die westliche Präsenz der maßgebliche Faktor für die dramatische eskalierende Lage ist: „Die ausschlaggebende Kraft des zentralen Konfliktes in Afghanistan heute sind aber gerade die Besatzungstruppen.“¹⁹³ Der sofortige Abzug aus Afghanistan stellt deshalb die einzige Option dar, um aus der derzeitigen Eskalationsspirale aussteigen zu können. Hierfür setzt sich unter anderem auch die afghanische Abgeordnete Malalai Joya mit beeindruckender Deutlichkeit ein: „Mein Land wurde nicht befreit, es wird immer noch von den Warlords kontrolliert, und die NATO-Okkupati-

on vergrößert nur deren Macht. [...] Dieses Blutvergießen muss nicht ewig weitergehen. Einige behaupten, wenn die ausländischen Truppen Afghanistan verließen, werde das Land in einen Bürgerkrieg stürzen. Ist das heute etwa kein Bürgerkrieg und keine Katastrophe? Je länger die Besetzung andauert, desto schlimmere Formen wird dieser Bürgerkrieg annehmen.“¹⁹⁴

Erfreulicherweise spricht sich mittlerweile nicht nur eine Mehrheit der Afghanen für den schnellstmöglichen Abzug der westlichen Truppen aus. Auch in den kriegführenden Ländern, sowohl in den USA (53%), in Frankreich (55%), in Großbritannien (66%) als auch in Deutschland (69%) wächst die Ablehnung.¹⁹⁵ Nun gilt es, diese „Demoskopische Friedensbewegung“ (Laura von Wimmersperg) in politischen Druck umzumünzen, um die Regierungen dazu zu zwingen, von ihrer fatalen Politik Abstand zu nehmen.

193 Buchholz/Strutynski 2008.

194 Joya, Malalai: The big lie of Afghanistan, The Guardian, 25.07.2009. Übersetzt von Wolfgang Jung.

195 Der gute Willen im Westen lässt nach, NZZ, 13.09.2009.





Sabine Lösing, MdEP

Büro Brüssel:

Europäisches Parlament

Sabine Lösing

Rue Wiertz ASP 06F255

B-1047 Brüssel

Tel.: 0032-2-284 7894

Fax: 0032-2-284 9894

Mail: ota.jaksch@europarl.europa.eu

Mail: sabine.loesing@europarl.europa.eu

Mitarbeiterinnen: Ota Jaksch und

Theresa Wögerbauer

Bürgerbüro:

Abgeordnetenbüro Sabine Lösing

Obere Maschstr. 22

37073 Göttingen

Tel.: 0551-50766823

Fax: 0551-50766838

Mail: europabuero-loesing@web.de

Mitarbeiterin: Julia Focks

Verbindungsbüro Deutscher Bundestag:

Europabüro Berlin

Sabine Lösing, MdEP

Unter den Linden 50

10178 Berlin

Tel.: 030-227 71405

Fax: 030-227 76819

Mail: sabine.loesing@europarl.europa.eu

Mitarbeiter: Arne Brix